

— Achtzehnter Jahrgang. —

Nr. 48.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 26. November bis 2. Dezember 1909.

Posen, den 7. Dezember 1909.

Aus den Blättern der Provinz Posen.Aus Nr. 271 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 27. November 1909:**Radikalismus.**

In der polnischen Presse im preußischen Anteil vollzieht sich seit einiger Zeit ein lebhafter Meinungs-
austausch über das Thema „Radikalismus“.

Begonnen haben ihn in Oberschlesien zwei Abgeordnete, welche auf entgegengesetzten Polen des polnischen politischen Denkens stehen, — Pfarrer Kapiza und Herr Korzanth. Pfarrer Kapiza, der sich anscheinend seiner einstigen Zentrumsauffassungen noch nicht ganz entäußert hat, erblickt im polnischen Radikalismus die Quelle alles Bösen, die Hauptursache sowohl unserer Bedrückung, als auch des angeblichen Kränkels unserer Politik. Der Abgeordnete Korzanth wiederum erblickt in ihm fast unseren einzigen Hafen, den einzigen Schutz unserer nationalen Existenz. Die Wahrheit liegt unseres Erachtens wie gewöhnlich, so auch in diesem Falle, in der Mitte.

Vor allem irrt also Pfarrer Kapiza, wenn er im polnischen Radikalismus die Ursachen der antipolnischen Politik der preußischen Regierung erblickt. Es unterliegt nämlich nicht dem mindesten Zweifel, daß diese Politik, wenn nicht ausschließlich, so doch jedenfalls überwiegend den Radikalismus großgezogen hat, der immer breitere Schichten der polnischen Bevölkerung ergreift. Die antipolnische Politik der preußischen Regierung hingegen ist keineswegs, wie es, wenn man oberflächlich urteilt, scheinen könnte, die Folge des Radikalismus, sondern das Resultat eines Systems, welches verschiedene Wandlungen durchgemacht hat, bald er schwachte, bald an Kräften wuchs, im Prinzip jedoch seit Jahrhunderten besteht.

Die Deutschen besaßen nie und besitzen auch heute nicht die Gabe, sich fremde Nationalitäten zu gewinnen, die durch das Walten der Geschichte ihrem Staate einverleibt worden sind. Wir wollen nicht von der fernsten Vergangenheit reden, nicht die unglückselige Geschichte der slawischen Volksstämme in Erinnerung bringen, die zum Teil ausgerottet, zum Teil durch das germanische Schwert unterjocht worden sind. Aber in den heutigen Zeiten sehen wir eine analoge Erscheinung. Während also Frankreich in verhältnismäßig kurzer Zeit die deutschen Bewohner von Elsaß und Lothringen in die treuesten Staatsbürger umgewandelt hat, bilden die von fremden Nationalitäten bewohnten deutschen Grenzmarken den Sitz eines unaufhörlichen Kampfes, unaufhörlicher Unzufriedenheit und Erbitterung, die ausschließlich aus den seitens der preußischen Regierung

diesen Nationalitäten gegenüber angewandten Methoden resultiert.

Schaut man sich diese Methoden an, so trägt man den Eindruck davon, daß es sich der preußischen Regierung gar nicht darum handelt, diese Nationalitäten mit ihrem jetzigen Geschick zu versöhnen, sie an den Staat zu fesseln, sondern daß das Hauptziel dieser Politik ist, sie zu entnationalisieren. Und da nun diese Operation sich in den heutigen Zeiten nicht bewerkstelligen läßt, so sucht man diese Nationalitäten aus ihren uralten Sitzen zu entfernen.

Der Kampf gegen den Radikalismus, welcher letzterer naturgemäß in einer solchen Atmosphäre der Unzufriedenheit üppig emporwachsen muß, ist nur Vorwand, nichts weiter. Es ist doch schwer anzunehmen, daß die entscheidenden preußischen Kreise im Ernst an die sogenannte „polnische Gefahr“, an die Möglichkeit eines gewalttätigen Sichlosreißen der nicht zahlreichen Handvoll Polen von dem riesigen und mächtigen Deutschland glauben. Wir können uns auch keine politische Kombination oder Konstellation vorstellen, welche diese Möglichkeit verwirklichen könnte.

So ist denn auch die ganze antipolnische Politik der preußischen Regierung, so ist denn auch die ganze Reihe der Ausnahmemittel und Gesetze, welche uns immer mehr die Freiheit der Bewegung und fast des Atmens eintengen, in den Endzielen nicht gegen den polnischen Radikalismus, sondern gegen die polnische Bevölkerung überhaupt gerichtet. Wir fallen als Opfer dieser Politik nicht deshalb, weil wir Radikale, sondern deshalb, weil wir Polen, weil wir ein fremdes Element im Bestande des Deutschen Reiches sind, welches eine eigenartig aufgefaßte Staatsraison um jeden Preis und auf jede Weise zu entnationalisieren gebietet.

Dieses Element werden wir bleiben, selbst wenn auf unsere Häupter noch weit fürchterlichere Schläge herabfallen sollten als bisher. Unser nationaler Separatismus bedroht in nichts die Unantastbarkeit und Sicherheit des Staats, von dem wir einen Bestandteil bilden, und es ist das unser heiliges und natürliches Recht, welches uns keine menschliche Übermacht zu nehmen instande ist. Verteidigen aber wird dieses Recht bis aufs Äußerste seiner Kräfte nicht nur der polnische Radikalismus, sondern die ganze polnische Bevölkerung. Unterscheiden können wir uns hinsichtlich der Mittel und Methoden, jedoch hinsichtlich der Notwendigkeit der energischsten Verteidigung unseres nationalen Separatismus gibt es unter uns keine Unterschiede, in dieser Hinsicht ist unsere gesamte Volksgemeinschaft radikal.

Wir haben die Methoden der Verteidigung berührt. Unseres Erachtens kann man nicht nur ebenso wirksam,

sondern sogar weit wirksamer unsere Sache verteidigen, wenn man Ruhe und Überlegung bewahrt, als wenn man sich von dem Gefühl fortreißen läßt und sich eines heftigen und erbitternden Tones bedient. Einen solchen Ton halten wir schon aus dem einfachen Grunde für wenig erwünscht, als doch auf ihn vor allem nicht nur die Ksatisisten, sondern auch die Berliner entscheidenden Kreise ihre Anklagen gegen unsere Volksgemeinschaft stützen, indem sie ihr staatsfeindliche oder sogar aufrührerische Tendenzen vorwerfen. Gewiß ist das mehr ein Vorwand als ein Motiv der antipolnischen Aktion der preussischen Regierung, eine verständige, überlegte Politik hütet sich jedoch, dem Gegner nicht allein Gründe, sondern auch Vorwände zu liefern.

Aus Nr. 273 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 30. November 1909:

Der Abgeordnete Napieralski

trat im Dziennik Słonski (Katolik) mit einem Artikel „in Sachen des Staatswesens“ hervor, der mit folgenden Worten beginnt:

„Im Kurjer Poznański und im Kurjer Słonski sind Artikel erschienen (im letztgenannten Blatte aus der Feder des Abgeordneten Korsantj), worin die Angelegenheit des polnischen Staatswesens mit Bezug auf die Polen in Preußen berührt wird.“

Der Abgeordnete Napieralski wolle uns verzeihen, aber wir müssen von vornherein bemerken, daß diese einleitende Behauptung, soweit sie den Kurjer Poznański betrifft, mit den Tatsachen nicht übereinstimmt. Von einem polnischen Staatswesen haben wir kein Wort geschrieben. Soweit es sich um die staatliche Zugehörigkeit zu Preußen handelt, haben wir nur gegen die Anschauungen derjenigen schlesischen Politiker opponiert, welche diese Zugehörigkeit für ein mit der inneren moralischen Überzeugung der Volksgemeinschaft übereinstimmendes ethisches Verhältnis halten, während nach unserer Meinung die wohl von der riesigen Mehrheit der Volksgemeinschaft geteilt wird, dies ein rechtlich-politisches und vor allem ein tatsächliches Verhältnis ist, mit welchem die Volksgemeinschaft voll und ganz rechnet, indem sie allen aus der Verfassung Preußens und des Reiches resultierenden staatlichen Pflichten genügt. Darüber hinaus haben wir uns mehrfach über die Notwendigkeit ausgelassen, sich der staatlichen Politik entgegenzustellen, was wohl kaum noch gleichbedeutend ist mit dem Aufbau des Gebäudes eines polnischen Staatswesens.

Der Kurjer Słonski (Polak) hat in der Tat von einem polnischen Staatswesen gesprochen, aber in ganz verständlicher Form, ohne unser tatsächliches legales, rechtlich-politisches Verhältnis zu Preußen in Frage zu stellen. Darum haben wir mit großer Verwunderung in dem Artikel des Abgeordneten Napieralski gelesen, als hätte sich der Abgeordnete Korsantj in seinen Ausführungen in den Spalten des Kurjer Słonski nur formell auf den Boden der Verfassung gestellt, aber gleichzeitig materiell in anderen Sätzen dem widersprochen. Daß auf diese Weise die Ksatisisten argumentieren, das wissen wir alle wohl; aber daß ein polnischer Abgeordneter und Schriftsteller mit der gleichen Waffe seinen Kollegen aus der Fraktion und von der Feder bekämpfte, daß ist eine von den Neuerungen, welche die Volksgemeinschaft in Staunen versetzen.

Auch hier stimmt die Behauptung des Abgeordneten Napieralski mit den Tatsachen nicht überein. Der Abgeordnete Korsantj hat sich in seinem Artikel nicht nur formell, sondern materiell, tatsächlich ganz auf den

Boden der Verfassung, auf den Boden der staatlichen Zugehörigkeit zu Preußen gestellt, mit allen aus dieser Zugehörigkeit resultierenden staatlichen Pflichten. Die Idee eines polnischen Staatswesens hat der Abgeordnete Korsantj ausschließlich als politisches Ideal vorgebracht, das in unserem Herzen und Gemüt lebt. Das, was der Abgeordnete Korsantj im Kurjer Słonski gesagt hat, das hat über das Ideal eines unabhängigen Polens vor zwei Jahren der Abgeordnete Prälat v. Jazdzewski, der doch kein Radikaler ist, von der Rednertribüne des Landtags vor demselben Forum ausgesprochen, welches den Hort des antipolnischen Systems und aller Ausnahmegeetze desselben bildet.

Wenn nun der Abgeordnete Korsantj das Ideal eines polnischen Staatswesens hervorgehoben hat, so erklärt sich das damit, daß eben der Abgeordnete Pfarrer Kapiśa, mit welchem er polemisierte, die Anerkennung der staatlichen Zugehörigkeit zu Preußen nicht ausschließlich für eine rechtlich-politische, sondern auch für eine moralische Pflicht der Volksgemeinschaft hält, die angeblich aus „christlichen Grundsätzen“ resultiert. Wir hätten bisher gedacht, daß der Abgeordnete Napieralski in dieser Hinsicht nicht so weit gehen werde wie der Abgeordnete Pfarrer Kapiśa. Indes haben wir uns offenbar geirrt, denn der Abgeordnete Napieralski beruft sich in seinem letzten Artikel in diesem Punkte ebenfalls auf moralische Grundsätze, sowie auf moralische Konflikte.

Wenn wir dem Artikel des Abgeordneten Napieralski mehr Beachtung geschenkt haben, obwohl wir entgegen den Behauptungen des Abgeordneten Napieralski von einem polnischen Staatswesen bisher nicht geschrieben haben, so tun wir das natürlich weniger in Verteidigung des Abgeordneten Korsantj, der sich selbst hinlänglich zu verteidigen wissen wird, als vielmehr deshalb, weil die Ausführungen des Abgeordneten Napieralski einen sehr bezeichnenden Beitrag zu einer prinzipiellen Diskussion über die Richtung unserer Politik bilden.

Aus Nr. 272/73 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 28./30. November 1909:

Der Rubikon.

Ich habe nachgewiesen, daß das deutsche Gewerbe und der deutsche Handel an uns jährlich 300 Millionen gewinnen, und ich habe hervorgehoben, daß diese 300 Millionen jährliche Einbuße gleichzeitig eine Macht sind, die in der Hand des starken und glänzend organisierten Gegners um so größere Bedeutung gewinnt und, gegen uns angewendet, in erschreckender Weise ständig unsere Existenz unterbindet. Diese uns jährlich abgerungene Macht sollte den Ausgangspunkt für spezielle Untersuchungen und Forschungen bilden. In den Vordergrund rückt die Frage: Ist es möglich, diese Macht für uns zu erobern? und ferner: Mit welchen Mitteln hat das zu geschehen? Hier ist nicht die Stelle, sich darüber auszulassen, wie sich der Handel und das Handwerk bei uns ungeachtet der uns günstigen Umstände verhältnismäßig schwach entwickelt, wie eine städtische Industrie fast gar nicht besteht. Zu solchen Feststellungen gelangt man auf dem geraden Wege gereiften Rasonnements; das nennt man bei uns „Pessimismus.“

Es liegt mir daran, in Umrissen zunächst aufzuklären, ob Hemmnisse bestehen, welche es unmöglich machen oder erschweren, wenigstens einen Teil dieser 300 Millionen zu erobern. Solcher Hemmnisse kann man fünf aufzählen:

1. der Mangel an Steinkohle,
2. der Mangel an Eisen und anderen Erzen,
3. der Mangel an Kapitalien,
4. der Mangel an Absatzgebiet nach Westen und Osten,
5. der Mangel an tüchtigen technischen und kaufmännischen Fachleuten.

Diese Hemmnisse sind der Rubikon.

Sehen wir uns zunächst diese Hemmnisse der Reihenauf besonders an. Zunächst also den Mangel an Kohlen. Die niedrigste Fracht für einen Waggon von 200 Zentner Kohle nach Posen beträgt 75 *M.* Das ist eine sehr hohe Fracht, die von so manchem Unternehmen zurückschreckt. Indes sind die mächtigsten Stütze der Fabrikbewegung nicht immer an der Quelle selbst, sondern es müssen die Kohlen gleichfalls bezogen werden. So braucht z. B. Sachsen unermesslich viel Steinkohle zu industriellen Zwecken, und sie wird nur teilweise auf dem billigen Wasserwege bezogen. Viele sächsische und andere Städte besitzen aber keine Wasserwege. Angenommen, daß der durchschnittliche Unterschied zwischen der Fracht nach Sachsen und zu uns am Waggon 15 bis 20 *M.* ausmacht, so stellt sich die Rechnung wie folgt: Eine große Spinnerei in Sachsen braucht jährlich 300 Waggon Kohlen. $300 \times 15 \text{ M. sind } 4500 \text{ M.}$ und $300 \times 20 = 6000 \text{ M.}$ Wenn wir also eine Fabrik in Posen haben, so tragen wir jährlich 4500 bis 6000 *M.* mehr an Frachtkosten als eine sächsische oder andere Fabrik.

Eine Fabrik, die jährlich 300 Waggon Kohlen verbraucht, ist schon ein sehr ansehnliches Unternehmen. Nehmen wir an, daß 300 Waggon Kohlen die Fabrik rund 40 000 *M.* kosten, so ergibt sich daraus notwendigerweise, daß diese Fabrik jährlich mindestens wohl für $\frac{1}{2}$ Million Ware im Umlauf setzt. Jeder, der kaufmännisch zu kalkulieren versteht, wird zugeben, daß bei einem so bedeutenden Umsatz 4500 bis 6000 *M.* Mehrfracht kein maßgebender Faktor ist, welcher die Gründung irgend-einer Fabrik ausschließt.

Eisen und Erze. Richtig ist die Behauptung, daß das Fehlen von Eisen verschiedene Fabrikunternehmen unmöglich macht. Aber es wird niemand in Versuchung kommen, solche Fabriken anzulegen, und umgekehrt bestehen überall verschiedene Maschinenfabriken, manchmal von kolossalem Umfang, die sich trotz des Mangels an Eisen an Ort und Stelle glänzend entwickeln. Bestanden und bestehen doch auch bei uns solche Fabriken.

Ein grundsätzlicher Fehler in der Organisation unserer Fabriken war der, daß die technische und vor allem die kaufmännische Seite krankte. Es gab also keine Leute an der Spitze, die der Aufgabe gewachsen waren, wenn es sich darum handelte, der kräftig emporstrebenden und kaufmännisch sowie technisch glänzend organisierten Konkurrenz des Westens es gleichzutun, sie zu bekämpfen, und sich, wenn es galt, die neuesten Erfindungen, die neuesten technischen Vervollkommnungen anzueignen. Der Mangel an kaufmännischer Fertigkeit und Unternehmungsfähigkeit, die neuesten technischen Mittel auszunutzen, sich mittelmäßige leitende Techniker zu wählen, und die unfähige Kontrolle über sie und über das ganze Unternehmen bewirkten, daß diese Unternehmungen fürs erste infolge überaus günstiger Umstände in die Höhe kamen, von der sie dann herabglitten, ohnmächtig geworden durch vorzeitiges, greisenhaftes Dahinwelken. Es unterliegt keinem Zweifel, daß unter vorzüglicher kaufmännischer Leitung und in der Hand erstklassiger Techniker jede von diesen Fabriken als mit Sachkenntnis organisiertes Gebilde heute ein monumentales Werk langjähriger Arbeit wäre, welches Tausenden von Arbeitern Unterhalt bieten würde. Infolge Mangels an organisatorischem Sinn hat sich kein beachtenswertes Fabrikunternehmen auf der rechten Höhe er-

halten; die Nachkommen aber müssen stets von vorn anfangen, ohne von den seitens der Vorgänger errungenen Erfahrungen Gebrauch machen zu können.

Kapitalien. Die Allmacht des Kapitals in der Bewegung und Entwicklung der Großindustrie ist so allgemein anerkannt, daß dies nicht besonders auseinander gesetzt zu werden braucht. England und Amerika sind typisch für die Allherrschaft des Kapitalismus in der Organisation der Großindustrie. Sind doch in England die höchsten Würdenträger des Staats, die größten Grundbesitzer gleichzeitig Gesellschafter der angesehensten Fabrik Institute. Die in der Großindustrie investierten Kapitalien des Königshauses und der englischen Magnatenfamilien sind riesig. Unsere eigenen Kapitalien dagegen als eine Art Neugeburten der Banken wissen oder wollen die Industrie und den Handel sich nicht untertan machen, da sie einzig im Bodenbesitz Sicherheit erblicken. **So nützt denn unsere Landwirtschaft auch unsere Bank Institute voll und ganz aus, indem sie einen riesigen Teil der Bankbestände für ihre Bedürfnisse in Anspruch nimmt.** Unsere Industrie und unser Handel hingegen erfahren infolgedessen einen sehr dürftigen Kredit. So legen denn die Landwirte mit großer Ungebundenheit bei sich ländliche industrielle Unternehmungen aller Art an, Brennereien, Ziegeleien usw., während die städtische Industrie, besonders wenn sie bedeutender Kapitalien bedarf, sich solche mit unermesslicher Mühe anderswo holen muß. Aus den sich steigenden Geschäftsumsätzen unserer Banken geht klar hervor, daß wir schon über sehr beträchtliche Kapitalien verfügen. Wenn der ansehnlichere Teil derselben sich in den Dienst des Handels und der Großindustrie stellen wollte, so könnten diese beiden Zweige eine sehr breite und in ihren Folgen unermesslich bedeutungsvolle Aktion entfalten. Aber unsere Banken haben es heute noch sehr leicht, das Geld in der für sich gelegeneren, weil minder riskanten Form von Darlehen auf Grund von Bürgschaften unterzubringen, nicht persönlicher Bürgschaften, sondern auf Grund von erstellten Hypotheken auf Landbesitz. Kein Wunder also, daß die Banken diesen sichereren Weg so lange gehen wollen, als dies geschehen kann. Das ist die beste Unterbringung von Geld. Aber die Zeiten ändern sich. Der Bodenbesitz nimmt ab und damit die Hypotheken.

Die gegenwärtigen Verhältnisse sind jedoch beständig noch so beschaffen, daß die Banken fast keinen Augenblick einen Mangel an guter Kapitalallozierung zu befürchten, noch allzusehr darum sich zu bemühen brauchen, denn das Geldbedürfnis ist heute bei uns sehr groß. Es wird aber nicht immer so sein. Es wird die Zeit kommen, wo unsere Banken ebenso wie die Kaufleute werden nach Absatz suchen müssen, um die Kapitalien hinreichend zu verzinsen. Das starke Anwachsen der Kapitalien infolge der ungeheuer sich steigenden Spareinlagen, die aus der immer breiteren Erwerbstätigkeit der Volksgemeinschaft hervorgehen, wird den Banken vielleicht manchmal Kummer machen. Dann erst werden die Banken an die Großindustrie und an den Handel, an die bequeme und sichere Unterbringung der Kapitalien in diesen Erwerbszweigen denken.

Außer den Depositen und Anteilen in unseren Banken arbeiten noch sehr viele große polnische Kapitalien in den fremden Banken. Ich hoffe, daß diese ansehnlichen Summen allmählich in unsere Kassen übergehen werden, und daß die Unterstützung der Großindustrie durch unsere wohlhabenden Bürger in kurzem auch ihr soziales Bedürfnis sein wird. Sind doch diese riesigen polnischen Kapitalien in den fremden Banken eine Macht in fremder Hand, die direkt und indirekt in einem kräftig organisierten Apparat gegen unsere Bestrebungen und Handlungen namentlich auf wirtschaftlichem Gebiet arbeitet. Wir haben das Recht,

zu verlangen, daß die polnische Gemeinschaft in naher Zukunft mit diesen Kapitalien arbeite. Sind doch diese überwiegend das Eigentum von Großgrundbesitzern bildenden Kapitalien aus der jahrhundertlangen Arbeit unseres Landarbeiters erwachsen, — die Güter, welche jene Herren besitzen, sind ein Erbe aus polnischen Händen.

Und weiter dürfen die ungeheuren Kapitalien nicht vergessen werden, welche in 3- und 4prozentigen fremden Wertpapieren stecken. Alle diese unsere Kapitalien sind für unsere Volksgemeinschaft halb tot, denn den Löwenanteil des Gewinns aus ihnen ziehen Fremde. Es sind also hinlängliche Kapitalien in unserem Besitz, aus denen man Millionen in Handel und Fabrikindustrie anlegen könnte.

Aber es drängt sich die ernste Frage auf, ob unser Handel und unsere Industrie den Kapitalisten eine Sicherheit bei der Unterbringung und eine entsprechende Verzinsung böten. Nach dieser Richtung hin müßte man eine erschöpfende Antwort geben. Eine solche Antwort würde jedoch eine besondere Abhandlung erfordern, die indenvorliegenden Ausführungen sich nicht bieten läßt. Ich werde später ausführlich auf diesen Gegenstand zurückkommen.

Abfaß nach Osten und Westen hin können wir im breiteren Maßstabe nicht ins Werk setzen aus verschiedenen Gründen, die ich hier völlig außer Acht lasse. Der Kampf gegen die allmächtige, prächtig arbeitende deutsche Konkurrenz ist im allgemeinen unmöglich. Aber es bleibt der Abfaß in der eigenen Volksgemeinschaft, die gewerbliche Produktion für uns unter der Losung „der Landsmann zum Landsmann“. Das ist für die Zukunft die wichtigste Aufgabe. Rührige, fleißige, intelligente Arbeit, die immer breitere Gebiete umfaßt, wird in erster Linie Bedürfnis werden. Für diese Arbeit muß die ganze Volksgemeinschaft leben und sich opfern. Wir müssen sie sobald als möglich ergreifen, wenn wir nicht untergehen wollen. Und wenn die größten Schwierigkeiten sich entgegenstellen sollten, systematische Arbeit nach dieser Richtung hin ist dringend nötig. Pionier dieser Arbeit wird die Kaufmannschaft sein mit Hilfe der oben erwähnten Kapitalien. Heut sehen wir schon Anfänge auf diesem Gebiet; eine breit angelegte Organisation wird das Werk der Zukunft sein.

Es ist das eine große Aufgabe, in welche unsere Kaufmannschaft sich allmählich schicken muß. Sie muß sich so organisieren, daß sie den künftigen Fabrikaten den Abfaß sichert. Es muß also ein ganzes Netz von Detailhändlern als Abnehmer aus den Händen der Großisten entstehen. Die Großisten wiederum werden zu der Großindustrie in unmittelbarer Beziehung stehen.

Welche Zweige der Großindustrie zu ergreifen wären, welche gleich und welche später, das ist die Sache sehr tüchtiger Individuen. Ich werde sie später besprechen. Jetzt kommen wir zur letzten und zugleich wichtigsten Einzelheit. Es ist das die Angelegenheit des Menschenmaterials.

Es fehlt an tüchtigen technischen und kaufmännischen Kräften. Ich habe nachgewiesen, daß von den vier vorerwähnten Hemmnissen die drei ersten durchaus nicht unüberwindbar sind, daß man sich mit ihnen stets Rat wissen kann. Also weder der Mangel an Kohle und Eisen, noch der angebliche Mangel an Kapitalien kann unsere künftigen Bestrebungen lähmen. Der Mangel an Expansionsmöglichkeit in der Industrie nach Osten und Westen hin ersetzt die Konsummöglichkeit der eigenen Volksgemeinschaft, wenn auch in kleinerem Kreise.

Alles läßt sich überwinden, wenn wir tüchtige Kaufleute und gewerbliche Fachleute, also erstklassige technische Kräfte haben werden. Und siehe, da stehen wir vor dem Rubikon! Wer wird ihn überspringen?

Die Kaufleute blicken auf die Banken, die Banken blinzeln nach den Kaufleuten hin, die Intelligenz hat

sich besonders aufgestellt, die Kapitalisten erwägen, und unsern wartet die ganze Volksgemeinschaft, ob sich die zeigen werden, welche auf das andere Ufer hinüberzusetzen verstehen. Niemand hat jedoch den Rubikon zu überschreiten gewußt, da man zu einem solchen Übergang nicht vorbereitet war.

Und da trat ein wichtiger Moment ein!

Einig waren alle darin, daß es möglich ist, über den Rubikon zu setzen. Und man durchschaute, daß dies nur gemeinsam zu Wege gebracht werden kann. Dazu bedarf es jedoch langer, mühevoller, intelligenter Arbeit erstklassiger gewerblicher sowie technischer und kaufmännischer Kräfte.

L. F. Filipowicz.

Aus Nr. 270 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 26. November 1909:

Vivat sequens.

Unter diesem Titel schreibt der Krasauer Kupiec polski:

Außerordentlich angenehm sind wir dadurch berührt worden, daß die Expeditionsfirma C. W. Bestmann in Hamburg polnisch korrespondiert. Offenbar beschäftigt sie einen polnischen Korrespondenten.

Es gilt nicht nur, daß wir diesen Fall in unserem Blatte zur Kenntnis unserer Leser bringen, sondern es scheint uns, daß wir einer guten Sache dienen, wenn wir uns an die Freunde unseres Blattes mit der Bitte wenden, Waren, die über Hamburg transito gehen, obiger Firma zum spedieren zu übergeben, wobei man sich natürlich der polnischen Sprache zu bedienen hätte.

Würden auf diese Weise alle ausländischen Firmen verfahren, dann würden unsere Landsleute den Vorteil haben, daß viele von ihnen außerhalb der Grenzen unseres Vaterlandes Beschäftigung finden würden.

Aus Nr. 272 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 28. November 1909:

Um die Posener Abgeordneten kandidatur.

Seit einer gewissen Zeit wird in der Volkspresse über die Abgeordneten kandidatur für den Posener Bezirk diskutiert. Bisher haben wir an dieser Diskussion nicht teilgenommen, schon deswegen nicht, um nicht eher über den Nachlaß des gegenwärtigen Abgeordneten zu verhandeln, bis die Mandatsniederlegung vollendete oder fast vollendete Tatsache geworden ist. Gegenwärtig verhält sich die Angelegenheit so, daß die Bemühungen der hiesigen Wahlbehörde, welche darauf abzielen, den Abgeordneten von Chrzanowski zur Beibehaltung des Mandats zu bewegen, als verfehlt und als endgültig erledigt zu betrachten sind; Herr von Chrzanowski kann tatsächlich das Mandat nicht behalten und er wird in diesen Tagen seinen Entschluß der Reichstagsfraktion bekanntgeben.

In der Volkspresse werden zahlreiche Stimmen für eine sogenannte Arbeiter- bzw. Handwerkerkandidatur laut.

Unsere Ansicht in dieser Angelegenheit ist folgende: Wir sind Gegner sowohl der Standes- wie der Klassenkandidaturen und zwar unabhängig davon, um welchen Stand bzw. um welche Klasse es sich handelt. Wann tritt eine solche Standeskandidatur ein? Eine Standeskandidatur würde eintreten, wenn es hieße, einen Kandidaten empfehlen, lediglich deswegen, weil er z. B. aus dem Arbeiterstande hervorgeht, unabhängig davon,

daß er weder die bürgerlichen noch die politischen Qualifikationen eines Abgeordneten besitzt. Aber auch umgekehrt würde es eine Standeskandidatur sein, wenn man eine Kandidatur einzig und allein deswegen ablehnen wollte, weil der Kandidat aus dem Arbeiterstande hervorgeht, obwohl er die bürgerlichen und politischen Qualifikationen eines Abgeordneten besitzt.

Mit Rücksicht auf unsere nationale und demokratische Stellung sind wir sowohl gegen das erstere wie gegen das letztere.

Es scheint jedoch, daß der Posener Bezirk in der glücklichen Lage sein wird, einen Bürger als Kandidaten vorzuschlagen, der den breiten Volksschichten entstammt und der ihre Lage und Bedürfnisse kennt und der ferner, wenn auch nicht alle so doch mindestens viele jener Eigenschaften besitzt, die ihn zum Abgeordneten qualifizieren.

In der Presse sind vor allem zwei Namen genannt worden: der des Herrn Adalbert Sosinski aus Bochum, Vorstandsvorsitzender des polnischen Zentralberufsverbandes und der des Herrn Stanislaus Nowicki aus Posen, Vorsitzender der Posener Sektion des polnischen Berufsverbandes.

Über die Person des Herrn Sosinski können wir nicht viel sagen; persönlich kennen wir ihn nur oberflächlich. Die Volksgemeinschaft in der Heimat kennt ihn auch nur aus letzter Zeit; zweifellos von günstiger Seite her; Herr Sosinski hat sich nämlich in bedeutenden Maße um die Verschmelzung unserer ehemaligen drei Organisationen zu der gegenwärtigen einen verdient gemacht. Aber wie wir bereits erwähnten, rührt diese Angelegenheit aus jüngster Zeit her. Wir zweifeln daran, daß die Kandidatur des Sosinski in hiesigen Bezirk populärer werden würde. Was uns anbetrifft, so ist es uns nicht möglich, — aus den bereits angeführten Gründen — eine Kandidatur zu empfehlen, für die wir nicht die Verantwortung übernehmen können. Wir wollen hierdurch dem Herrn Sosinski durchaus nicht zu nahe treten, wir sagen auch nichts Abfälliges über ihn, allein um jemand empfehlen zu können, muß man ihn gründlich kennen; Herr Sosinski ist aber weder uns noch der hiesigen Volksgemeinschaft näher bekannt.

Anderes verhält sich die Sache mit Herrn Nowicki, der in den hiesigen breiten Kreisen seit vielen Jahren bekannt ist. Er nahm immer regen Anteil an der sozialen Arbeit. Er war tätig in Handwerkervereinen und steht seit einigen Jahren am Ruder der Arbeiterberufsorganisation. Er hat eine erprobte politische Meinung und er hat — worauf wir den größten Wert legen — einen standhaften erprobten Charakter und eine ausgeglichene und ernste Gesinnung. Wir sind überzeugt, daß, wenn die Wahlbehörden Herrn Nowicki als Kandidaten aufstellen würden, Herr Nowicki sich nicht als Standeskandidat, sondern als allgemein-nationaler Kandidat fühlen würde, wenn er auch zweifellos es für seine besondere Pflicht halten würde, die Fraktion über die Arbeiter- und Handwerkerangelegenheiten zu informieren.

Aus allen diesen Gründen würde uns die Kandidatur des Herrn Nowicki sympathisch sein.

Wir sprechen natürlich mit Gegenwärtigem unsere endgültige Meinung noch nicht aus. Vielleicht kommen noch andere unterstützungswürdige Kandidaturen zum Vorschein; diese könnten auf unsere Unterstützung bestimmt rechnen.

Aus Nr. 265 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 24. November 1909:

Resolutionen!

Früher war so manche Versammlung eine Komödie. Das Volk wurde zusammengeblasen, man schwatzte ihm Sachen vor, die es nicht verstand, dann wurde eine Resolution vorgelegt, für die alle stimmten, denn so befahl es der Vorsitzende, gewöhnlich ein Geistlicher oder ein Gutsherr. Alles ging schön und gut. Wehe dem Dreisten, der es gewagt hätte, die allgemeine Harmonie zu trüben und in der Diskussion das Wort zu verlangen, um einen gesunden, unabhängigen Gedanken hinzuwerfen.

Wenn wir die Berichte über die Versammlungen aus der letzten Zeit lesen, so scheint es uns, als ob die früheren guten Zeiten wiederkehren. Alles geht wie am Schnürchen, die Resolutionen sind mit einem Male da und haben den Ton, der ihnen von vornherein zugesacht worden ist. Häufig sind sie geradezu spaßhaft, und wer die Stimmung der breiten Massen gegenüber den Abgeordneten, die für die Steuern gestimmt haben, erkannt hat und heute die Resolutionen liest, der muß vor Lachen plätzen. Sie besagen mehr oder weniger folgendes: Liebe Abgeordnete, ihr habt ein schlechtes Abenteuer veranstaltet. Gebe euch Gott Gesundheit dafür und mehr Witzigkeit für die Zukunft. — Wer dieses Abgeordneten-Abenteuer mit einem schlimmeren Namen belegt, der wird überschrien. So ist es in der Versammlung in Mogilno geschehen und gegenwärtig auch in Pleschen, wo nach den Referaten des Prälaten von Jazdzewski und des Abgeordneten Wladislaus Seyda die nachstehende Resolution angenommen wurde:

„Die am 21. November 1909 in Pleschen versammelten Wähler nehmen den Bericht ihres Reichstagsabgeordneten Seyda aus Posen entgegen; indem sie ihm dafür danken, bekunden sie ihm ihr Vertrauen. Zugleich bitten sie durch ihn die polnische Fraktion, in Zukunft gegen alle Steuern aufzutreten, vor allem aber gegen die Steuern zu stimmen, durch welche die breiten Massen der Gesamtheit belastet werden.“

Noch schöner war es in Zukow (Westpreußen), woselbst die Versammlung nach dem Referate des Abgeordneten von Polczynski die nachstehende Entschließung annahm:

„Die am 14. November 1909 in Zukow, Kreis Rathhaus, versammelten Wähler bekunden der polnischen Reichstagsfraktion ihre aufrichtige und dankbare Anerkennung für die mühevollen, zum Wohle unserer nationalen Sache geleisteten Arbeit. Sie versichern der geehrten polnischen Fraktion, daß sie fernerhin in ihre Vertreter volles Vertrauen setzen werden.“

Bravo! So sollten die geduldigen Schäflein stets handeln.

Ebenso „anständig“ verfuhr auch der Wahlverein in Culmsee, woselbst am Sonntag der Herr Abgeordnete Kulerski sprach.

Wir wundern uns sehr, daß man bis jetzt noch keinem Abgeordneten warme Anerkennung dafür ausgesprochen, daß er mit dem Zeppelinschen Luftballon gefahren ist und an dem Galafeste in Konstanz teilgenommen hat. Wenn man schon etwas macht, dann muß man es auch gründlich machen.

Aus Nr. 265 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 24. November 1909:

Unter der Spitzmarke:

„Um einen Abgeordneten aus Arbeiterkreisen“

schreibt der Dziennik Bydgoski unter anderem folgendes:

Wir haben uns bisher über diese Angelegenheit ausführlicher nicht ausgelassen, denn wir wußten nicht, ob man sie demnächst wird erörtern müssen oder nicht. Weil nun der Postemp mitteilt, daß der Abgeordnete von Chrzanowski binnen kurzem sein Mandat niederlegen wird, ist es an der Zeit, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Wir sind, gleich dem Postemp, damit einverstanden, daß in der polnischen Fraktion in Berlin ein Vertreter der Arbeiter sitzen sollte. Es ist das die in unserer Gesamtheit nach Zahl stärkste Schicht, die mit Eifer an die nationale Arbeit geht, alle Tage aufgeklärt wird und sich der Rolle bewußt ist, welche sie in der Gesamtheit in Zukunft spielen muß und die außerdem eine mächtige Berufsorganisation besitzt. Angesichts dessen wäre es eine Sünde, die Arbeiter noch fernerhin wie politische Kinder zu behandeln. Das nationale Interesse erfordert es, daß die polnischen Arbeiter in Berlin ihren Vertreter hätten, denn das wird ein Beweis dafür sein, daß der polnische Arbeiter in der Gesamtheit ebenso bürgerliche Rechte besitzt, wie alle anderen Volksschichten, und daß die Gesamtheit diese seine Rechte anerkennt.

Je eher ein Vertreter der Arbeiter in den Kreis unserer Abgeordneten kommt, desto besser wird es sein. Das wird ein moralisches Fundament für die breiten Arbeitermassen sein.

Die ganze Not liegt nach Ansicht des Postemp in der Kandidatenfrage. Wir verstehen das einfach nicht. Bis jetzt sind uns bereits drei Kandidaten vorgestellt worden, und zwar die Herren Adam Piotrowski aus Berlin, St. Nowicki aus Posen und Adalbert Sosinski aus Bochum. Alle drei entsprechen unserer Meinung den Anforderungen, die man an die Vertreter der Arbeiter stellen kann. Insbesondere wäre Herr Nowicki ein tüchtiger Abgeordneter, denn er ist mit der Arbeiterfrage sehr genau vertraut, er steht inmitten der Erwerbsbewegung und wäre sicherlich kein „gemalter“ Abgeordneter. Von ihm könnte so mancher unserer Abgeordneten wichtiges über die Arbeiterfrage und über die Macht der Organisation erfahren; wir sind auch der Überzeugung, daß Herr Nowicki in der Fraktion kein „gemalter“ Vertreter der Arbeiter wäre, er würde es vielmehr verstehen, ihre Interessen zu verteidigen.

Die beiden anderen Kandidaten der Arbeiterschaft sind uns weniger bekannt, aber aus ihrem Auftreten in Versammlungen haben wir den Eindruck gewonnen, daß uns keiner von ihnen in Berlin kompromittieren würde. Wir wundern uns, daß der Postemp angesichts so tüchtiger Kandidaten aus den Kreisen der Arbeiter die Frage der Arbeiterkandidatur so sonderbar behandelt und Mangel an solchen Kandidaten vorschützt. Uns scheint das kein tatsächlicher Grund zu sein; augenscheinlich ist für den Abgeordneten von Chrzanowski schon ein anderer in Aussicht genommen. Die Arbeiter sollten diese Angelegenheit jedoch nicht fallen lassen, denn sie haben ein gutes Recht darauf.

über die Abgeordneten kandidatur für den Posener Bezirk aus. Weil die Volkspresse einen Arbeiterabgeordneten verlangt und weil sie zwei Kandidaten angeblich aus dem Arbeiterstande, und zwar den Vorsitzenden des polnischen Berufsverbandes Herrn Sosinski und Herrn Nowicki aus Posen, bereits vorgeschlagen hat, begann der Kurjer interessant zu manövrieren. Er führt nämlich an, daß Herr Sosinski keine Chancen habe, wiewohl er ihm Verdienste nicht abspreche; dafür soll Herr Nowicki, der allgemein bekannt sei, jener große Mann der Zukunft sein; dessen Kandidatur soll aber nicht eine Arbeiterkandidatur, sondern sie soll allgemein national sein — und daher hat sich der Kurjer den Nowicki als den geeignetsten Kandidaten ausersehen — mit dem kleinen Vorbehalt aber, daß er damit noch nicht endgültig seine Meinung aussprache, denn „es könnten noch andere unterstützungswürdige Kandidaten auf der Bildfläche erscheinen“ — und diese könnten bestimmt auf Unterstützung seitens des Kurjer rechnen.

Der letztangeführte Satz läßt ziemlich klar erkennen, um was es der Kurjer-Partei zu tun ist! Die Arbeiterkandidatur erscheint ihr für ihre Interessen bedenklich, mit anderen Worten, der Kurjer glaubt nicht bei ihr auf seine politische Rechnung zu kommen, insbesondere wenn Herr Sosinski Abgeordneter werden sollte! Er wohnt in Bochum, und daher könnte die Kurjer-Partei ihn nicht gehörig kommandieren. Dafür scheint der „große“ Mann und Verfechter der Kurjer-Partei, Herr Nowicki, der unter ihrem Kommando steht und ihr politisches Werkzeug bildet, im gegenwärtigen Manöver der Harlekin zu sein, der mit Vorbedacht vorgeschoben wird, um einerseits die Arbeiter und andererseits die öffentliche Meinung zu verdummen. So spricht denn der Kurjer auch sein endgültiges Urteil nicht aus, denn es können noch andere Kandidaturen zum Vorschein kommen, welche auf die Unterstützung seitens der Kurjer-Partei rechnen dürfen.

In Posen schwärzen schon die Späßen am Dache von einer solchen „unterstützungswürdigen Kandidatur“, und zwar ist es die Parteikandidatur des Herrn Dr. Anton Chlapowski, für die man nicht erst seit heute agitiert und die man so dreht, um die Arbeiterkandidatur scheinbar als eine Standeskandidatur zu hintertreiben.

Eine so gefährliche Kandidatur wäre für die Kurjer-Partei die Kandidatur des Herrn Sosinski, und daher bekämpft sie der Kurjer; er versüßt aber die bittere Pille, indem er sie den Arbeitern mit Zucker eingibt!

Wir betrachten — soweit es sich um eine Arbeiterkandidatur handelt — die Kandidatur des Herrn Sosinski für die redlichste und entsprecheinste. Wir sprechen uns entschieden gegen die Klassen- und Parteikandidaturen und für eine Nationalkandidatur aus.

Die Kandidatur des Herrn Sosinski betrachten wir vor allem als eine Nationalkandidatur, denn es liegt im nationalen Interesse und namentlich bei der gegenwärtigen Strömung, daß ein wirklicher Arbeiter in der polnischen Fraktion Platz nähme, der in der Lage wäre, die Wünsche der breiten Arbeiterschichten in sozial-politischer Richtung in der Fraktion zu vertreten. Eine solch redliche Arbeiterkandidatur ist um so mehr in nationaler Hinsicht wichtig, als in der politisch noch wenig erfahrenen Arbeiterschicht Anzeichen aufzutauchen beginnen, die an Terrorismus und Bruch der nationalen Solidarität grenzen, dieser wichtigsten Grundlage, auf die sich die Verteidigung unserer Volksgemeinschaft stützen soll.

Im Postemp drohte in diesen Tagen ein gewisser Arbeiter sogar mit Absonderung bei den Wahlen! Zu einer solchen Absonderung kam es in Schwereiz, und dank dieser Absonderung seitens der Arbeiter fielen unsere Stadtverordneten kandidaten zur Freude unserer Gegner durch.

Aus Nr. 273 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 30. November 1909:

Um den Abgeordnetennachlaß.

Der Kurjer Poznański teilt mit, daß der Abgeordnete Herr v. Chrzanowski in diesen Tagen sein Mandat niederlegen wird; ferner läßt er sich weit und breit

Der in Schwerfenz Argernis gehende Streit ist um so trauriger, als die Arbeiter, die angeblich durch ein Individuum aufgehetzt waren, nur als Werkzeug gedient haben sollen! Hingegen ist in Breschen tatsächlich ein Fall von Terrorismus vorgekommen! Dort haben 60 Wähler aus dem Arbeiterstande mit Absonderung gedroht, wenn die Mehrzahl — 160 Bürger — ihre Wünsche nicht berücksichtigen würde. Um einen Bruch der nationalen Solidarität zu vermeiden, haben die Breschener Bürger es vorgezogen, dem Terrorismus nachzugeben — und nur auf diese Weise haben sie dem Argernis vorgebeugt und die Wahl der polnischen Kandidaten in die Stadtverordnetenversammlung durchgeführt.

Aus diesen Erscheinungen geht hervor, wie wenig unter den polnischen Arbeitern das Gefühl für die Wichtigkeit der nationalen Solidarität entwickelt ist — und wie viel Arbeit es noch kosten wird, um in diesen Kreisen die nationale Aufklärung zu heben. Am leichtesten könnte es ein aus diesen Kreisen hervorgegangener Abgeordneter vollbringen — ein Abgeordneter, der beständig mit den Arbeitern in Fühlung stünde. Ein solcher Abgeordneter würde der Vorsitzende des polnischen Berufsverbandes sein, ein Mann von Charakter und kräftiger Gesundheit, ein tüchtiger Pole und Arbeiter, der die Lage und das Schicksal des polnischen Arbeitervolks sowie seine Bedürfnisse und Wünsche aus der Praxis kennt.

Seine Kandidatur wäre folglich weder eine Klassen- noch eine Parteikandidatur, sondern sie wäre eine Nationalkandidatur.

Das ist unsere Meinung, die von keinen Nebenrücksichten, sondern ausschließlich vom nationalen Interesse geleitet wird.

Wir können und wollen nicht voreilig urteilen, welcher Meinung die Wähler und die Wahlbehörden sein werden. Wir möchten nur von vornherein vor den versteckten Parteimachinationen warnen, die in unseren Verhältnissen böse Zersetzung, Unlust und Widerwillen gegen die öffentliche Arbeit hervorrufen. Darum ist es jedoch der Kurjer-Partei nur zu tun, denn nur unter solchen Bedingungen gelingt es ihr, in dem trüben Wasser zum Schaden der Nation zu schwimmen und zu fischen.

In den kaufmännischen Kreisen wurde der Gedanke einer kaufmännischen, einer Städtekandidatur berührt; vorgeschlagen wurden die Kandidaturen der Herren Filipowicz aus Posen und Berkan aus Berlin.

Nach unserer Ansicht sind die städtischen kaufmännischen Kandidaturen ebenso begründet wie die Arbeiterkandidatur. Wenn wir über eine größere Anzahl Mandate verfügen würden, könnten solche Wünsche berücksichtigt werden; allein dadies nicht der Fall ist, muß die allgemeine nationale Rücksicht maßgebend sein. Übrigens will, wie wir erfahren, Herr Filipowicz eine Kandidatur garnicht annehmen, und die Kandidatur des Herrn Berkan würde im Posener Bezirk zu wenig populär sein.

Aus Nr. 272 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 28. November 1909:

Die Gazeta Opolska

ist bekanntlich zur Verteidigung des Abgeordneten Geistlichen Kapiża mit einem Artikel hervorgetreten. Wir haben der Gazeta Opolska unsererseits mit einem kleinen Artikel geantwortet, auf den gegenwärtig die Gazeta Opolska erwidert. Inwieweit — sei es auch nur äußerst indirekt — sich unser Blatt wegen des wenig berühmten, aber um so berühmteren Artikels des ehe-

maligen Kurjer Poznański „Silesia fara da se“ (Möge Schlesien seine eigenen Wege gehen) und wegen der damaligen Stellung der übrigen Presse rechtfertigen soll, ist uns unverständlich. Mit dem früheren Kurjer Poznański verbindet uns bekanntlich auf dem literarischen Gebiete nichts; auch ist seit dem ersten Tage des Bestehens unserer Zeitung unsere Stellung zu der schlesischen Frage bekannt.

Die Gazeta Opolska fordert uns auf, zu erklären, „was der Geistliche Kapiża ändern wolle“ in der Richtung unserer Nationalpolitik, denn nach der Ansicht der Gazeta Opolska „gebe es in Schlesien keinen Platz zu einer großen Politik“. Die Gazeta Opolska vergißt, daß der Geistliche Kapiża nicht allein im Lande Oberschlesien arbeitet. Vor einigen Tagen brachten wir wortgetreu folgendes:

Hinter den Kulissen wird ausdrücklich ein Programm ausgehängt, welches verlangt, daß wir die preußische Staatsangehörigkeit nicht als einen politischen Zwang, mit dem man rechnen müsse, anerkennen sollten, sondern als einen Zustand, der mit unserer inneren Überzeugung übereinstimme. Welche politischen Konsequenzen ein solches Programm nach sich zieht, das brauchen wir nicht erst zu sagen.

Möge der Gazeta Opolska unsere Stellung in der oder in jener Frage nicht gefallen, sie wird uns aber nicht etwa verdächtigen wollen, daß wir uns solche Sachen aus dem Finger saugen. Es wird der Gazeta Opolska nichts anderes übrig bleiben, als sich darüber zu informieren, was sich „hinter den Kulissen“, wenn auch außerhalb der Grenzen Oberschlesiens, zuträgt.

Man kann doch nicht über alles so berichten, wie über die erste beste Angelegenheit, von der man sich auf der Straße laut unterhält. Im übrigen beziehen wir uns auf unseren gestrigen Artikel „Die polnische Volksgemeinschaft und die Staatspolitik“.

Aus Nr. 275 des Postep (Posen)
vom 2. Dezember 1909:

Korrespondenz.

Aus der Umgegend von Oppeln,
den 29. November 1909.

Ich stelle hiermit mehrere in die Augen springende Tatsachen zusammen, welche meiner Meinung nach darauf hinweisen, daß ihr dort in Posen in Bälde einen Erzbischof bekommen werdet. Ehe ich verrate, wer der Kandidat ist, will ich die Tatsachen selbst sprechen lassen:

In Breslau findet eine Begegnung zwischen Kaiser Wilhelm und dem Kardinal Kopp statt. Es geht angeblich um die Gewinnung des Kaisers für das Zentrum und für den in Entstehung begriffenen neuen Block, welchem u. a. das Zentrum und vielleicht auch die unter der Herrschaft des neuen Admiralski (Napieralski) stehende polnische Fraktion angehören sollen. Daß etwas im Gange ist, beweist die Tatsache, daß seit einigen Tagen im erzbischöflichen Palais einer der Redakteure der „Germania“ weilte, aber vielleicht auch nur deswegen, um über das Ergebnis der Konferenz zu referieren. Das Berliner Tageblatt teilt mit, daß es zwischen der preußischen Regierung und dem Vatikan zu einer Verständigung gekommen sei, angeblich auf der Grundlage, die Angelegenheit der Besetzung des erzbischöflichen Stuhles in Posen vorläufig nicht zu berühren.

In der Versammlung in Halbborf sprach der Abgeordnete Kapiża, derselbe, der in den Spalten des Dziennik Elonski (Katolik) mit seinem politischen

Bekenntnis hervortrat. Und was sagte er denn in dieser Versammlung? Er erklärte feierlich, daß er nur ein ethnographischer Pole sei und mit dem Gedanken eines polnischen Reichs nicht spielen könne, und daß er bereit sei, sein Mandat niederzulegen, falls seine Wähler nicht wie er auf dem Boden der preußischen Staatsangehörigkeit ständen.

Dies alles zusammenfassend, komme ich zu folgendem Ergebnis: Kaiser Wilhelm kam nach Breslau vielleicht als Gast zum Freunde, vielleicht in anderen verschiedenen Angelegenheiten, aber sicher auch zwecks Erzielung eines Verständnisses mit dem Kirchenfürsten in der Angelegenheit der Besetzung des erzbischöflichen Stuhles in Posen. Der letzte Artikel des Geistlichen Kapiza hat die maßgebenden Kreise in Berlin interessiert. Gerade einen Tag vor der Ankunft des Kaisers, höchstwahrscheinlich nach vorheriger Verständigung mit der Kirchenbehörde, trat der Abgeordnete Kapiza abermals vor seine Wähler mit einem ergyloalen Programm hin, mit einem Programm, welches jeder Kandidat auf den erzbischöflichen Stuhl mit Ruhe und ohne Furcht, daß ein solches Programm in Berlin nicht gefallen könnte, unterschreiben kann.

Die Rede, die der derzeitige Abgeordnete Stabilewski Ende September 1891 in der Versammlung der polnischen Katholiken in Thorn gehalten hat, unterschied sich inhaltlich nicht viel von der des Geistlichen Kapiza, weniger loyal war jedenfalls die Rede des letzteren nicht. Warum sollten die Bekenntnisse des Geistlichen Kapiza nicht ebenso verstanden werden, wie damals die Rede des Geistlichen Stabilewski? Die Regierung, welche die guten Beziehungen zum Vatikan nicht abbrechen will, wird nicht an der Kandidatur eines deutschen Regierungsparteilers festhalten und gern den erzbischöflichen Stuhl statt mit einem gerechten Deutschen mit einem loyalen Polen besetzen. Es ist kein Unsinn, daran zu erinnern, was bei der Besetzung des erzbischöflichen Stuhls im Jahre 1891 der Reichskanzler General Caprivi auf die verschiedenen Angriffe hin, die aus dem Grunde erfolgten, weil ein Geistlicher polnischer Abstammung Erzbischof geworden war, antwortete! Caprivi verteidigte sich etwa folgendermaßen: Ein Erzbischof deutscher Abstammung wäre nicht stark genug, das durchzuführen, was gerade die deutschen Interessen erheischen. Ein deutscher Erzbischof wäre nicht stark genug, entschieden aufzutreten, er würde sich nach einer den Deutschen schädlichen Richtung leiten lassen. Dieses würde für die Regierung schädlicher sein als die Besetzung des erzbischöflichen Stuhls mit einem Geistlichen polnischer Abstammung. Sofort nach dem Tode des früheren Erzbischofs sei es im preußischen Ministerium zweifelsfrei gewesen, daß, wenn sich ein Geistlicher polnischer Abstammung finden würde, der unseren Ansprüchen genüge, alle dafür sein würden, ihn zum Erzbischof zu ernennen. Es sei aber kein entsprechender polnischer oder deutscher Kandidat vorhanden gewesen. Doch nach der Rede des gegenwärtigen Erzbischofs in Thorn hätten keine Zweifel mehr obwaltet, daß er der entsprechende Mann sei — genug preußisch und patriotisch —, um unsre Wünsche erfüllen zu können.

Mehr oder weniger mit diesen Worten begründete Caprivi seiner Zeit die Ernennung des derzeitigen Abgeordneten Stabilewski zum Erzbischof. Könnte Herr von Bethmann-Hollweg daselbe nicht auch vom Abgeordneten Kapiza sagen? Nur würde Kapiza so scheint es — ein noch größerer Patriot und noch mehr Preuße sein.

Zum Schluß bemerke ich, daß nicht ich es bin, der auf den Gedanken kam, die Artikel und Reden des Abgeordneten Kapiza werden ihm den Weg zum erzbischöflichen Stuhl bahnen. Hier wird davon nicht nur zeitweise gesprochen. Ja, es gibt solche, die da ent-

schieden behaupten, kein anderer als der Abgeordnete Kapiza werde Erzbischof. Daher hielt ich es für meine Pflicht, von diesen Gerüchten der geehrten Redaktion Mitteilung zu machen.

Ein Schlesier.

Aus Nr. 141 des Przyjaciół Ludu (Posen)
vom 25. November 1909:

Nochmals der Artikel des Abgeordneten Kapiza.

Wir kehren heute auf den unglückseligen Artikel zurück, welchen der Abgeordnete Kapiza in die Glut der politischen Streitigkeiten unserer Gesamtheit hineinwarf. Wir kommen auf diesen Artikel zurück, nicht so sehr deswegen, weil er selbst eine entschiedene Abfuhr verlangt, sondern hauptsächlich darum, weil sein Verfasser ein polnischer Abgeordneter ist, der zur Verteidigung nicht seiner Interessen, sondern der seiner Wähler — mit einem Wort — unserer ganzen Sache gewählt wurde. Ein solcher Artikel würde schon großen Schaden angerichtet haben, wenn ihn irgend ein Pole, ein minder bedeutender Mensch veröffentlicht hätte; denn die preußischen Blätter und später die Minister würden es fertig gebracht haben, den Artikelschreiber als einen bedeutenden, die polnische Gesamtheit kennenden Politiker zu erklären. Und in unserem Falle ist der Artikel aus der Feder eines gebildeten Polen, ja eines wegen seiner Tätigkeit weit bekannten Geistlichen und sogar Abgeordneten geflossen! Wir können uns vorstellen, wie die verschiedenen Schmierer der polenfreierischen Blätter und verschiedene hakatistische Hauptlinge sich die Hände gerieben haben, als sie von dem Auftreten des Abgeordneten Kapiza erfuhren! Und welch triumphierende Miene wird im Lande oder Reichstag mancher vom Schlage der Herren Sieg, Böhme oder des Ministers von Rheinbaben aufsetzen, wenn einer unserer Abgeordneten anfängt, von dem Hakatismus zu reden! Es genügt ihnen ja nur, die Sätze des Abgeordneten Kapiza von dem polnischen Radikalismus oder Hakatismus anzuführen, um unsern Abgeordneten den Mund zu schließen und unter den anderen Abgeordneten Beifall und gleichzeitig Worte des Tadelns für unsere Sache zu erreichen!

Der Abgeordnete Kapiza legte sich wohl über die Folgen seines Auftretens keine Rechenschaft ab, denn wenn er es getan hätte, würde er einen solchen Artikel nicht veröffentlicht haben, der den polnischen Abgeordneten für eine gewisse Zeit jedwede Verteidigung erschweren, ja sogar unmöglich machen wird.

Doch kommen wir zum Inhalt dieses Artikels selbst!

Wir haben schon bewiesen, daß die durch den Abgeordneten Kapiza vorgenommene Teilung der polnischen Gesamtheit der Wirklichkeit nicht entspricht. — Heute wollen wir uns über jenen polnischen Radikalismus unterhalten. Der Abgeordnete Kapiza nennt jenen Radikalismus Hakatismus und stellt die sogenannten Radikalen auf eine Stufe mit den Hakatisten. Wir sehen allerdings zwischen dem Radikalismus und dem Hakatismus einen großen Unterschied, wollen uns aber in Wortklauberei nicht einlassen, sondern auf die Sache selbst eingehen.

Nach der Ansicht des Geistlichen Kapiza bedeutet Radikalismus oder Hakatismus Fanatismus, Verbiissenheit, Rücksichtslosigkeit, ja sogar Wahnsinn. Mag sein! Wir wollen der Vollständigkeit halber noch hinzufügen, daß der Hakatismus auch gleichzeitig bestialisch und räuberisch ist, denn er strebt danach, einer anderen Nationalität ihr Land, ihre Sitten

und ihre Sprache fortzunehmen, und sie in nationaler und politischer Hinsicht zu morden.

Und jetzt bitten wir den Geistlichen Kapiza, uns zu zeigen, wo ein polnischer „Radikaler“ solche haktistischen Bestrebungen offenbarte, wo die Polen bestrebt waren, den Deutschen ihr Land, ihre Sitten oder ihre Sprache fortzunehmen oder sie in politischer und nationaler Hinsicht auszurotten? Möge der Abgeordnete Kapiza alle Bücher über die polnische Geschichte durchstudieren — er wird nirgends einen Beweis dafür finden, daß die Polen irgend einmal Haktisten oder Radikale nach seiner Auffassung gewesen sind. Und ebenso wie in der Vergangenheit, so auch in der gegenwärtigen Zeit betreiben die Polen nirgends den Haktismus, — denn dazu sind sie — so behaupten die Deutschen, die der Geistliche Kapiza vor dem polnischen Radikalismus verteidigen will — viel zu unfähig, zu weich und zu sentimental, mit einem Wort, sie haben nicht die Natur dazu, zu unterjochen und zu rauben.

Daß die Polen sich heute unter solchen Streichen, wie es das Herauswerfen der polnischen Sprache aus Schule und Amt, die Enteignung, das Verbot der polnischen Sprache in den öffentlichen Versammlungen, die Aushungerung des Arbeiters, des Handwerkers und des Kaufmanns ist, durch die Parole: „Weiden wir die Deutschen“ verteidigen, daß sie, um ihre Nationalität nicht zu verlieren, sich durch die Parole: „Jeder zu den Seinen“ retten, nur um den Bettelstab nicht ergreifen zu müssen, und schließlich scharfe Worte zur Verteidigung gebrauchen, so ist das nur eine **berechtigte Selbstverteidigung**, die, leider Gottes, noch nicht genügend entschieden und scharf, mit einem Wort, nicht genug radikal ist.

Herr Abgeordneter! Wären ihre Anklagen gerecht, wären die Polen nicht Haktisten, aber gute Radikale, so würde es bei uns gänzlich anders aussehen. Mit uns würde es dann ähnlich wie mit den Tschechen sein. Die Preußen würden uns hassen, wie sie es schon heute tun, aber sie würden uns nicht schlecht behandeln, sondern uns fürchten. Auch unsere inneren Verhältnisse würden sich anders gestalten. Vor allen Dingen wäre ein solcher Artikel, wie der des Geistlichen Kapiza direkt unmöglich, aber auch ein solche Artikel schreibender Abgeordneter wäre ebenfalls unmöglich.

Der Abgeordnete Kapiza schreibt, daß der polnische Radikalismus dem Haktismus Waffen gegen das polnische Volk liefert, oder, wenn die Polen nicht radikal wären, es nicht alle diese Ausnahmegeetze und Quälereien gäbe. Der Abgeordnete Kapiza tut uns leid ob seiner geringen Kenntnis des deutschen Haktismus. Ob wir den Preußen mit der Faust drohen oder ihnen zu Füßen kriechen, ist einerlei. — Sie werden uns unterdrücken, entnationalisieren, germanisieren und lutheranisieren, denn dieses verlangt ihre Politik, denn sie wollen in ihrem Lande eine in nationaler und religiöser Hinsicht gleichartige Bevölkerung besitzen. Und wie ist es denn in der diesjährigen Versammlung der deutschen Katholiken gewesen? Dort haben die Zentrumsgeistlichen doch etwa nicht Radikalpolen, sondern nur sehr, sehr gemäßigte Polen eingeladen — und trotzdem wurde es nicht erlaubt, zu diesen Polen in ihrer Muttersprache zu reden. Also bereitet uns dieser „Radikalismus“ keineswegs Schaden — auf jeden Fall kann er nicht so verderblich wirken, wie es der Artikel des Abgeordneten Kapiza getan hat.

Auch in der Auffassung unseres Verhältnisses zum preussischen Staat gehen die Ansichten des Abgeordneten Kapiza mit denen des Restes unsrer Gesamtheit auseinander. Nicht die Auswüchse des Radikalismus sind

schuld daran, daß unsre Verteidigung der Regierung gegenüber so wirkungslos und unsicher ist, sondern einzig die Tatsache, daß der preussische Staat sich nach dem Grundsatz „Macht geht vor Recht“ richtet und wir die Schwächeren sind — und, um das Maß voll zu machen, unter uns sehr viele sind, die sich nur als halbe Polen fühlen.

Damit wollen wir für heute schließen und fügen noch das Urteil der „Gazeta Grudziądska“ über das Auftreten des Geistlichen Kapiza bei, bemerken aber dabei ausdrücklich, daß die genannte Zeitung noch kürzlich den Geistlichen Kapiza verteidigte, also der persönlichen Abneigung gegen denselben nicht beschuldigt werden kann. Die genannte Zeitung schreibt:

Der Geistliche Kapiza entdeckte in der nationalen Bewegung der Polen eine seiner Meinung nach ungesunde und verkehrte Richtung, die er Radikalismus oder polnischen Haktismus nennt. Wir müssen gegen diese schweren und unbilligen Vorwürfe, die der Geistliche Kapiza gegen die nationale Bewegung der Polen — wenn auch gegen die extremste Richtung derselben — erhebt, sehr energisch protestieren.

In unsrer polnischen Gesamtheit gibt es sogar in Oberschlesien keinen Radikalismus in der Bedeutung des Haktismus. Es ist dies nur eine gerechtfertigte — leider sehr oft nachlässige und nicht genug energische Verteidigung unsrer kostbarsten und heiligsten nationalen Güter. Der Geistliche Kapiza gibt sich sichtlich keine Rechenschaft über das Wesen des Haktismus. Es scheint fast, daß Kapiza seinem eignen Volke, dessen Geiste und dessen Bestrebungen fremd geworden ist, daß er nicht vom polnischen Geiste durchdrungen ist und die Bestrebungen des polnischen Volkes nicht teilt, sonst würde er anders geschrieben haben. Bisher hat nur das Zentrum die nationale Bewegung des nationalen Radikalismus oder Haktismus beschuldigt.

Wir bedauern sehr, daß der Geistliche Kapiza betreffs dieses Vorwurfs zum Zentrum in die Lehre ging. Unangenehm ist es auch, daß Kapiza sich über den Begriff des Haktismus nicht klar geworden ist.

Der Haktismus strebt doch dahin, ändern das zu entreißen, was er selbst schätzt. Die preussischen Polenfreier zielen doch dahin, dem polnischen Volke die polnische Sprache, seine Sitten, seinen Glauben, seine größten Nationalschätze zu entreißen. Nicht genug damit! Die preussischen Polenfreier oder Haktisten wollen das polnische Volk aushungern, ihnen die mannigfaltigen Erwerbsquellen verstopfen, ja sie streben sogar danach, ihm die väterliche Scholle zu entreißen. Die Haktisten tun dies alles zu dem Zweck, das polnische Volk entweder zu germanisieren oder auszurotten — wenigstens in den Grenzen des preussischen Staates. Und wenn sie instande wären, würden sie zur Erreichung dieses Ziels sogar die pharaonischen Mittel anwenden, oder die bekannten Mittel Geros und anderer brandenburgischer Markgrafen gebrauchen. Weil aber diese Mittel in der heutigen Zeit unmöglich sind, treiben sie den preussischen Staat, die Regierung dazu, den Schwachen, dem schwachen polnischen Volke gegenüber die Staatsgewalt anzuwenden, die doch den Schutz aller Staatsbürger, also auch der Polen bilden sollte. Sie treiben die Regierung dazu, durch Ausnahme- — antipolnische — Gesetze das polnische Volk zu würgen — und zu erwürgen.

Haben denn der Selbstmord des Chrzestez, die Drzymala- und Gackowski-Wagen, diese Mommente ewiger Schande für das Preussentum, die Tätigkeit der preussischen Schulen, das Vereinsgesetz usw. usw. den Geistlichen Kapiza nicht hinlänglich darüber aufgeklärt, was der deutsche Radikalismus oder Haktismus ist und welche Ziele er verfolgt?

Wir bitten jetzt den Geistlichen Kapiša, uns zu zeigen, wo bei uns ähnliche Ziele verfolgt werden, was die Polen den Deutschen entreißen wollen, wo sie unterdrücken, wo sie danach streben, den Deutschen ihr Deutschtum und ihre nationalen Schätze zu entreißen? Wo? Wo?

Ein polnischer Radikalismus in der Bedeutung des Haktismus existiert in der polnischen Gesamtheit nicht. Wenn sich einmal vielleicht in dieser oder jener Zeitung, sei es im „Polak“ oder im „Kurjer“ hin und wieder ein scharfer Artikel findet, so ist das nicht weiter verwunderlich. Solche Aufschreie und scharfe Artikel müßten alle Zeitungen bringen. Derjenige, der gequält wird, gibt Schmerzensrufe von sich. Ist es denn so sehr verwunderlich, daß sich angesichts der Größe der Qualen, die uns vom preußischen System und der Tätigkeit der Haktisten zugefügt werden, hin und wieder in den Spalten der polnischen Zeitungen ein Schmerzenslaut des polnischen Volkes entringt? Das ist aber kein Radikalismus, das ist kein Haktismus!

Will es denn der Geistliche Kapiša nicht anerkennen, daß, wenn man z. B. dem deutschen Volke in Berlin oder irgendwoanders solche Schmerzen, wie das Preußentum uns bereitet, zufügen würde, es schon längst zu Aufständen und zu Blutvergießen gekommen wäre? Dieses haben uns oftmals ehrliche Deutsche bezeugt. Und die polnische Gesamtheit erleidet alles, trägt ruhig alles und verteidigt sich nur auf legalem Wege, obwohl es Schmerzensschreie von sich gibt. Es ist schwer, bei diesen uns von unsern Feinden zugefügten Martern nicht zu stöhnen. Das polnische Volk hat aber die Pflicht, sich zu verteidigen. Es hat die heilige Pflicht, seine Nationalität zu verteidigen, ja es mußte sie noch energischer und andauernder, obwohl immer legal, verteidigen als es bisher geschehen ist.

Denn die Nationalität ist, wie der „Kurjer Słonski“ treffend bemerkt, eines der höchsten natürlichen Güter, der kostbarste Schatz, den uns Gott gegeben. (Wir reden hier nicht von der hl. Religion — denn sie ist ein übernatürliches Gut.) Dieses höchste und kostbarste der irdischen Güter müssen wir mit Anspannung aller Kräfte verteidigen. Aber das ist kein Radikalismus, kein Haktismus! Den Geistlichen Kapiša schätzen wir als Seelsorger und Abgeordneten, aber das möge er uns glauben, er würde besser getan haben, wenn er diesen Artikel nicht geschrieben hätte. Daß der „Katolik“, „Gorniołoniat“ und „Dziennik Słonski“ — Organe des Abgeordneten Rapierski — diesen Artikel gebracht haben, darüber wundern wir uns nicht. Über die weiteren Ausführungen des Geistlichen Kapiša werden wir in Kürze weiter berichten.

Aus Nr. 269 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 25. November 1909:

Ein neuer Aufschlag.

Seit einer Reihe von Jahren bilden die Haktisten in der antipolnischen Politik der preußischen Regierung den leitenden Faktor. In der haktistischen Schmiede werden Projekte verschiedener Art vorbereitet, die auf unseren Untergang hinarbeiten und die früher oder später, schweren oder leichten Herzens — gewöhnlich leichten Herzens — sich die preußische Regierung und die preußischen gesetzgebenden Körperschaften zu eigen machen. Im ersten Augenblick nach dem Erscheinen eines solchen Projekts erhält man den Eindruck, daß es nichts Anderes sei, als das Erzeugnis einer üppigen und unmoralischen Einbildungskraft, eine wenig be-

deutungsvolle Erscheinung räuberischer und verfolgerischer Instinkte. Allein nach einer mehr oder weniger kurzen Zeitdauer kommt dieses Erzeugnis oder diese Erscheinung auf der Tagesordnung der Volksvertretung zum Vorschein und nach einer mehr oder weniger erschöpfenden und energischen Diskussion erobert es sich die Rechtskraft.

Folglich ist der in der gestrigen Nummer des hiesigen erzraktistischen „Tageblatts“ enthaltene Artikel „Wann kommt das Parzellierungs-gesetz?“ mehr als eine gewöhnliche journalistische Auslassung, die nichts ernstes zur Folge hat. Dieser Artikel ist vielmehr das Vorpiel oder die Ankündigung eines Konzerts, das wahrscheinlich in nicht allzulanger Zeit sich im preußischen Landtag abspielen wird, und es verdient daher auf eine besondere Aufmerksamkeit seitens unserer Volksgemeinschaft.

Das gefühlvolle Herz des „Tageblatts“, das in beständiger Angst lebt um das Los des „unterdrückten Deutschtums“ in den Ostmarken, wurde durch die Nachricht, das Projekt des neuen Parzellierungs-gesetzes werde noch nicht in der nächsten Session der preußischen Abgeordneten-kammer eingebracht werden, beunruhigt. Wir müssen gestehen, daß uns diese Befürchtung unverständlich ist. Sind doch bisher alle, auch die kühnsten Forderungen des „Tageblatts“ und seiner haktistischen Inspiratoren in Erfüllung gegangen, wenigstens insoweit es sich um die Unterdrückung unserer Nationalität gehandelt hat. Auch mit dem neuen Parzellierungs-gesetz wird es nicht anders sein. Es handelt sich nur um ein Weilchen Geduld. Und wir glauben, daß das „unterdrückte Deutschtum“ nicht vollends zugrunde gehen wird, auch wenn das neue Gesetz erst in der nächsten Landtags-session zusammen-geschmiedet werden sollte.

Die Notwendigkeit dieses Gesetzes begründet das haktistische Organ wie folgt: „Die Mobilisierung des ländlichen Besitzes macht so große Fortschritte, daß jeder wahre Freund der Landwirtschaft dadurch bedenklich werden muß. Doch soll zugegeben werden, daß sich vielleicht darüber streiten läßt, ob für das ganze preußische Staatsgebiet der Erlaß des Parzellierungs-gesetzes notwendig sei. Aber ein unbedingtes Erfordernis ist er für die ostelbischen Provinzen. Will der Staat durch die Ansiedlungskommission den Anteil der deutschen Besitzer vergrößern, will er das Land in deutschen Händen sichern, so darf er nicht tatenlos zusehen, wie die Polen von dem freien deutschen Besitze alljährlich beträchtliche Flächen für Aufteilungszwecke erwerben. Sonst beraubt er selbst sich der Möglichkeit, aus der Tätigkeit der Ansiedlungskommission den Nutzen und Vorteil ungeschmälert zu ziehen. Daß sich die bisherigen Maßnahmen als unzureichend erweisen würden, ist auch von uns vorausgesagt worden; die Polen haben eben ihre Taktik den veränderten Verhältnissen mit Erfolg anpassen dürfen. Dem muß endlich ein Kiegel vorgeschoben werden; man muß ganze Arbeit machen. Über die Notwendigkeit, die deutsche Vorherrschaft in Osten wieder herzustellen und sie dort, wo das gelungen ist, dauernd zu sichern, erübrigt sich heute jeder Streit.“

Es verlohnt eigentlich nicht, sich über diese Auslassung, in der böser Wille und böser Glaube mit der widersinnigsten Beweisführung um die Wette kämpfen, eingehender zu äußern. Die Mobilisierung des ländlichen Besitzes bildet schon seit einer Reihe von Jahren den springenden Punkt der wirtschaftlich-sozialen preußischen Politik. Die Notwendigkeit dieser Mobilisierung ergibt sich aus der umfangreichen kolonialisatorischen Tätigkeit der preußischen Regierung. Auf einmal soll die Mobilisierung des ländlichen Besitzes die Interessen der Landwirtschaft gefährden. Die „Wiederherstellung

der deutschen Vorherrschaft“ im Osten erfordert aber eine so plötzliche Frontwendung. Es könnte natürlich nur irgend ein Raiver sagen, daß diese Vorherrschaft nicht besteht und daß ihr irgendeine ernstere Gefahr droht.

Eine Zeitlang schien es so, als wenn die Konservativen, die im preussischen Landtage die Hauptrolle spielen, gegen das neue Parzellierungsgesetz aufzutreten würden. Sie werden wohl auftreten, aber aus persönlichem Interesse. Nicht einen Augenblick alaubten wir den Gerüchten, die Konservativen würden sich auf diese Weise für die seitens der polnischen Fraktion bei Durchführung der Finanzreform erwiesene Hilfe dankbar erweisen. Die leitende Idee der Politik der preussischen Konservativen ist von jeher ein „gesunder Egoismus“ gewesen. Es unterliegt aber nicht dem geringsten Zweifel, daß die erste praktische Folge des neuen Gesetzes, welches die private Parzellierung verbietet oder sie zu mindestens erschwert, ein bedeutendes Fallen der Bodenpreise sein wird, das die deutschen Landbesitzer am empfindlichsten treffen wird.

Die Konservativen haben, bestürzt durch die Angriffe, die ihr gegenwärtiges Bündnis mit der polnischen Fraktion in einem gewissen Teil der Presse hervorrief, plötzlich ihr patriotisches Herz entdeckt. Vor einigen Tagen erklärte nämlich ihr amtliches Organ, die „Konservative Korrespondenz“, die Konservativen würden sich dem neuen Parzellierungsgesetz nicht nur widersetzen, sondern sie würden es sogar mit allen Kräften unterstützen, denn ein solches Gesetz verlange das unmittelbare konservative Interesse. Das erwähnte Organ tröstet natürlich seine Leser, daß die Bodenpreise in den Ostmarken trotz des Parzellierungsgesetzes nicht übermäßig fallen würden, weil die von Jahr zu Jahr sich vermindernenden Angebote nicht mal zum Teil der Nachfrage entsprächen.

Angeichts der obigen Erklärung der Konservativen kann man schon heute das Los des neuen Parzellierungsgesetzes als entschieden betrachten. Es handelt sich nur mehr darum, ob dieser neue Anschlag auf unsere bürgerliche Gleichberechtigung schon in der nächsten oder erst in der nächstfolgenden Landtagssession rechtskräftig werden wird.

Aus Nr. 270 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 30. November 1909:

Es gelingt ihr nicht nach Wunsch.

Die Ansiedlungskommission scheint mit ihren Rentenstellen für Arbeiter und kleine Handwerker kein allzu großes Glück zu haben. Sie hat augenblicklich 148 solcher Stellen zu vergeben, doch trotz aller möglichen Bemühungen kann sie keine Reflektanten finden. Diese Stellen befinden sich hauptsächlich in Junikowo bei Posen, in Pudewitz und Wogrowitz. Eine jede solche Stelle besteht aus einem Wirtschaftshofe, einem Wohnhause und kleinen Wirtschaftsgebäuden und kostet etwa 3000 bis 3500 Mk. Zu jeder Besiedlung gehören 1 bis 6, ja sogar bis 12 Morgen Acker. Die geringste Anzahlung beträgt 500 bis 1000 Mk., der Rest des Kaufgeldes verbleibt als Hypothekenschuld, die mit $3\frac{1}{2}\%$ verzinst wird; $\frac{1}{2}\%$ wird für die Amortisation gezahlt.

Man wird wohl diese Rentenstellen umsonst verteilen müssen. Dann werden sich vielleicht Pfeifenraucher, die bereit sind, die Kultur zu verbreiten und das polnische Volk aus den heimatlichen Fluren zu verdrängen, melden.

Aus Nr. 272 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 28. November 1909:

Der Verband der katholischen Wohltätigkeitsvereine

teilt auf diesem Wege seinen Mitgliedern und Freunden mit, daß innerhalb des Hauptvorstandes folgende Änderungen eingetreten sind: In den Hauptvorstand sind durch Zuwahl vom Oktober d. J. ab eingetreten: Kanonikus Adamski, Prälat Kłos und Frau Wieganska. An Stelle des Geistlichen Meißner ist zum Hauptschriftführer Geistlicher Thaddäus Zakrzewski aus Posen gewählt worden und hat das Amt mit Zustimmung seiner geistlichen Behörde schon übernommen. Gemäß § 8 der Statuten des Vereins für katholische Kinderfürsorge, einer Sektion des Verbandes, ernannte der Hauptvorstand an Stelle des Geistlichen Meißner das Hauptvorstandsmitglied Kanonikus Adamski aus Posen zum Vorsitzenden dieser Sektion. In die Verbandssektion der Volksküche ernannte der Hauptvorstand an Stelle des Geistlichen Meißner den neuen Hauptschriftführer des Verbandes, Geistlichen Zakrzewski.

Infolge der eingetretenen Veränderungen und der notwendigen Verlegung des Verbandsbureaus in ein anderes Lokal, wird die Generalversammlung des Verbandes nicht — wie bestimmt — im Dezember, sondern später stattfinden. Der Termin wird noch rechtzeitig bekanntgegeben.

Der Vorstand des Verbandes der kath. Wohltätigkeitsvereine.

Aus Nr. 272 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 28. November 1909:

Ein Wort zur Verteidigung der gefährdeten Kinder an die Menschen, die guten Willens sind.

Auf dem Gebiete der Gerichtspflege für unmündige Kinder treten immer mehr die erzieherischen Erwägungen in den Vordergrund. Bei jugendlichen Verbrechern wendet das Gericht immer weniger die volle Strenge der kalten Gesetzesparagrafen an. Man beginnt vielmehr das Kind mit dem Herzen, dem Gefühl, der Rücksicht auf dessen Zukunft und mit der Überzeugung zu beurteilen, daß es, wenn es in seinen jungen Jahren etwas beging, was unter den Strafparagrafen fällt, mehr der Erziehung, des Mitleids und des Schutzes vor verderblichen Einflüssen, als der Strafe bedarf.

Es ist doch vorgekommen, daß ein zwölfjähriges Kind wegen Einbruchdiebstahls angeklagt wurde — also eines Verbrechens, worauf Gefängnisstrafe steht —, weil es mit einem Stöckchen die schlecht verschlossene Tür eines Stalles öffnete, um für seine Kaninchen etwas Futter zu stehlen. — Und dafür bekam es Gefängnis statt des erzieherischen Einwirkens!

Längst schon hat man empfunden, daß die gewöhnlichen, für die Erwachsenen angepaßten Gerichte nicht auch für Kinder passen. Das für eine Kleinigkeit, mehr einen dummen Streich, als ein Verbrechen bestraft und dadurch für sein ganzes Leben gezeichnete Kind, macht im Gefängnis die Verbrecherschule durch und verläßt den Ort der Strafe völlig verdorben und entgleist.

Erst in den letzten Jahren fing man nach dem Beispiel des fortschrittlichen Amerika an, besondere Jugendgerichte einzuführen.

Das Verfahren ist hier ein ganz anderes. Der Richter ist mild, ein Erzieher. Die Strafe wird dem

Kinde angedroht — das Urteil ausgesprochen —, aber gleichzeitig gibt der Richter dem Kinde bekannt, daß die soeben verhängte Strafe niemals in Kraft treten wird, wenn es in einem bestimmten Zeitraum das Verbrechen nicht wiederholt und zu Klagen keinen Anlaß gibt.

Gleichzeitig übergibt der Richter das Kind einer fremden, aber wohlwollenden Person in Obhut, die dann die Oberaufsicht über das Kind führt und den Bericht über dessen Führung erstattet. Das Kind weiß davon, daß es sich unter Aufsicht befindet und daß von der Aussage des Vormunds oder der Vormünder das Inkrafttreten der Strafe oder deren Erlass abhängt. Die Eltern des Kindes, denen man das Urteil und das Verhängen der Strafe mitteilt, erschweren nicht die Besuche der zur Aufsicht bestimmten Person.

Der überaus bedeutende und vorteilhafte Einfluß der Belohnung eines guten Lebenswandels durch Erlass der verhängten Strafe ist leicht verständlich. Die Ergebnisse eines solchen Verfahrens sind überall so bedeutend, daß die Erzieher sich über die Jugendgerichte sehr vorteilhaft auslassen.

Hunderte und Tausende von an der Schwelle des Verbrechens stehenden Kindern kann man durch eine wohlwollende und gute Fürsorge retten.

In Posen existiert erst seit einem Jahre ein Jugendgerichtshof. Er hat übergenug Arbeit. Leider ist der größte Teil der Kinder, der vor diesem Gericht erscheint, polnisch-katholisch. Jedes dieser Kinder wird vom Gericht irgend einer Person zur Obhut überwiesen. Es sind daher Leute guten Willens notwendig, die eine solche Obhut übernehmen würden.

In Posen war noch kein Jugendgerichtshof vorhanden, und doch bestand schon seit dem Jahre 1906 ein Fürsorgeverein für katholische Kinder, welcher gegenwärtig eine Sektion des Verbands der katholischen Wohltätigkeitsvereine bildet, zu dem ausgesprochenen Zweck, Personen ausfindig zu machen, die die gerichtliche Vormundschaft und die Obhut über Kinder übernehmen würden. Den damaligen Bedürfnissen ist einigermaßen Genüge geschehen. Heute jedoch, wo die Tätigkeit des Jugendgerichtshofs immer mehr gefährdete Kinder in Obhut gibt, genügen die winzigen Reihen der Mitglieder des Fürsorgevereins für katholische Kinder nicht mehr.

Daher wenden wir uns an die Herzen, denen das Schicksal der gefährdeten Kinder nahe geht, mit der Bitte um tätige Mithilfe.

Der Vormundschaftsrichter erklärt, daß die heilsame Tätigkeit des Jugendgerichtshofs werde aufhören müssen infolge Fehlens von katholischen Vormündern und Vormünderinnen, namentlich im Zentrum der Stadt und in Wilba. Sollten tatsächlich in unser Gesamtheit Leute fehlen, die bereit wären, zur Rettung einer Kindesseele etwas Zeit zu opfern? Sollen wirklich infolge Fehlens von Opfern bei den Katholiken solche Kinder unter die Obhut von Protestanten und Juden kommen und das in einem Lebensabschnitt, in welchem sie mehr denn je einer religiösen Belehrung bedürfen? Zur Ausübung dieser Obhut ist weder eine hervorragende soziale Stellung, noch eine hohe Bildung, sondern ein Herz für die Kinder, das Verständnis der Wichtigkeit einer solchen Mission und das vollendete 21. Lebensjahr notwendig. Wie man eine solche, übrigens gar nicht beschwerliche Obhut ausüben soll, belehren die Versammlungen, die eigens zu diesem Zwecke der Verein der katholischen Kinderfürsorge veranstaltet und dazu jeden einladet, der eine solche Obhut ausübt oder ausüben will. Meldungen nimmt das **Verbandsbureau der Wohltätigkeitsvereine, Luisenstraße Nr. 7**, entgegen.

Aus Nr. 271 des Lech (Gnesen)

vom 28. November 1909:

Neue Wege unserer Verteidigung.

Der Kampf ums Dasein ist die Achse, um welche sich alles dreht, und die schließlich über die Existenz der Völker entscheidet.

So muß auch der Kampf des polnischen Volkes mit den Deutschen auf wirtschaftlichem Gebiete entschieden werden. Die ganze antipolnische Politik hat in der Tat eine ökonomische Unterlage und ist bestrebt, mit der ganzen Kraft dahin zu gelangen, um die polnische Volksgeamtheit auszuhungern zu lassen, zu proletarisieren und die Polen zu Knechten und Sklaven der deutschen Herrschaft zu machen. Dann wird es auch in nationaler, wie auch in religiöser Hinsicht mit den Armen und Elenden eine einfache Sache sein.

Die polnische Volksgeamtheit hat sich bis jetzt leider über die ihr von dieser Seite drohende Gefahr keine Rechenschaft abgelegt.

Unsere bisherige Verteidigung bewegte sich vor allen Dingen in politischer Richtung vorwärts. In der Heimat haben wir uns um die nationale Aufklärung in den breitesten Schichten des Volkes bemüht, ob energisch genug und erfolgreich, das ist eine andere Sache. Wir haben uns bemüht, die Meinung der kulturellen Welt für unser Los zu interessieren, und unsere Abgeordneten in Berlin sind mehr oder weniger energisch in Verteidigung unserer Rechte auf der parlamentarischen Rednertribüne aufgetreten. Außerdem bemühen wir uns um unsere wirtschaftliche Entwicklung, um Hebung des Handels, der Industrie und des Handwerks; es sind auch hier und dort Versuche zur Hebung unseres nationalen kulturellen Niveaus gemacht worden. Jedenfalls stand die politische Seite unserer Verteidigung immer und überall an erster Stelle.

Heute ändert der Feind mit Rücksicht auf uns seine Taktik, indem er den Schwerpunkt des Kampfes mit der polnischen Gesamtheit auf das ökonomische Terrain übertrug. Die Ansiedlungspolitik, das allseitige Boykottieren des polnischen Handels und der polnischen Industrie, das Erschweren der Fachausbildung der Handwerker, die städtische Politik, das sind eben gewisse Beweise dafür, daß die Deutschen mit Rücksicht auf uns ein Enteignungssystem im großen Maßstabe durchsetzen wollen, daß sie uns allmählich alles, was wir besitzen, wegraffen, daß sie das polnische Volk materiell vernichten und die Polen zum Bettelstab bringen wollen, damit sie dann die Menge der Proletarier und Bettler mit Leichtigkeit germanisieren und lutheranisieren können. Die Polen sollen diese Heloten, diese Sklaven werden, die für ihren deutschen Herrn im Schweiß ihres Angesichts arbeiten werden, wie das schon heute zum Teil geschieht.

Daher müssen wir den Schwerpunkt unserer Verteidigung auf das wirtschaftliche Gebiet verlegen, denn es ist eine klare und verständliche Tatsache, daß die Verteidigungstaktik von der Art des Angriffs und der Bekämpfung des Gegners abhängt. Wenn wir erst auf einer festen ökonomischen Unterlage stehen werden, dann wird keine antipolnische Politik imstande sein, uns zu beseitigen. Alsdann werden wir als eine Macht erscheinen, welche über das wahnsinnige Benehmen von amtlichen und nichtamtlichen Hatalisten spotten wird.

Es ist eine klare Sache, daß man die bisherige Arbeit über die nationale Aufklärung in den breitesten Schichten der Volksgeamtheit und ihre Heranziehung zur Teilnahme an der nationalen und

bürgerlichen Arbeit nicht vernachlässigen darf. Wir müssen auch unsere Abgeordneten haben, die nach Möglichkeit unsere Rechte in Berlin verteidigen werden, wir müssen in der Heimat eine Organisation und andere Faktoren haben, welche die politische Richtung unserer nationalen Verteidigung führen werden.

Mit alledem muß paarweise auch die Arbeit um unsere national-kulturelle Entwicklung gehen. Was würde es uns nützen, wenn wir die Taschen voll Geld hätten, wenn wir sogar polnisch sprechen aber nicht polnisch fühlen würden, wenn wir uns nicht als einen integralen Teil der polnischen Nation fühlen würden, die dank ihrer hoch entwickelten heimischen Kultur, dank ihrer glänzenden Geschichte, dank ihrer herrlichen Kunst und Literatur einen abgesonderten und unermäßig wichtigen Faktor in der kulturellen Entwicklung der Welt darstellt.

Wenn nun unserer Meinung nach an erster Stelle unserer Verteidigung der Kampf um die materielle Existenz geführt werden müßte, so darf man andererseits die politische Richtung, wie auch unsere kulturelle Verteidigung nicht vernachlässigen.

Aus Nr. 267 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 26. November 1909:

Volksunterhaltungsabende.

Es kommt gegenwärtig wieder eine Zeit, in der die Lehrer, welche auf die Ostmarkenzulage und andere antipolnischen Vorteile Appetit haben, Germanisierungsabende abhalten. Es ist ja richtig, daß sie hierzu vollkommen das Recht haben. Mögen sie diese Unterhaltungsabende abzuhalten, so lange sie Lust haben, wenn sie nur nicht das polnische Volk dazu einladen wollten. Das aber ist der Hauptzweck jener Unterhaltungsabende, daß sie das polnische Volk besuchen und sich germanisieren sollte. Besonders die Kinder sollen auf diese Weise an der deutschen „Kultur“ Gefallen finden.

Viele Leute denken, daß der Lehrer das Recht hat, die Kinder zur Teilnahme an solchem Unterhaltungsabend anzuhalten. Dieses ist eine falsche Ansicht. Ein solches Recht hat der Lehrer nicht. Außerhalb der Schulen haben nur allein die Eltern das Recht, über ihre Kinder zu bestimmen, und wenn sie ihren Kleinen nicht befehlen, die Germanisationsabende zu besuchen, so kann sie auch keine andere Macht dazu zwingen. Wir erwarten auch, daß kein Vater und auch keine polnische Mutter ihren Kindern erlauben werden, dorthin zu gehen, wo in das Herz des Kindes die Liebe für fremde Götter eingepflanzt werden soll. Wir werden genug zwangsweise germanisiert, aber freiwillig dürfen wir uns nicht germanisieren.

Aus Nr. 270 des Lech (Gnesen)
vom 27. November 1909:

Die Stadtverordnetenwahlen in Gnesen

sind in allen drei Klassen für die Polen ungünstig ausgefallen. Das Ergebnis der Wahl in der dritten Klasse veröffentlichten wir schon gestern. In der zweiten Klasse stellt sich das Verhältnis unserer Kräfte gegenüber den jüdisch-deutschen günstiger dar.

Es sind 82 polnische und 141 deutsche Stimmen abgegeben worden, so daß auf der jüdisch-deutschen Seite eine bedeutende Mehrheit zu verzeichnen ist. Auf die allgemeine Zahl von 307 in der zweiten Klasse

berechtigten Wählern entfielen 110 polnische berechnete Wähler, nicht eingerechnet natürlich die polnischen Beamten, denen von vornherein befohlen wird, für die deutsch-jüdischen Kandidaten zu stimmen. Es erschienen somit nicht zur Wahl 28 Polen, und zwar die Herren: (es folgen die Namen). Der Wahl enthielten sich die Domherren Kretschmer, Goebel und Sander.

Allgemeine Erbitterung und Entrüstung rief die Tatsache hervor, daß der Professor Frankowski für die Deutschen und Juden stimmte.

In der ersten Klasse waren wahlberechtigt 19 Polen und 64 Deutsche und Juden. Von polnischer Seite wurden 14, von deutscher 46 Stimmen abgegeben. Zu den Wahlen waren nicht erschienen die Herren Samberger, Frankowski, Hedloff, Schwarz und Godynski.

Zugegeben muß werden, daß die dritte Klasse am nachlässigsten war, denn von 465 polnischen Wählern wählten nur 265. Von 856 deutschen Wählern wählten 681. In der zweiten Klasse wählten auf unserer Seite 75 Prozent der Wähler, auf der gegnerischen Seite war die Beteiligung etwas schwächer, denn es wurden nicht ganz 72 Prozent erreicht. In der ersten Klasse wählten 73 Prozent der polnischen und 72 Prozent der deutschen Wähler.

Im Laufe der letzten zwei Jahre hat die Zahl der polnischen Wähler in allen drei Klassen zugenommen und zwar in der III. Klasse um 20, in der II. um 10 und in der I. um 4 Wähler. Diese Zahlen würden sich für uns günstiger darstellen, namentlich in der III. und II. Klasse, wenn man die polnischen Beamten nicht gezwungen hätte, für die deutsch-jüdischen Kandidaten zu stimmen. Die meisten Aussichten auf einen Sieg haben wir, wenn auch nicht bald, in der zweiten Klasse, deren Mandate wir früher oder später beherrschen werden.

Einstweilen verbleibt jedoch die Hauptstadt des Lech ohne polnischen Stadtverordneten. 15 000 polnische Bürger haben auch fernerhin kein Recht, auf die städtischen Angelegenheiten Einfluß auszuüben, und sie werden weiterhin der Selbsterhebung des Judentums zusehen müssen. Heute empören sich sogar schon die verständigeren deutschen Elemente gegen das jüdische Übergewicht, sie würden sich vielleicht gerne mit den Polen verständigen, um das schwere jüdische Joch von sich abzuschütteln, aber angesichts der drohenden polnischen Gefahr können sie die jüdisch-deutsche Solidarität nicht brechen, denn sie würden ja die Gnade der Regierung und alles, was mit ihr verbunden ist, verlieren. Dabei leiden natürlich die städtischen Interessen am meisten. Die ganze jüdische Wirtschaft ist darauf gerichtet, den Juden die Taschen auszustopfen, das Wohl der Stadt dagegen kommt erst in zweiter Linie in Frage. Im Gnesener Stadtparlamente macht sich der Mangel an befähigten Leuten empfindlich bemerkbar, denn die, welche die schaffende Kraft darstellen, ziehen sich angesichts der heutigen Wirtschaft immer mehr zurück. Die tüchtigen und fähigen Individuen unter den Polen sind trotz der besten Absichten von jeglicher Arbeit für das Wohl der Stadt zu deren großem Nachteil ausgeschaltet.

Ein solcher Stand der Dinge hemmt die Entwicklung unserer Stadt und aller der Städte, die sich in ähnlicher Lage befinden, im höchsten Grade und muß schließlich in der Wirtschaft der Städte unseres Landes teiles Abspannung herbeiführen.

Aus Nr. 270 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 26. November 1909:

Korrespondenz.

Bnin, den 22. November.

Die scheinbare Ruhe, die bei uns herrscht, lullt so manchen in den sicheren Gedanken ein, bei uns sei alles in Ordnung und es komme nichts Außergewöhnliches mehr vor, was für die Öffentlichkeit von Interesse wäre. Doch diese Ruhe ist die Stille vor dem Sturm. Die Bewohner unseres Städtchens warten mit Ungeduld auf eine Änderung zum Besseren.

Seiner Zeit bemühten sich die Stadträte in unsrer Stadt, die Gasbeleuchtung einzuführen, und zwar mittelst Anschlusses an die Gasanstalt in Kurnik. Mehrere Bürger gaben vorschauweise das Geld her, und es wurden für 1200 Mark Leitungsröhre gekauft, die schon zwischen Bnin und Kurnik gelegt worden sind. Doch der hiesige Bürgermeister, Herr Müller, ist ein Gegner dieses Projekts und erklärte, Bnin sei noch nicht reif dazu. Es scheint, daß der Bürgermeister lieber im Dunkeln geht. — Auf die Beschwerde bei der königlichen Regierung hin ist bis heute noch keine Antwort erfolgt. Es ist ja möglich, daß die Regierung nach erfolgter Untersuchung dieser Angelegenheit eine günstige Antwort erteilen wird, denn die Klagen über die mangelnde Beleuchtung sind allgemein mit Ausnahme des Bürgermeisters und einiger Leute, denen das Licht die Augen blendet.

Weiter berücksichtigte der Herr Bürgermeister nicht die Wünsche der Stadtverordneten und setzte nicht die Wahl eines Magistratsmitglieds auf die Tagesordnung. Gegenwärtig ist ein Vertreter da, denn die vorher Gewählten wurden von der königlichen Regierung nicht bestätigt. Der Vertreter scheint dem Bürgermeister zu passen — denn er ist ebenfalls ein Gegner des Lichts. — Auch darüber wurde eine Beschwerde an die königliche Regierung eingereicht. — Als der Bürgermeister die Wünsche der Stadträte nicht berücksichtigen wollte, verließen sie den Beratungssaal. Deswegen beräumte der Bürgermeister auf Grund des § 42 eine Sitzung auf den 1. d. Mts., vormittags 11 Uhr an, also am **Allerheiligentage**. Weil der ganze Stadtrat katholisch ist, erschienen 5 Mitglieder zur Sitzung nicht — doch fand sich allerdings eine Stunde nach der festgesetzten Zeit ein Stadtrat und das der geachtete und **angesehenste**, Herr W. Strojny, ein — und half mit, die Beschlüsse durchzuführen. Dieselben sind schon in Kraft getreten. Auch gegen diese Prozedur waren die Stadträte gezwungen, sich zu beschweren.

In einer Gemeinderatsitzung wurde zum Mitglied der Steuereinschätzungskommission Herr Johann Zwanski gewählt; der Herr Bürgermeister schrieb aber statt Johann — Peter Zwanski ins Protokoll ein, und die Anwesenden unterschrieben es, welches nicht einmal vorgelesen wurde. Auch darüber wurde eine Beschwerde eingereicht.

Sonntags sollte die Trauung des Herrn Szwedowski aus Kurnik mit Fräulein Kromulka aus Bnin stattfinden. Als das Brautpaar Sonnabend zur Ziviltrauung erschien, zeigte sich, daß das Aufgebot auf dem Standesamt in Bnin garnicht ausgehängt war. Aus diesem Grunde konnte die Trauung nicht stattfinden. Gegenwärtig bemüht sich das Paar um die ministerielle Erlaubnis zur Trauung. Aus diesem Grunde sind die Brautleute und ihre Angehörigen materiellen Verlusten ausgesetzt, für welche höchstwahrscheinlich der Herr Bürgermeister wird verantwortlich gemacht werden, weil er gleichzeitig Standesbeamter ist und als solcher seine ihm obliegenden Pflichten nicht erfüllt . . .

Aus Nr. 48 des Gość Niedzielny,
Beiblatt zum Przyjaciół Ludu (Posen) Nr. 142,
vom 27. November 1909:

Die Waffe.

Stehet auf, ihr Knaben, und betet!
Schon hört man die Glocke zum Frühgottesdienst läuten,
Sodann suche jeder sich eine Waffe aus:
Armbrust, Pfeile, Speer oder Lanze.

— Ich will, mein Vater, dieses lange Schwert nehmen,
Das an „Hundsfeld“ erinnert
Und öfters schon Blut in Strömen vergoß.
Nimm es, mein leuchtender Falke.

Auch mir, sagt der zweite, gebricht es nicht an Mut,
Ich ergreife die starke Armbrust nebst Pfeilen
Und laut möge die Sehne ertönen.
Nimm sie, mein kleiner Ritter.

Der dritte stand blaß und schwankte wie ein Rohr,
Ein Lächeln spielte in seinem Gesicht,
Mit einem Seufzer fragte diesen der Vater:
Mit was willst Du denn den Feind bekämpfen?

Auch ich habe eine schreckliche Waffe in meiner Hand,
Die, wie eine Schlange beißt und zerrt,
Wie ein hungriger Luchs die Beute verfolgt
Und das Herzblut trinkt.

Vor ihrem Stoß fliehe mit dem Leben,
Fliehe, Du armseliger Mensch,
Es plagt Dir die Rüstung, die Lanzen brechen,
Der Rost zerfrißt Spieße und Schwerter.

Säbel, Speere, Spieße, Pfeile
Und alle Todeswerkzeuge
Werden vergehen, wie der weiße Staub —
Meine Waffe aber wird ewig währen.

Was mag das sein! flüstern die Brüder verwundert
Und sie lassen die Blicke finster umherschweifen.
Seht! und mit diesen Worten entnahm er der Tasche
Eine in Tinte getauchte . . . Feder.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 142 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz)
vom 27. November 1909:

Die Drzymala-Angelegenheit.

Wie bekannt, hat Herr Drzymala seinen Prozeß im Verwaltungswege verloren. Es ist ihm daher befohlen worden, sich aus seinem Wagen herauszusehen. Herr Drzymala hat dagegen schon ein Mittel gefunden, denn, wie bekannt, gibt ein polnischer Bauer sein Spiel nicht so leicht für verloren, und gegebenenfalls ist er bereit, nicht nur mit der preußischen Regierung, sondern mit dem Teufel zu ringen. Drzymala wird jetzt also in der Welt herumfahren. Aber hierum handelt es sich jetzt nicht. Wir erlauben uns an unsere Herren Juristen eine Frage zu richten? Gibt es denn kein Mittel, die Drzymala-Angelegenheit im Zivilprozeßwege zur Entscheidung des Reichsgerichts zu bringen?

Die preußischen Behörden haben Herrn Drzymala an der Erbauung eines Hauses geschwindig gehindert, und nachher sogar an der Benutzung des beweglichen Wagens. Daß sie das auf Grund der Ansiedlungsnovelle getan haben, ist nach unserer Meinung ohne Bedeutung, weil die Ansiedlungsnovelle im Widerspruch zu der Gesetzgebung des Reiches steht, also ungültig ist. Die preußischen Behörden hindern also Herrn Drzymala nur mit dem Recht des Stärkeren an der Absicht, ein Haus zu bauen, oder aber seinen Zigeuner-

wagen auf seinem eigenen Grund und Boden zu benutzen.

Wenn es sich auf irgend eine Art und Weise machen ließe, die Sache vor das Reichsgericht zu bringen, dann müßte das Reichsgericht anerkennen, daß die Ansiedlungsnovelle im Widerspruch zur Reichs-gesetzgebung steht, daß sie ungültig ist, und dann hat Drzymala gewonnen. Es ist schon öfter vorgekommen, daß das Reichsgericht die Gesetze mancher Bundesstaaten für ungültig erklärt hat, und diese Gesetze aufgehoben werden mußten. Es ist die höchste Zeit, daß die polnische Gesamtheit Schritte unternehme, um die Ansiedlungsnovelle für ungültig erklären zu lassen.

Dieser Sache müßte sich ein Kreis unserer bedeutendsten Juristen annehmen!

Es ist doch wirklich eine Schande, daß unsere Gesamtheit in dieser Beziehung noch nichts getan hat. Die Tschechen z. B. würden sich mit einer derartigen Sache gründlich befassen. Vielleicht möchten die Herren Juristen diese Frage erwägen und ihre Ansicht äußern.

Aus Nr. 142 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 27. November 1909:

In der Angelegenheit der Fürsorge für unsere Auswanderer.

Ich bitte höflichst die ehrwürdigen Confratres, aus deren Parochie ein großer Teil Leute nach Mecklenburg, Sachsen und Pommern auf Arbeit geht, und die wünschen, daß ihre Parochianen in der Heimat Arbeit finden, zwecks gemeinsamer Arbeit mir ihre Adressen bis zum 5. Dezember mitzuteilen. Es besteht nämlich die Hoffnung, daß es möglich sein wird, im künftigen Jahre einige Tausend Saisonarbeiter auf Gütern in Westpreußen und im Großherzogtum unterzubringen. Für diese Sache interessiert sich die Landwirtschaftskammer für Westpreußen in Danzig, welche mir ihre Bereitwilligkeit erklärt hat, diese Sache zu unterstützen und bei der Unterbringung der Saisonarbeiter in unserer Provinz zu vermitteln. Sie hat mich gebeten, daß sich die Aufseher, welche mit hiesigen Arbeitern in unserer Provinz Arbeit annehmen wollen, direkt an den Stellennachweis der Landwirtschaftskammer für die Provinz Westpreußen in Danzig, Sandgrube 21 wenden möchten. Sie müssen ihre Zeugnisse im Original und 2,50 Mk. für verschiedene Kosten beifügen. Ich bitte die ehrwürdigen Confratres sehr, die Aufseher ihrer Parochie auffordern zu wollen, sich direkt an die Landwirtschaftskammer zu wenden. Die Landwirtschaftskammer wird, ehe sie dem Antragsteller einen Kontrakt erteilt, sich vorher bei dem betreffenden Propst über den Charakter usw. des Antragstellers erkundigen, um keine Säufer, Betrüger und Wollüstlinge als Aufseher zuzulassen. Sie wird nur nüchterne, gewissenhafte und ehrbare Leute berücksichtigen.

Geistlicher Stan. Sychowski
Gr.=Schliewitz.

Aus Nr. 8 des „Gryf“ (Berent)
vom November 1909:

Wieviel Kaschuben gibt es in der Kaschubei?
überschreibt sich ein Artikel des „Gryf“, der wie folgt schließt:

Im Jahre 1905 gab es also
in Westpreußen 129 799 und
in Pommern 5 400
zusammen also 135 199

Kaschuben in der Kaschubei. Diese Zahl stimmt geradezu auffallend überein mit dem Resultat des Dr. Legowski-Radmorski in seinem Werk „Die polnische Bevölkerung in Westpreußen“ (Warschau 1889). Nach ihm zählt die kaschubische Bevölkerung 122 600 Köpfe. Wenn wir dieser Zahl den natürlichen Zuwachs in 15 Jahren (in Westpreußen jährlich 0,6%) hinzuzählen, dann kommen $122\,600 + 12\,260 = 134\,860$ heraus.

Der Unterschied zwischen 135 199 und 134 860 ist nicht groß, denn er beträgt nur 399 Köpfe.

Wir müssen nun danach streben, daß sich bei der nächsten Volkszählung **alle Kaschuben sich in polnischer Rubrik eintragen**, um damit ihrer politischen Überzeugung Ausdruck zu geben, aber außerdem sollen sie es nicht unterlassen, sich auch in der kaschubischen Rubrik zu ihrer uralten Sprache zu bekennen.

Aus Nr. 8 des „Gryf“ (Berent)
vom November 1909:

Die Verbreitung der jungkaschubischen Bewegung.

Das Auftauchen der jungkaschubischen Bewegung ist ein erfreuliches Symptom, das von der Lebensfähigkeit des Organismus der kaschubischen Bevölkerung zeugt. Vorläufig versteht zwar mancher nicht zu beurteilen, ob diese jungkaschubische Bewegung, wie man sie nennt, das letzte Aufblühen der erlöschenden kaschubischen Seele ist, oder wirklich das erste Zeichen der Gesundung, der Wiedergeburt. Jedenfalls ist es das letztere. Das wird aber erst dann offenbar werden, wenn alle Volksschichten von den jungkaschubischen Idealen durchdrungen sein und sie hundertfache Frucht tragen werden. Unter den kaschubischen Idealen, wenn ich so sagen soll, darf nichts anderes verstanden werden, als alles das, was der kaschubischen Seele teuer sein muß, das ist der Grund und Boden, die Tradition, die Sprache, die Sitten einerseits, sowie die nationale und kulturelle Gemeinschaft mit Polen andererseits. Den Grundgedanken aber, daß man gerade auf den heimischen Grundelementen die allgemeinpolnischen Elemente stützen muß, daß man die kaschubischen und allgemeinpolnischen Ideale organisch verbinden muß, diesen Gedanken mit allen seinen weiteren Konsequenzen nennt man **jungkaschubische Idee**. Das Beiwort jungkaschubisch unterscheidet grundsätzlich die heutige Anschauung z. B. vom Ceynowismus, der die kaschubischen Ideale von den allgemeinpolnischen losriß, — und von der extremassimilierenden Anschauung, wo die kaschubischen Ideale völlig ignoriert wurden.

Das Verhältnis der kaschubischen Volkskultur zur allgemeinpolnischen entspricht ungefähr dem Verhältnis des Zweiges zum Baum. Der kaschubische Zweig war bisher krank, obwohl auch ihn die im ganzen Baum umlaufenden Säfte durchdrungen haben. Die jungkaschubische Bewegung hat namentlich die Beseitigung der Ursachen dieser Erstarrung im Auge, sodaß infolge ihrer Bemühung dieser Zweig seiner Art entsprechende Früchte tragen soll.

Daher wäre also die erste Aufgabe dieser Bewegung **pädagogische Arbeit**, welche die Sanierung der kaschubischen Seele und die Ausbildung des Charakters zum Ziel hat. Die kaschubischen Ideale, welche hier die Aufgabe der Medizin zu erfüllen haben, müssen solange eingefloßt und gepflegt werden, bis die kaschubische Bevölkerung zum selbständigen kulturellen Leben derart erwacht, daß sie aufhört, passiv zu sein und ein aktives Glied in dem Organismus der polnischen Kultur wird.

Man muß also diese Ideale, wie eingangs darauf hingedeutet wurde, unter das Volk tragen. Dabei muß darauf geachtet werden, daß sie ihm in entsprechender, d. h. in zugänglicher Form geboten werden. Dazu können verschiedene Mittel dienen.

Für eins dieser Mittel halte ich namentlich die **kaschubische Literatur**, und zwar die Belletristik. Hier kann man in angenehmer und zugänglicher Form die idealen Seiten des kaschubischen Lebens darstellen, und **dadurch allmählich die Anschauung dieses Volkes im Sinne der jungkaschubischen Idee bearbeiten**. Die bisherige kaschubische Literatur eignet sich wenig oder fast garnicht dazu. Sie ist, wenn ich so sagen darf, überwiegend in einem satyrisch-groben Ton gehalten und gibt Karikaturen und die unangenehmen Seiten aus dem kaschubischen Leben wieder. Sie ist nur geeignet, ein herzliches Lachen hervorzurufen, aber niemals erhabene Gefühle auszulösen.

Also man muß eine entsprechende Literatur und besonders eine Romanliteratur schaffen. Es versteht sich, daß zur Anschauung des kulturellen Lebens unter den Kaschuben eine Verbreitung auserlesener Werke aus der schönen polnischen Literatur unbedingt notwendig ist. Dieses bisher nur durch die Filialen des Volksbibliothekenvereins bearbeitete Gebiet ist mangels tüchtiger Mitarbeiter sehr vernachlässigt. **Hier muß man dem Volksbibliothekenverein die Hand reichen und das Lesen von Büchern beleben.**

Wenn es sich um die Popularisierung der jungkaschubischen Idee handelt, so reicht der „Gryf“, eine vor allen Dingen für die Intelligenz bestimmte Zeitschrift, dazu nicht aus, **sondern es wird ein Blättchen volkstümlicher Art erforderlich sein**, vielleicht in der Form einer Beilage, die man leicht einer unserer Zeitungen beifügen kann. Wir denken dabei an ein Blättchen nach der Art der „Druzba“, die seinerzeit als Beilage der „Gazeta Gdanska“ erschienen ist.

Selbstverständlich wird die Herausgabe geeigneter populärer Werke, wie z. B. die Geschichte Kaschubens, historische Volksagen usw. nicht vernachlässigt werden dürfen. Dieser Gedanke ist schon mehrmals nicht nur im „Gryf“, sondern auch anderswo berührt worden. Seitdem die „**Verlagsgenossenschaft**“ *) besteht, werden in finanzieller Beziehung nicht allzu große Schwierigkeiten entstehen.

Außerdem würde es sich empfehlen, vielleicht eine **kaschubische Ausstellung** zu veranstalten, und am besten in Zoppot. In einer kaschubischen Hütte würden sich verschiedene Gegenstände des kaschubischen Lebens, wie der Hausindustrie usw. anhäufen.

Ferner halte ich es für durchaus notwendig, daß man sich **in den Volksvereinen**, an denen in Kaschuben kein Mangel ist, bemühen soll, **durch geeignete Vorträge dem Volke die kaschubischen Ideale, d. h. die Liebe zum Heimatlande und seiner Tradition einzulösen**. Bisher war es vornehmlich immer so, daß man über alle möglichen und mitunter auch unmöglichen Sachen Vorträge gehalten hat, aber nicht über das kaschubische Land, seine Geschichte und seine Bewohner usw.

Die wichtigste Sache bei dieser pädagogischen Arbeit der kaschubischen Bewegung ist das Beispiel. Sobald die kaschubische Intelligenz die kaschubischen Ideale achten wird, dann wird auch das Volk bald dafür zu haben sein. Der Geistliche Kupczynski hat seinerzeit im Pielgrzym geschrieben, die kaschubische Intelligenz möchte dem Volke die kaschubische Sprache nicht aufdrängen, sondern sie im alltäglichen Leben

gebrauchen, um dem Volke zu zeigen, daß man sich ihrer nicht zu schämen brauche. Ähnlich geht es z. B. in Mecklenburg zu, wo sich jeder, sogar der gebildete Mensch, ungeniert überall, sei es auf der Straße oder in Gesellschaft, seiner schönen Mecklenburger Mundart bedient. Wenn das auch bei uns geschähe, so nehme ich an, daß es die polnische Kultur nicht schmälern, sondern ihr zum Nutzen gereichen würde.

Janowicz.

Aus Nr. 93 des Mazur (Ortelsburg)
vom 25. November 1909:

Die evangelische Geistlichkeit und der Hakatistenverein.

Eine traurige Erscheinung in Masuren ist die unbestrittene Tatsache, daß viele evangelische Geistliche dem sogenannten „Ostmarkenverein“ angehören, d. h. zu den größten Feinden des Polentums gehören. Noch trauriger ist es aber, daß manche jener Geistlichen aus polnisch-masurischen Familien stammen.

Es gibt Geistliche, die nicht nur einem derartigen Verein angehören, sondern auch als Agitatoren Land und Stadt bereisen, Reden gegen das Polentum halten und die deutschen Bürger zum Kampf gegen die erdichtete „polnische Gefahr“ auffordern. Wir haben seinerzeit mitgeteilt, daß die Geistlichen Hensel aus Johannisburg, Rosenow aus Orzechowo, Rauch aus Liebenmühl und schließlich Gellonek aus Dirschau derartige Reden in hakatistischen Vereinen gehalten haben.

Der Geistliche Gellonek aus Allenstein hat in letzter Zeit auch in Neidenburg als Geistlicher zum Kampf mit dem Polentum aufgefordert, und er ließ sogar „mit dem Hammer auf den polnischen Amboss schlagen“. Er hat auch unser Blatt angegriffen, denn es gefällt ihm offenbar nicht, daß der „Mazur“ auffordert, die Muttersprache, das polnische Gebet, sowie alles das zu lieben, was jede Nation, auch die deutsche Nation hochschätzt und achtet, und die Kinder in der polnischen Sprache zu unterrichten.

Am 12. d. M. fand eine Versammlung der „Ostmarkenvereiner“ in Ortelsburg statt. An dieser Versammlung haben sich der Geistliche Mosien aus Pasym(?) und der Superintendent Stange aus Osterode beteiligt.

Es kann niemand bestreiten, daß die Hakatisten hartnäckige Feinde des Polentums sind, daß sie dahin streben, das polnische Volk zu germanisieren, daß sie die Regierung zu beeinflussen suchen, damit sie das Polentum bedrücke, daß sie sich bemühen, die deutschen Bürger gegen die polnischen Bürger aufzuheizen.

Die Absichten der Hakatisten in Masuren hat der Geistliche Hensel in seinem Buch erläutert. Er sagt, daß unsere Masuren deutsch werden müssen, ferner daß man die Masuren verdeutschend müsse, aber sehr vorsichtig, weil das Polentum in Masuren im Absterben begriffen ist, und einen Sterbenden soll man nicht stören.

Einem solchen Verein dürfte nach unserer Ansicht kein evangelischer Geistlicher angehören. Für sie gibt es ein freies Arbeitsfeld in Wohltätigkeitsvereinen und in der christlichen Liebe, und nicht in Vereinen des Hasses und des Kampfes und der Aufhebung einer Nationalität gegen die andere.

In den Hakatistenvereinen ist keine Rede von evangelischer Liebe, von einem gemäß den Geboten Gottes friedlichen Zusammenleben der Völker und der Gewährung dessen, was jedem Volke gebührt.

Die Grundsätze der Hakatisten lassen sich mit den Grundsätzen der Kirche nicht vereinen. Ihr Grundsatz

*) Die „Verlagsgenossenschaft“ (in Berent) hat sich zur Herausgabe des „Gryf“ gebildet.

Die Red. d. Ges.-Ab.

und ihre Lösung sind „Macht geht vor Recht“, ihre Bestrebung ist der — Kampf. Der Grundsatz der Kirche ist der Friede, ist die evangelische Liebe im Sinne der Lehre Christi, ist die Gerechtigkeit.

Deshalb ist es eine überaus traurige Erscheinung, daß evangelische Geistliche in derartigen Vereinen wirken.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 273 des Górnosłazak (Kattowitz)
vom 28. November 1909:

Betrifft die Staatsangehörigkeit.

Im Kurjer Poznański und Kurjer Słonski sind Artikel erschienen — im letzteren aus der Feder des Abgeordneten Korfanty —, die die Frage eines polnischen Staatswesens in Bezug auf die Polen in Preußen berühren.

Das Gefühl für ein polnisches Staatswesen ist nach Ansicht des Kurjer Słonski der höchste Ausdruck des Polentums eines Polen, gleichsam der wichtigste Punkt seines nationalen Programms. Der Kurjer führt ein konkretes Beispiel hierfür an; weil er glaubt, daß Pfarrer Kapiza kein Gefühl für ein polnisches Staatswesen hat, darum hält er ihn nicht für einen Polen im vollen Sinne der nationalen Eigenheiten. Der Kurjer versichert, daß trotz einer solchen Auffassung der Sache niemand von uns daran denkt, sich von Preußen gewaltsam loszureißen, aber er stellt fest, es sei „für einen intelligenten Menschen eine psychologische Unmöglichkeit, daß ein 20 Millionen-Volk, eine Nation mit einer solchen Vergangenheit und Kultur, wie die unsrige, keine breiteren nationalen Bestrebungen hätte.“ Breiter als die Bestrebungen, die wir allgemein als die unsrigen darstellen, sind natürlich, wie aus dem ganzen Artikel erhellt, die Bestrebungen nach Wiedererrichtung des polnischen Staats.

Mit der Übernahme des polnischen Staatswesens in das Programm der Polen in Preußen in der Weise, wie es im Kurjer geschehen ist, bin ich nicht einverstanden, und ich bin gewiß, daß der größte Teil unserer Volksgesamtheit diese meine Ansicht teilt.

Wer diese Frage so stellt, wie der Kurjer, der überschätzt die Bedeutung und den Wert eines Staates und unterschätzt die Bedeutung und den Wert einer Nation. Gerade für uns Polen, die keinen eigenen Staat besitzen, könnte eine solche Theorie üble Folgen haben, denn sie ist imstande, in uns selbst die Überzeugung hervorzurufen, daß sich eine Nation als solche nur vermöge ihrer nationalen Kraft ohne staatliche Organisation auf die Dauer nicht behaupten werde. Indes wissen wir aus der Geschichte, daß sich Jahrhunderte lang staatlich nicht organisierte, von anderen Nationen bedrückte Nationen zu behaupten vermochten, und zwar Nationen mit niederer Kultur als die unsrige.

In der nationalen Frage bildet nicht der Staat, sondern die Nation das erste und grundlegende Ding. Zur Erhaltung einer Nation ist die Nationalität unbedingt erforderlich, unumgänglich notwendig, das Staatswesen kann nur nützlich und behilflich sein. Ohne Nationalität gibt es keine Nation, ohne Staatswesen kann eine Nation bestehen.

Die Liebe zu ihrer Nationalität, die dauernde Befestigung in ihr und ihre treue Überlieferung von Geschlecht zu Geschlecht — das sind die Merkmale eines Polen. Wer sie besitzt, ist wirklich ein Pole, wenn er auch vom polnischen Staatswesen keine Vorstellung hätte.

Unser theoretisches nationales Programm kann demnach das polnische Staatswesen entbehren. Stellen wir nur die Frage der Nationalität in richtiger Weise, und unsere Sache wird keinen Schaden nehmen.

Vom Gesichtspunkt des praktischen politischen Wirkens aber hat die Sache des polnischen Staatswesens unter unseren Verhältnissen gar keine Bedeutung, denn sie kann überhaupt nicht bestehen. Denn wenn sie praktisch in die Erscheinung treten wollte, so würden sie die Paragraphen des Strafgesetzes in die Gefängniszellen stoßen. Sie ist darum für uns ein stumpfes politisches Werkzeug, das sich zum praktischen Gebrauch gar nicht eignet.

Ich stelle darum fest, daß theoretisch ein polnisches Staatswesen zur Erhaltung der Nation unnötig, praktisch aber für uns nicht verwendbar ist. Sie bildet meines Erachtens eine jener uferlosen und beliebten gleißenden nationalen Lösungen bei uns, die die polnischen Herzen betäuben. Das Herz des Menschen ist nicht dazu berufen, politische Probleme zu lösen; dazu ist der Verstand da.

Der Kurjer schreibt, an ein Staatswesen könne man denken, sein Bedürfnis empfinden, „denn Gedanken und Gefühle sind sogar in Preußen nicht strafbar“. Das ist richtig, aber der Kurjer denkt nicht bloß, er empfindet nicht nur, sondern er schreibt, stellt diese Gedanken und Gefühle als notwendige Bestandteile des Programms der Polen in Preußen dar, denn mit dem Maß des Staatswesens mißt er z. B. den Wert eines Polen. Dadurch fügt er unserer nationalen Sache geradezu Schaden zu. Uns selbst gibt er ein stumpfes politisches Werkzeug. Aber dieses selbe Werkzeug wird in den Händen der Regierung und aller unserer Gegner scharf wie ein Rasiermesser.

Was bildet denn bei unseren öffentlichen Bestrebungen nächst der Erhaltung unserer Nationalität in Preußen unsere reale Grundlage? Nichts anderes, als neben dem guten Willen und Wollen der Nation die Gesetze und Staatseinrichtungen des preußischen Königreichs, d. i. die aus dem preußischen Staatswesen entspringenden Mittel. Was bedeutet dies, wenn der Kurjer diesem Staatswesen das polnische Staatswesen gegenüberstellt, für die Regierung und Kfaktisten trotz der in diesem Artikel nach dieser Richtung hin gemachten Vorbehalte und abgesehen von der Frage der sittlichen Konflikte der Polen, die an bestimmten sittlichen Grundsätzen festhalten? Dies bedeutet, daß nicht der erste Beste, sondern ein polnischer Abgeordneter und Verleger eines Blattes, mithin ein einflußreiches Glied der Volksgesamtheit, dafür eintritt und andere dazu anregt, sie möchten für sich nicht dasjenige Staatswesen für angebracht halten, welches unser Verhältnis zum Staate regelt und von dem es abhängt, daß man von einer größeren oder kleineren Bewegungsfreiheit — auch der unsrigen — Gebrauch macht, sondern ein anderes Staatswesen, das nicht besteht, vielmehr schon in der Theorie dem preußischen Staatswesen gegenübersteht.

Der Umstand, daß man uns des Strebens nach einem polnischen Staat verdächtigt, ist für die preußische Regierung der Grund für alle gegen die Polen gerichteten Ausnahmegesetze. Indem wir alle gegen diese Gesetze Einspruch erheben, suchen wir die Verdächtigungen zu zerstreuen, versichern wir, daß wir auf dem Boden der Verfassung stehen, der Abgeordnete Korfanty dies sogar in demselben Artikel formell erklärt, gleichzeitig aber in anderen Sätzen materiell in Abrede stellt und der Regierung gegen uns selbst eine Waffe in die Hand gibt, welche die Regierung und die Kfaktisten unablässig in Zeitungsausschnitten und Büchern, in Worten polnischer Redner und fast in jedem polnischen Worte suchen!

Ein solches Geschreibe des Kurjer Slonski zerstört uns die rechtliche Grundlage, auf die wir uns stützen, und unterwühlt den Boden, auf dem wir stehen. Politische Programme, die solche Folgen zeitigen können, sind für uns Polen schädlich und darum verwerflich.

Unter nationales, legales und ausführbares Programm fasse ich in folgende Worte zusammen:

Unser Ziel ist die Befestigung der Existenz der polnischen Nation und nicht ein Staatswesen.

Die Grundlage des Handelns: eine reale politische Wirklichkeit, die in der Tatsache zum Ausdruck kommt, daß wir trotz der polnischen Nationalität Bürger des preußischen Staats sind.

Mittel zum Ziele sind alle möglichen in sittlicher und rechtlicher Beziehung würdigen Maßnahmen.

Mit dem Programm des Kurjer würden wir Gespenster jagen, und während dieser Jagd würde uns die Nation zerfallen und zerbröckeln. Mit dem obigen Programm werden wir die hauptsächlichste Grundlage unseres Seins, d. i. die Nation befestigen.

Adam Napieralski.

Aus Nr. 270 des Kurjer Slaski (Kattowitz)
vom 25. November 1909:

Betrifft den Artikel des Pfarrers Kapiża.

Der letzte Übergriff des Abgeordneten Pfarrers Kapiża wurde in der polnischen Volksgesamtheit allgemein verurteilt, alle polnischen Blätter von der Rechten bis zur Linken erklärten sich gegen ihn. Auch er, der stets so gern die Rolle eines Mentors, eines allmenschlichen Lehrers spielte, muß sich belehren lassen, daß er von dem polnischen Gedanken noch nicht durchdrungen ist, daß er die polenfeindliche Politik der preußischen Regierung noch nicht erfaßt hat, daß, was sie als Grund ansieht und darstellt, nur Schein und Schleier ist. Der Kurjer Poznański erinnert ihn daran, daß seine Zugehörigkeit zum polnisch-nationalen Lager neuesten Datums ist. Unter diesen Verhältnissen würde sich ein Politiker, der seinen persönlichen Wert nicht überschätzt, vorläufig wenigstens etwas in Reserve halten. Wirklich bitter sind diese Pillen, die Pfarrer Kapiża schlucken muß, obgleich sie hier und da durch den Ausdruck des Mitgeföhls darüber verüßt sind, daß Pfarrer Kapiża sich durch seinen Artikel selbst den äußerst schmerzlichen Schlag versezt hat.

Wir gehen noch weiter und behaupten, ohne von dem Unrecht zu sprechen, das er dem polnischen Volke zugefügt, daß Pfarrer Kapiża durch seinen Artikel nicht nur sich selbst einen schmerzlichen Schlag, sondern noch mehr der Sache, die er verteidigt, der politischen Richtung, deren Vertreter er ist, versezt und dem nationalen Lager, den Radikalen — wie er sich ausdrückt —, denen er einen tödlichen Schlag versezen wollte, einen außerordentlich großen Dienst erwiesen hat.

Wir haben hier in Oberschlesien keine Radikalen, wir haben nur ein nationales Lager, das, an die Kraft des schlesischen Volkes glaubend, die Rettung des Polentums nicht in Kompromissen, in einer Nachgiebigkeit, sondern in der Selbstständigmachung des Volkes sieht. Und da es sieht, wie die Nationalität gefährdet ist, wie uns der Boden unseres nationalen Daseins unter den Füßen schwindet, kann sich da ein vernünftiger Mensch darüber wundern, kann es uns da irgendein Pole verübeln, wenn wir fortwährend die Pflicht, diesen Schatz zu verteidigen, so ungestüm verkünden, wenn wir die Nationalität über alle anderen irdischen Güter stellen, wenn wir scheinbar durch Überschätzung unserer Nationalität sündigen? Und wenn angesichts der Bru-

talität unseres Feindes, der in der Wut gegen uns keine Grenzen kennt, angesichts der Unbilden und Gesetzwidrigkeiten unserem Munde oder unserer Feder irgend ein scharfes unvorsichtiges Wort entchlüpft, wird da gegen uns ein polnischer Abgeordneter auftreten und uns Wut, Fanatismus, Selbstsucht, Wahnsinn vorwerfen dürfen?

Einen dem nationalen Lager erwiesenen Dienst sehe ich darin, daß der Artikel des Pfarrers Kapiża endlich allen denen die Augen öffnen sollte, die uns nicht glauben wollten, daß unserer nationalen Bewegung seitens der „bekehrten“ ehemaligen Diener des Zentrums eine große Gefahr droht. Es zeigt sich, daß wir nicht gegen Windmühlen kämpften, als wir gegen die hinter den Kulissen verrichtete Arbeit gewisser Personen hinwiesen, gegen die Arbeit, deren verderbliche Folgen immer offener in die Erscheinung traten.

Wir waren auf mannigfache Überraschungen seitens des Pfarrers Kapiża gefaßt, denn wir hatten seine politische Vergangenheit nie vergessen, wir waren stets dessen eingedenk, daß Pfarrer Kapiża durch seinen Übertritt ins polnische Lager seine Anschauungen und sein politisches Programm nie geändert, daß er die Zentrumsreihen nur aus taktischen Gründen und infolge persönlicher Verletzung verlassen hat, wir wissen, wie und in welcher Absicht er Abgeordneter geworden ist. Als Pfarrer Kapiża die Zentrumsleute verließ, fiel diesen, wie sie sich ausdrückten, ein Stein vom Herzen, und mich zu dieser neuen Errungenschaft beglückwünschend, sagte mir ein Zentrumsmann: Nun, dieser Mensch wird euch noch viele Verlegenheiten bereiten, ihr werdet den Zeitpunkt nicht segnen, in welchem er sich euch angeschlossen hat.

Pfarrer Kapiża wirft den sogenannten Radikalen Selbstsucht, Wut usw. vor. Ich könnte ihm gleiches mit gleichem vergelten und ihm Unaufrichtigkeit und politische Heuchelei vorwerfen. Denn obgleich er, wie er sich schon als Abgeordneter ausdrückt, überzeugt ist, daß die polnische Fraktion in Oberschlesien keine Daseinsberechtigung hat, daß die Politik der polnischen Fraktion den Verhältnissen Oberschlesiens nicht entspricht, sondern für das Volk verderblich ist, daß nur in der Zentrums- oder in irgendeiner neuen deutsch-polnischen Mischmasch-Partei auf katholischem Boden das Heil zu suchen ist, erklärte er sich dennoch mit dem Programm der polnischen Fraktion einverstanden und trat ihr als Abgeordneter bei.

Der Artikel des Pfarrers Kapiża würde keine vollständige Beurteilung erfahren, wenn wir uns ihn nicht als Ergänzung der Herzensergüsse des Abgeordneten Napieralski über die Versöhnungspolitik erklären würden. Was Herr Napieralski nicht sagen wollte, das zu sagen, empfahl er seinem geistlichen und geistigen Freunde. Herr Napieralski spricht und schreibt nicht gern, er verpflichtet sich nie in etwas gern, stets läßt er eine Hintertür offen, durch die er bei sich nahender Gefahr entchlüpfen kann, er will lieber hinter den Kulissen arbeiten, wo ihn niemand kontrollieren kann (wie im Augustinusverein, worüber bis jetzt Herr Napieralski wie verhezt schweigt), sein Hauptmerkmal und seine Haupttugend nach außen hin ist das Schweigen. Pfarrer Kapiża bewundert und lobt diese Tugend, aber leider ahmt er sie nicht nach, denn wenn er der Taktik des Abgeordneten Napieralski gefolgt wäre, d. h. wenn er geschwiegen hätte, so gälte er heute als kluger, vernünftiger, vorsichtiger Politiker, der seinen persönlichen Wert nicht überschätzt.

Möge also Pfarrer Kapiża die Radikalen in der von ihm erwähnten Weise weiter bekämpfen. Freuen werden sich darüber die Haktisten und preußischen Minister, die sich mit seinen Ausführungen decken und die polenfeindliche Politik rechtfertigen werden. Sein

Auftreten wird indes die eine gute Seite haben, daß wir seine und seiner Anhänger Arbeit noch aufmerksamer beobachten, alle ihre Schritte verfolgen werden, um im gegebenen Falle alle Anschläge auf unsere Selbstständigkeit desto erfolgreicher abzuwehren.

Geistlicher N. D. (Nationaldemokrat?)

Aus Nr. 141 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 30. November 1909.

Pfarrer Kapiša

erstattete in einer in Halbdorf bei Oppeln abgehaltenen polnischen Wählerversammlung seinen parlamentarischen Bericht, in welchem er nach der Gazeta Opolska unter anderem folgendes ausführt:

Bei dem Etat des Kultusministeriums ergriff ich das Wort und verteidigte die polnische Sprache.

Gerade wegen dieser Rede haben mich verschiedene Blätter in empfindlicher Weise angegriffen. Wer Zeitungen liest, wird wissen, daß seit dieser Zeit ein Kampf begonnen hat, der in Oberschlesien noch bis heut andauert. Früher bekämpften uns nur die Haskisten, heute bekämpfen sich die Polen unter einander und führen einen Kampf im eigenen Lager. Worum handelt es sich eigentlich in diesem Kampfe? Das Volk muß dies erfahren, darum müßt auch ihr wissen, welchen Standpunkt euer Abgeordneter in diesem Kampfe einnimmt, zumal, wie ich höre, gerade vor der Versammlung Zeitungen mit gegen mich gerichteten Artikeln an viele von euch gesandt worden sind. Worum handelt es sich also? Es handelt sich um den nationalen Begriff. So griff mich in letzter Zeit der Kurjer Slonski (Polak) in einem Artikel an und nannte mich einen ethnographischen Polen. Was ist denn ein ethnographischer Pole? Ethnos ist ein griechisches Wort und bedeutet Nation, also ist ein ethnographischer Pole ein nationaler Pole. Ich aber, der ich eine polnische Mutter, einen polnischen Vater polnische Knochen, eine polnische Nase, polnisches Blut, eine polnische Zunge und ein polnisch schlagendes Herz habe, liebe die polnische Nation über alles. Genügt dies nicht?

Es scheint nicht, denn es gibt Blätter, wie den Kurjer oder Polak, in denen der Abgeordnete Korsanty sagt, ein Pole müsse die Notwendigkeit eines „polnischen Staatswesens“ empfinden, er müsse breitere politische Bestrebungen haben, der Pole müsse also nach ihm Gedanken über ein „polnisches Staatswesen“ haben. Ich erkläre, daß ich auf einen solchen Standpunkt des nationalen Begriffs nicht stehen, weil ich ihn für schädlich halte. Und welches ist mein Standpunkt? Als Antwort werde ich den Abschnitt eines Artikels aus dem Dziennik Slonski vom heutigen Tage betreffend das polnische Staatswesen verlesen.

Dieser Artikel ist von Adam Napieralski, also von einem Manne unterschrieben, der sich um das polnische Volk in Oberschlesien die größten Verdienste erworben hat. Ich erkläre, daß ich auf dem Standpunkt dieses Artikels aus Gründen stehe, die der Artikel selbst angibt. (Der Artikel ist in der vorliegenden Nummer des Gesamtüberblicks abgedruckt.)

Ich habe noch ein Argument. Die Lösung der Haskisten ist der „nationale Staat“. Diesen nationalen Staat erstreben sie, und eben darum wollen sie die Polen entnationalisieren und germanisieren, um einen nationalen Staat zu gründen. Die staatliche Nationalität ist also ein Grundsatz des Haskismus, und auf dem selben Standpunkt eines nationalen Staatswesens steht der Kurjer und Polak. Schon aus diesen Gründen, abgesehen von anderen, kann ich mich nicht mit dem

Gedanken des „polnischen Staatswesens“ befassen, und ich erkläre noch einmal, daß ich bereit bin, mein Mandat in eure Hände zu legen, wenn ihr mit meinem Standpunkt nicht einverstanden wäret.

Geehrte Wähler, es wurde mir und meinen Anhängern der Vorwurf gemacht, daß wir die Neigung hätten, Kompromisse zu schließen und mit dem Zentrum Vereinbarungen zu treffen. Als Polen stehen wir auf dem Standpunkt der polnischen Fraktion, die Deutschkatholischen stehen als Deutsche auf dem Standpunkt des Zentrums, aber es verknüpft uns ein konfessionelles Band, ein heiliger Glaube. Das Zentrum steht auf dem Standpunkt nationaler Gerechtigkeit, und darum hat es gegen die polenfeindlichen Vorklagen gestimmt. Überall, wo es sich um die Verteidigung gemeinsamer Interessen handelt, müssen wir uns zu gemeinsamer Abwehr mit dem Zentrum verbinden, und in Oppeln wäre ich zum Abgeordneten nicht gewählt worden, und ich befände mich heute als euer Vertreter in der polnischen Fraktion nicht unter euch, wenn keine Verständigung und kein Kompromiß mit dem Zentrum erzielt worden wäre. Diese Verbindung verlangt also die Notwendigkeit. Jede Partei wahrt ihre Interessen, und gemeinsam verteidigen wir die gemeinsamen Interessen.

Am Schluß seiner Ausführungen spornete Redner nach dem Bericht der Gazeta Opolska das polnische Volk zur Pflege der polnischen Kultur und Bildung an und brachte in diesem Sinne ein Hoch auf das polnische Volk aus.

Pfarrer Brandys erklärte, er unterschreibe das Programm des Pfarrers Kapiša Wort für Wort, und erstattete Bericht über den Verlauf der Finanzreformverhandlungen.

Die Gazeta Opolska schließt ihren Bericht wie folgt:

Es hätten noch andere Redner gesprochen, aber es geschah etwas Unerhörtes. Der die Versammlung überwachende Stellvertreter des Amtsvorstehers, der Rentmeister des Halbdorfer Dominiums, erhob sich plötzlich und erklärte, weitere Reden gestatte er nicht, denn in der Anmeldung der Versammlung habe Herr Br. Korajewski nur mitgeteilt, daß auf der Tagesordnung eine Rede des Pfarrers Kapiša stehe.

Nichts halfen die Einwendungen der Abgeordneten und des Verlegers unseres Blattes, welcher dem stellvertretenden Amtsvorsteher erklärte, daß er eine Beschwerde an die vorgesetzte Behörde richten werde. Die Versammlung mußte geschlossen werden, da der stellvertretende Amtsvorsteher, der sich angeblich zu einer Theatervorstellung in Oppeln beeilte, auf seinem Willen bestand. Das anwesende Volk war entrüstet, aber alle zerstreuten sich ruhig.

Trotz dieser Störung verlief die Versammlung glänzend, und sicherlich bereuten auch diejenigen Teilnehmer, die aus entfernteren Gegenden erschienen waren, die unternommene Reise nicht. Ehre sei dem braven Volke und seinen Abgeordneten!

Aus Nr. 142 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 2. Dezember 1909:

Herr Rentmeister Loß

aus Halbdorf, der in Vertretung des Amtsvorstehers die Sonntagsversammlung überwachte und ihre vorzeitige Schließung veranlaßte, teilt uns mit, daß unsere in dem Versammlungsbericht ausgedrückte Vermutung, daß sich Herr Loß zu einer Theatervorstellung in Oppeln beeilt habe, falsch sei, denn er sei an diesem Tage im Theater nicht gewesen.

Nr. 265 des Górnoslazak (Kattowitz)
vom 19. November 1909:

Betrifft die Richtung der polnischen Politik.

Von J. Siemianowski.

I.

Wenn der politische Verstand, nicht den Inhalt, das Wesen des nationalen Lebens ausfüllt, so entscheidet er zweifellos über die Richtung und Entwicklung einer Volksgesamtheit, einer Nation. Zum Leben einer Nation tragen bei ihre sittlichen Tugenden, somit die Anhänglichkeit an den Glauben und die Sprache der Väter, die Anhänglichkeit an die Nationalität und die vaterländischen Sitten; es tragen dazu bei die Fortschritte auf dem Gebiete der Literatur, der schönen Künste, es trägt dazu bei, materielle, erwerbliche Bereicherung usw.

Es handelt sich darum, diesem öffentlichen Leben die beste Richtung zu geben, damit sich unsere Arbeit im Erwerbsleben mehre und nicht elend zugrunde gehe, damit unsere Lebenskräfte so beschaffen wären, daß sie jenem furchtbaren Rassenkampfe gewachsen wären, der unser öffentliches Kollektivleben immer mehr einschränkt und beschneidet, ja sogar schon in unsere Häuser, in unser Familienleben eindringt. Es handelt sich um politischen Verstand, damit Niederlagen, Fehler und Unfälle verhütet würden und alles ausgenützt werde, was sich ausnützen läßt, um unsere von zahlreichen Seiten angegriffene Sache vorwärts zu bringen.

Die Arbeit auf nationalem Gebiete, auf dem Gebiete des nationalen Gefühls ist naturgemäß leichter als die politische Arbeit an der bürgerlichen Aufklärung. Auch soweit wir Polen in unserer Geschichte nach der Teilung Polens auf dem Gebiete der nationalen Arbeit ziemlich glücklich waren, war der politische Kollektivgedanke nicht immer mit Erfolg begleitet, er enttäuschte vielmehr sehr oft und zog uns damit zahlreiche Niederlagen und Unglücksfälle zu.

Es hält schwer, sich in Zeitungsartikeln ausführlich darüber auszulassen, denn dazu wäre eine besondere Abhandlung, eine besondere politische Broschüre notwendig.

Nach dem französischen Kriege, dem der Kulturkampf gefolgt war, hörte polnische Volksgesamtheit auf, das politische Spinnweb zu spinnen, es hörte auf, sich den eitlen Hoffnungen hinzugeben, daß, wenn uns nicht der Engländer helfen wird, uns der Franzose beistehen wird, wenn es nicht der Franzose tun wird, so der Türke usw. Die polnische Volksgesamtheit begann auf ihre eigenen Kräfte zu bauen, sich zu organisieren, sich innerlich zusammenzuschließen und organisch auszubauen. Im preussischen Teilgebiet hatten wir abwechselnd verschiedene politische Strömungen und Richtungen. Wir hatten die Liberalen und Ultramontanen, wir hatten eine auf die Traktate sich berufende Politik, eine Protestpolitik oder eine Politik rücksichtsloser Opposition, wir hatten eine Versöhnungspolitik, und heut haben wir den Zeitabschnitt der allgemeinen Volksbewegung, die eine Demokratisierung der Volksgesamtheit anstrebt. In die Politik der Volksbewegung wurde auch Oberschlesien hineingezogen, wodurch unsere Sache eine größere Bedeutung annimmt sowohl mit Rücksicht auf uns selbst, als auch mit Rücksicht auf den Kampf, den wir mit dem preussischen System um unsere nationalen Ideale und um das tägliche Brot ausfechten müssen.

Auf dem Boden der Volksbewegung haben wir jetzt eine Fülle von Verwirrungen, eine Fülle von inneren Kämpfen, Zwistigkeiten, Unfrieden nicht nur bei uns in Oberschlesien, sondern im ganzen preussischen Anteil. Diese inneren Kämpfe haben namentlich in den letzten

Monaten die Gestalt einer solchen Festigkeit und gegenseitigen Verbissenheit angenommen, daß es Augenblicke gab, die unwillkürlich an die Losung der französischen Revolution erinnerten, an die Losung: *écrasez l'infame*.

Unsere inneren Kämpfe drehten sich um die bekannte Finanzreform oder vielmehr um die Haltung, die in dieser Angelegenheit unsere polnische Reichstagsfraktion eingenommen hat. Diese Haltung ist zur Genüge durch Zahlen, wie durch ernste und sachliche Beweisgründe beleuchtet worden. Nach dieser Beleuchtung kann man heut unmöglich behaupten, daß die polnische Fraktion der Bevölkerung größere Steuern auferlegt hat, denn eine solche Beleuchtung entspricht nicht der Wahrheit, da die Steuern ebenso hoch, ja sogar noch höher gewesen wären, selbst wenn alle unsere Abgeordneten wie ein Mann mit „nein“ gestimmt hätten.

Die Stimmen in unserer Presse, die der polnischen Fraktion in dieser Beziehung Vorwürfe machten, sind auch fast ganz verstummt. Statt dessen zieht sich fortwährend in einem Teil unserer Presse wie ein roter Faden der Vorwurf der Versöhnlichkeit, d. i. die Versöhnungspolitik. Noch in einer der letzten Nummern erhob der Gonic Wielkopolski diesen Vorwurf, indem er darzutun sucht, daß die polnischen Abgeordneten zwar nicht mit der Regierung, aber doch mit deutschen Parteien unterhandelt hätten. Ich werde mich bemühen, diesen Punkt besonders zu beleuchten.

Augenblicklich kommt es nur auf die Feststellung der Tatsache an, daß die frühere Versöhnungspolitik, die in unserer Volksgesamtheit vollständig bankrott gemacht hat, überwiegend darin bestand, durch persönliche Einflüsse, sei es am kaiserlichen Hofe, sei es bei den Ministern auf dem Gnadenwege Erleichterungen oder Zugeständnisse für die polnische Volksgesamtheit zu erlangen. Diese politische Richtung schlug fehl, denn sie mußte fehlschlagen, weil die Verteidigung unserer nationalen Existenz auf so morsche Grundlagen, wie „Gnaden“, „Erleichterungen“, „Zugeständnisse“ usw. nicht gestützt werden darf, und unsere heutigen polnischen Abgeordneten wären wohl des Verstandes bar, wollten sie einen Weg betreten, der, wie die Ergebnisse gezeigt haben, einerseits zu nichts geführt hat, andererseits von der Volksgesamtheit verurteilt worden ist. In der ganzen Aktion der polnischen Fraktion bei der Finanzreform konnte man auch Bemühungen, Anstrengungen und eine Tätigkeit im Plenum und vor allen in den Kommissionen herausfühlen, aber irgend eine Versöhnungsaktion, irgendwelche Bemühungen um Erlangung von Einfluß am kaiserlichen Hofe, um die Gunst der Minister dort zu erblicken, ist unmöglich. Die Sache verhielt sich vielmehr umgekehrt, denn die polnische Fraktion stellte sich in schärfstem Gegensatz zur Regierung und insbesondere zu dem Fürsten Bülow, den es entthront und dem es den Block, d. i. seine politische Grundlage, zerprengt hat, auf der er stand, stehen wollte und auf der er nur stehen konnte.

Dies war also keine Versöhnungspolitik, sondern eine Politik positiver Arbeit oder — polnisch ausgedrückt — wirklicher Arbeit! Und jetzt handelt es sich darum, ob die Volksgesamtheit diese politische Richtung wirklicher Arbeit auf der parlamentarischen Bühne für gut oder schlecht, für nützlich oder schädlich nicht nur in Berlin mit Rücksicht auf die Bedeutung und das Ansehen der polnischen Fraktion, sondern auch im Lande mit Rücksicht auf den Rassenkampf ansehen wird, in welchem wir tagtäglich mit dem preussischen System und den Skatisten ringen müssen. Das ist meines Erachtens in unserer gegenwärtigen Verwirrung der entscheidende Punkt, und nach dieser Richtung hin muß sich in unserer öffentlichen Presse die Diskussion frei, durch keine Rücksichten gebunden, aber auch ruhig und sachlich bewegen. Es handelt sich nicht darum, welche Ansicht den Sieg davon-

tragen wird, sondern darum, daß der Standpunkt allseitig beleuchtet wird. Bisher ist er noch nicht aufgeklärt, und wir stehen heute ebenso auf dem toten Punkte, auf dem wir vor einigen Monaten standen.

Bevor ich meine Ansicht äußere — und ich werde mich in den Grenzen möglichst weitgehender Unparteilichkeit halten — sei mir gestattet, daß ich mich darauf berufe, was über die Politik positiver Arbeit schon im Jahre 1885, also im Zeitabschnitt der Protestpolitik oder der Politik rücksichtsloser Opposition ein so verdienter und erfahrener Parlamentarier, wie der heutige Abgeordnete Dr. Witold von Skarzynski, zweifellos eine Autorität auf politischem wie wirtschaftlichem Gebiete, gesagt hat.

Er forderte, daß die polnische Fraktion im deutschen Reichstage:

„positive, praktische, vernünftige Politik auf breiterer, grundsätzlicher Grundlage treiben solle. Die breiteren prinzipiellen Grundlagen müssen neben den Traktaten und Versprechungen sein: das göttliche Recht, das Naturrecht, die Idee der Nationalität, schließlich das Daseinsrecht, welches die sittliche und materielle Kraft, die Arbeit, das Talent, das Wissen, die Lebenskraft, der Glaube an sich selbst und an die Heiligkeit der Sache, die wir verteidigen, geben.“

Auf diesem Standpunkt stehend, fordert er:

„Die polnische Fraktion im deutschen Reichstag solle sich an den Kommissionen beteiligen, denn nur dann könne von parlamentarischer Arbeit die Rede sein, nur dann könne sich jeder in den Reichstag tretende Bürger mit den verschiedenen im Reichstag zur Verhandlung gelangenden Angelegenheiten gründlich vertraut machen. Nur in den Kommissionen können sich politische Männer ausbilden, die eine gewisse Vorstellung von den Existenzbedingungen des Staats, der Regierung, der sozialen Ordnung haben.“

Weiter forderte er:

„Die polnische Fraktion solle sich im Plenum wie in den Kommissionen an allen Arbeiten und Kommissionen beteiligen, in denen unser, sei es kirchliches, sprachliches, sei es rechtliches Interesse mittelbar oder unmittelbar in Frage komme. Nur dann kann sich die polnische Fraktion eine angesehene Stellung erkämpfen. Nur dann dürfe sie hoffen, im Laufe der Zeit trotz ihrer spärlichen Zahl durch ihre Einmütigkeit und Solidarität, durch den Glauben an die Billigkeit und Gerechtigkeit unserer Sache und durch Begeisterung für die Sache, schließlich durch Arbeit, Wissen, Kenntnis der Dinge, durch die Gewissenhaftigkeit und das Pflichtbewußtsein jedes ihrer Mitglieder eine starke Schar zu werden. . . . Mit einer solchen Schar müßte jeder deutsche Staatsmann rechnen. . . .“

So viel der Abgeordnete Dr. von Skarzynski. Im nächsten Artikel werden wir die Sache näher betrachten.

II.

Aus Nr. 266 des Górnoslazak (Kattowitz)
vom 20. November 1909:

In der letzten Nummer gab ich Äußerungen des Abgeordneten Dr. von Skarzynski wieder, wie er die Abgeordnetenarbeit auf der parlamentarischen Bühne auffaßt. Der Abgeordnete Dr. von Skarzynski ist einer der ältesten polnischen Parlamentarier, er war Abgeordneter in dem Zeitabschnitte der sogenannten Protestpolitik oder der Politik rücksichtsloser Opposition, er ist auch heute Abgeordneter, also im Zeitabschnitt der Politik der völkischen Bewegung, nur in der Zeit der Versöhnungspolitik hatte er kein Mandat inne, denn er billigte diese Politik nicht und bekämpfte sie in Wort und Schrift. Was er im Jahre 1885 über die positive

Politik gesagt hatte, das wiederholte er zwölf Jahre später in der umfangreichen Broschüre „Unsere Sache“ (Nasza sprawa), in welcher er sich entschieden gegen die Versöhnungspolitik erklärte, weil er sie für die polnische Volksgesamtheit für schlecht, schädlich und gefährlich hält.

Wegen dieser Broschüre strengte die Staatsanwaltschaft gegen ihn einen Prozeß an, das Gericht verurteilte ihn zu einer ansehnlichen Geldstrafe und erkannte auf Beschlagnahme der Broschüre. Es ist sehr schade um diese Broschüre sowohl ihres politischen Wertes wegen, als auch wegen ihrer schönen polnischen Sprache.

Seine Broschüre war einerseits der schärfste Gegensatz zur Politik der rücksichtslosen Opposition, andererseits eine vernichtende Kritik der Versöhnungspolitik. Sie verurteilt die eine wie die andere Politik und stellt sich auf den Standpunkt einer Politik positiver Arbeit.

Was er über diese Arbeit schreibt und was ich des engen Rahmens wegen nur zum sehr geringen Teil im letzten Artikel wiedergegeben habe, das entspricht in den Hauptzügen etwa dem, was der Abgeordnete A. Napieralski in seinen im Posel dla ludu (Der Abgeordnete für das Volk) enthaltenen politischen Erklärungen, in seinem parlamentarischen Bericht und in seinen Zeitungsartikeln „sachliche Opposition“ nennt, die auf positiver Politik, auf wirklicher Arbeit im Plenum des Reichstags und in den Kommissionen beruht. Der eine und der andere Abgeordnete sucht nachzuweisen, daß sich die an Zahl spärliche Fraktion nicht nur aufs Protestieren beschränken dürfe, sondern regen tätigen Anteil an allen parlamentarischen Arbeiten nehmen müsse, die einen unmittelbaren oder mittelbaren Zusammenhang mit unseren nationalen, wirtschaftlichen, ererblichen usw. Interessen habe, denn nur auf diese Weise könne sie sich eine Bedeutung auf der parlamentarischen Bühne erkämpfen und dem Lande, den Wählern und der Volksgesamtheit überhaupt Vorteile bringen.

Eine auf positiver wirklicher Arbeit beruhende Politik kann man nicht Versöhnungspolitik nennen. Das sind zwei verschiedene Dinge.

Es ist klar, daß sich eine Politik positiver Arbeit auf eine vernünftige Grundlage stützen muß, die unserem nationalen Stolz und unserer nationalen Würde entspricht und mit unserem Lebensinteresse in jeder Beziehung und nach jeder Richtung nicht im Widerspruch steht. Unsere parlamentarische Vertretung hat die Pflicht, bei jeder sich anbietenden Gelegenheit der Regierung ein Bild unserer Unbilden und Schmerzen, die ganze Nacktheit und Furchtbarkeit der gegen uns gerichteten germanisierenden und extremisierenden Aktion vor Augen zu halten, sie hat die Pflicht, dagegen feierlich Einspruch zu erheben, aber es nicht bei dem Einspruch bewenden zu lassen, denn das ist nicht genug, das genügt nicht, denn das kann die ganze Tätigkeit unserer Abgeordnetenvertretung nicht erschöpfen.

Außer den im Plenum erhobenen Protesten und gehaltenen Reden gibt es Kommissionen, in denen, wie hinter den Kulissen die Vorbereitung eines Theaterstücks geschieht, die Gesetzespläne und Vorlagen vorbereitet werden. Wenn sich unsere Abgeordneten die Tür zu den parlamentarischen Kommissionen nicht verschließen wollen, wenn sie nicht stumme Zeugen dessen sein wollen, was vor sich geht, wenn sie mitarbeiten wollen an dem, was beschlossen werden soll, wenn sie das beseitigen oder wenigstens mildern wollen, was schlecht und schädlich ist, so ist ihre Arbeit in den Kommissionen eine unumgängliche Notwendigkeit.

Und darauf beruht die grundsätzliche Seite dieser von verschiedenen Seiten so heftig angegriffenen positiven Politik. Wenigstens verstehe und fasse ich diese grundsätzliche Seite so auf.

Verdient diese politische Richtung Angriffe und Anzapfungen? Und wenn sie diese verdient, welche politische Richtung ist dann für die Volksgesamtheit besser, vorteilhafter, heilsamer? Wir hatten eine Protestpolitik oder die Politik rücksichtsloser Opposition. Die Volksgesamtheit hat sie aufgegeben, und zwar mit Recht; denn auf Proteste allein können wir die Verteidigung der nationalen Existenz und Entwicklung nicht stützen. Wir hatten eine Versöhnungspolitik, die von der Volksgesamtheit verurteilt wurde, weil sie weder ihren Interessen, noch ihrer nationalen Würde entsprach. Gegenwärtig hat die Mehrheit der polnischen Fraktion die positive Politik begonnen, weil sie in ihr Vorteil für die Fraktion und Nutzen für die Volksgesamtheit erblickt. Gegen diese neue Richtung erhebt sich eine Opposition, und man kann sich, nach den Stimmen der oppositionellen Presse zu urteilen, des Gefühls nicht erwehren, daß sich in dieser Opposition das Bestreben kundgibt, unsere parlamentarische Politik wiederum auf die Bahnen der früheren Politik des erfolglosen Protestes zu lenken, die im gegebenen Falle effektiv sein kann, uns aber politisch weder denken noch arbeiten lehren wird. Auf Effekten werden wir das nationale Gebäude nicht aufrichten. Wir müssen es auf anderen, festeren und stärkeren Grundlagen bauen.

Der Kurjer Poznański macht einen Unterschied zwischen der positiven Arbeit in der Sozialpolitik und zwischen der positiven Arbeit in der Staatspolitik, ja sogar in der Weltmachtspolitik. Der ersteren pflichtet er gleich uns bei. Was die zweite anbetrifft, so kann in der polnischen Volksgesamtheit des preußischen Landesteils nur ein Standpunkt sein. Wie wir einerseits als Bürger des preußischen Staats und Deutschen Reichs unsere Zugehörigkeit zu Staat und Reich mit allen daraus sich ergebenden Pflichten anerkennen, so beruht andererseits unsere nationale Existenz, unser Dasein, unsere Entwicklung und unser Fortschritt in erster Linie auf uns selbst, auf der Nation selbst, die lebt, auf ihrer Arbeit, Intelligenz, auf ihrem Pflichtbewußtsein, ihrer Wirtschaftlichkeit und Gewissenhaftigkeit in der Wahrung ihrer nationalen Rechte und Pflichten. Die politischen Kombinationen nehmen die zweite oder dritte Stelle ein, denn heute sind sie, morgen aber können sie nicht mehr sein. Übrigens braucht sich der Kurjer darüber nicht zu beklagen, denn nicht nur bei uns im preußischen Landesteil, sondern in allen drei Teilungsgebieten bilden sich allmählich, stufenweise immer mehr politisch tiefer denkende Leute aus, die die Sache nüchtern und ohne Illusionen, aber auch ohne unnötiges Geräusch und ohne den oft schädlichen Schwung, d. i. den äußeren Effekt erfassen.

Jede Schwäche des Reichs macht sich uns Polen als seinen Bürgern zweifellos fühlbar. Das ist Tatsache, und diese Tatsache werden wir nicht ändern, so lange wir seine Bürger sein werden. Die Schwäche kann mannigfach sein, sie kann auf dem finanziellen, sozialen, inner- oder außerpolitischen, auf dem staatlichen Gebiete usw. in die Erscheinung treten. Aber es gibt wohl keinen so unvernünftigen Polen, der des Reichs innere oder äußere politische oder schließlich seine „Staats- und Weltmacht“-Schwäche heilen wollte, denn wenn wir dies auch tun wollten, so besitzen wir weder die dazu nötigen Kräfte noch Bedingungen, noch überhaupt eine reale Grundlage. Außerdem besitzen wir unter uns selbst so viele Schwächen, Krankheiten und Gebrechen auf politischem und sozialem Gebiet, daß es zu ihrer Beseitigung an den erforderlichen Kräften sogar uns fehlt. Es ist darum schwer zu verstehen, was dem Kurjer Poznański Veranlassung zu der Schlussfolgerung gegeben hat, daß ein Bestreben, ja sogar ein verstecktes Ziel besteht, des Reiches „Schwächen und Krankheiten“ zu heilen.

Nicht um „Schwächen und Krankheiten“ handelt es sich, sondern um unser nationales, politisches, bürgerliches Interesse, das bald mit der Verfassung, bald mit der Gesetzgebung des Reichs aufs engste verknüpft und so oft Schäden ausgesetzt ist, als dieses oder jenes im Reiche gegebene Gesetz die Gesamtheit der Bürger unvoreilhaft berührt. Pflicht der polnischen Fraktion ist, dieses Übel nach Möglichkeit zu beseitigen; darin besteht die positive Arbeit auf der parlamentarischen Bühne und darin kann sie nur bestehen.

Die Volksgesamtheit etwas anderes einreden, die öffentliche Meinung mit etwas anderem schrecken, in der Diskussion von einem Punkt zum andern überspringen, sich mit Übergehung der grundsätzlichen und hauptsächlichlichen Dinge an geringfügige und nicht bestehende Sachen anklammern, das alles kann das Niveau unseres politischen Kollektivgedankens nur herabsetzen.

Möge sich der Kurjer Poznański diese Sache ernst überlegen.

Es bleibt noch ein weiterer Punkt zu beleuchten, und zwar die Vereinbarungen der polnischen Fraktion mit den einzelnen deutschen Parteien. Darüber werde ich mich im nächsten Artikel auslassen.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Nr. 273 des Kurjer Śląski (Kattowitz)
vom 28. November 1909:

Unsere Bedürfnisse und die Geistlichkeit.

Oft geschieht es, daß der Zeitungsschreiber, der die Bedürfnisse der Volksgesamtheit im Auge hat, mit bitteren Worten die Geistlichen angreift, indem er ihnen vorwirft, daß sie für das drangialierte polnische Volk zu wenig Opfer bringen. Wundern kann man sich darüber nicht, denn wir sind an unsere Helden-Geistlichen der vergangenen Jahrhunderte gewöhnt. Die Geistlichen im ehemaligen Polen fühlten mit der Nation, dachten mit ihr und brachten manchmal schwere Opfer für das Vaterland. Sie wirkten geradezu Wunder in der Arbeit für Polen. Es lohnt zu erinnern an die allgemein verehrte Gestalt des Geistlichen Kordecki, des Priors des Gzenjochauer Klosters, der aus Liebe zu dem unabhängigen Polen an Willen und Ausdauer den ganzen Adel überragte, welcher damals die Feste des Klarenbergs gegen die Schweden verteidigte. Der Geistliche Peter Skarga brandmarkte die sittliche und bürgerliche Fäulnis unter dem Adel. Der Geistliche Marek geißelte in seinen Predigten den Adel und feuerte ihn zum Dienst fürs Vaterland an. Auch nach den Teilungen Polens hatten wir Geistliche, die das Land und die nationalen Schätze heiß liebten. Es genügt, an den Geistlichen Mackowiak und viele andere aus der Zeit des letzten Aufstandes zu erinnern. Viele von ihnen gingen in den russischen Gefängnissen und sibirischen Eiszüften zugrunde. Diese Geistlichen lebten mit der Nation, fühlten die Unbilden mit, welche die Teilungsmächte der polnischen Nation zufügten. Heute gibt es wenige solche Geistliche, und bei uns in Schlesien werden ihrer nicht einmal soviel sein, wie wir Finger an der Hand haben. Im Großherzogtum Posen ist leichter ein Geistlicher zu finden, der für Polen ein warmes Herz hat und sich für die Volksgesamtheit opfert. In Schlesien haben wir sehr, sehr wenig solche Geistliche.

Diese Gleichgültigkeit der schlesischen Geistlichen für die polnische Sache entspringt zweifellos daraus, daß sie ihre Kenntnisse und ihr Wissen bei den Fremden erworben haben. In Schlesien kann man die Ausbildung des Typus eines kosmopolitischen Geistlichen

warnehmen, der zwar der beste römisch-katholische, eifrigste Priester ist, aber schon polnisch zu fühlen, ja sogar polnisch zu denken aufgehört hat, mit einem Wort, er hat die Fühlung mit dem eigenen Volke verloren. Diese Erscheinung muß unsere sozialen und politischen Männer am schmerzlichsten berühren, denn die gegenwärtige Lage der gevierteilten polnischen Nation verlangt möglichst viel Kämpfer für die gute Sache.

Unsere Geistlichen wissen, daß der polnischen Nation von allen Seiten Unrecht geschieht, denn dies diktiert ihnen der einfache Begriff der Gerechtigkeit, aber nicht einmal diese kosmopolitische Gerechtigkeit gibt unserer Geistlichkeit einen Ansporn zur Arbeit für die Nation.

Nicht nur auf nationalem Gebiet arbeiten die Geistlichen nicht, sondern auch auf dem Gebiete der Hebung des Volkes in sittlicher Beziehung haben wir keine große Zahl positiver Erfolge zu verzeichnen.

Es ist wahr, das Volk entwickelt sich langsam, die Arbeit unserer Geistlichkeit ist aber nicht allzu intensiv, denn unter dem Volke verringert sich weder die Prozeßsucht noch die Zahl der unehelichen Geburten.

Heut haben wir mehr Kirchen und Gotteshäuser denn je, und das Volk besucht sie auch zahlreich. Dies alles aber geschieht zum größten Teil der Form wegen. Heut wird die Nichtentblößung des Kopfes vor einem Kreuz als große Übertretung, sogar als Sünde angesehen, dieselbe Person aber, die vor einem Kreuze fleißig die Mühe abnimmt und die Kirche eifrig besucht, läßt sich leichten Herzens Diebstähle, Ausschweifungen, Verleumdungen, Trunksucht usw. zu schulden kommen. Die Versittlichung der breiten Volksmassen hinkt bei uns in jeder Beziehung.

Die Geistlichen können auf diesem Gebiete am meisten wirken. Ihre Arbeit faßt aber das Übel nicht an der Wurzel an, denn unsere Geistlichkeit hält mehr auf die Form, als auf den Kern und Inhalt. Überfüllte Kirchen können uns noch nicht rühren, daß ist ein entzückendes Bild für einen Dichter oder Maler, uns interessiert mehr, ob die christlichen Grundsätze im privaten Leben, zu Hause angewandt werden.

Eine bezeichnende Erscheinung großer Ungültigkeit der schlesischen Geistlichen in ihrer Eigenschaft als polnische Bürger ist die Tatsache, wie sie sich zu dem auf dem Klarenberge verübten Kirchenraub verhalten. Während ganz Polen über diesen Diebstahl aufs tiefste erschüttert war, während die Geistlichkeit in Galizien und im Königreich Polen auf die Intention, die Verbrecher zu entdecken, Messen las und Geldbeiträge sammelte, ging unsere schlesische Geistlichkeit nicht solidarisch mit der Geistlichkeit der anderen Teilgebiete. Noch mehr, sie folgte nicht einmal dem anspornenden Beispiel des hl. Vaters, der der Gzenstochauer Muttergottes eine neue Krone schenkte. Das Verhalten unserer Geistlichkeit gegenüber dieser Tatsache illustriert die Gesinnung der schlesischen Geistlichen vorzüglich. Es scheint, daß ihnen Berlin mehr zum Herzen spricht, als Rom. — Möchte unsere Behauptung ein Wahnbild sein, möchte es anders sein, als wir diese Sache dargestellt haben!

Aus Nr. 274 des Kurjer Śląski (Kattowitz)
vom 30. November 1909:

„Volksunterhaltungsabenty“.

Es naht die Zeit, in welcher Lehrer, die Appetit auf „ostmarkenculagi“ oder auf andere polenfeindliche Vorteile haben, germanisatorische Unterhaltungsabende veranstalten. Allerdings haben sie voll und

ganz ein Recht hierzu. Mögen sie also diese veranstalten, solange ihnen die Lust hinreicht, sofern sie nur das polnische Volk dazu nicht einladen. Es ist aber leider der Hauptzweck dieser Unterhaltungsabende, daß sie das polnische Volk besuche und sich germanisiere. Insbesondere sollen die Kinder auf diese Weise an der deutschen „Kultur“ Geschmack finden.

Vielen Leuten scheint es, der Lehrer habe ein Recht, den Kindern den Besuch eines solchen „volksunterhaltungsabents“ zu gebieten. Diese Auffassung ist falsch. Der Lehrer hat ein solches Recht nicht. Außerhalb der Schule haben nur die Eltern ein Recht auf ihre Kinder, und wenn sie ihnen nicht befehlen, germanisatorische Unterhaltungsabende zu besuchen, so kann sie keine Macht hierzu zwingen. Wir erwarten auch, daß kein polnischer Vater und keine polnische Mutter ihren Kindern gestatten wird, dorthin zu gehen, wo dem Herzen des Kindes die Liebe zu fremden Göttern eingeflößt werden soll. Wir werden genug zwangsweise germanisiert, germanisieren wir uns nicht freiwillig!

Aus Nr. 274 des Kurjer Śląski (Kattowitz)
vom 30. November 1909:

Ein neues polnisches Unternehmen in Oberschlesien.

Auf Anregung mehrerer bekannter Bürger wurde vor drei Wochen zu Kattowitz in Oberschlesien eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter der Firma „Export Elonski (Schlesischer Export), G. m. b. H.“ gegründet. Der Zweck dieses Unternehmens ist, den Export obereschlesischer Kohle, von Koks, Kalk, Zement sowie die Erledigung jeglicher Handels- und Kommissionsgeschäfte in polnische Hände zu legen. Gründer und Gesellschafter sind u. a. die Herren: Adam Napieralski, Dombek, Dr. Mielecki, Piechulek und die Bank Rochler & Janiszewski in Kattowitz.

Unsererseits wünschen wir dem neuen Unternehmen besten Erfolg und hegen die Hoffnung, daß unsere Volksgesamtheit im Bedarfsfalle dieses neugegründete polnische Institut durch ihre Bestellung unterstützen wird.

Aus Nr. 275 des Górnosłazak (Kattowitz)
vom 1. Dezember 1909:

Achtung Landsleute!

Ein neues Unternehmen ist das **Oberschlesische Versicherungsbureau** (Górnosłazkie biuro ubezpieczeń) in Kattowitz, Poststraße 3.

Wir versichern vor allem gegen Feuer und Diebstahl, wir erledigen aber auch alle in das Versicherungsgebiet schlagenden Angelegenheiten, wir erteilen Ratshläge — auch bei Streitigkeiten mit Versicherungsgesellschaften usw. Als langjährige Fachmänner stehen wir mit unserem Geschäft an erster Stelle, wir können also beste und reelle Bedienung gewährleisten.

Die geehrten Landsleute bitten wir, unserer zu gedenken und uns kräftigst zu unterstützen.

* * *

Wir suchen tüchtige und gewissenhafte Vertreter in jeder Ortschaft.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 273 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 30. November 1909:

Um das Mandat aus der Stadt Posen.

Aus Posen kommt die Nachricht, der Abgeordnete Bernhard von Chrzanowski lege anlässlich seiner Wahl zum Vorstandsmitgliede der Gewerbebank sein Abgeordnetenmandat endgültig nieder und werde seinen Entschluß der polnischen Fraktion mitteilen. Angesichts des allgemeinen Eintretens der volksparteilichen Presse, in die Fraktion einen Vertreter der Arbeiterschaft hinzuzuwählen, empfiehlt der Kurjer Poznański die Kandidatur des Arbeitersekretärs der polnischen Berufsvereinigung und Druckereibesizers Herrn Stanislaus Nowicki aus Posen.

Wir stellen diese Nachricht der Erwägung der interessierten Arbeiterschaft anheim und bitten, in dieser für sie und für die Gesamtheit so wichtigen Angelegenheit das Wort zu nehmen.

Vielleicht würden die interessierten Kreise noch andere Kandidaten empfehlen, um von diesen den würdigsten und besten zu wählen, einen solchen, der sich nicht als Diener irgend welcher Partei fühlen würde und ausschließlich das Wohl des polnischen Arbeiters und das der Gesamtheit im Auge hätte.

Aus Nr. 274 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 30. November 1909:

Um das polnische Theater in Posen.

In zwei Posener Organen, im „Kurjer“ und „Dziennik“, finden wir seit einer gewissen Zeit Artikel, welche von der Notwendigkeit einer größeren Unterstützung der einzigen im preussischen Anteile bestehenden ständigen polnischen Bühne sprechen. Die Blätter geben auch dem Bedauern Ausdruck, daß das polnische Theater nicht so zahlreich besucht wird, wie es erwünscht ist.

Das alles ist richtig, denn viele Polen besuchen lieber den „Tingel-Tangel“ im „Apollo“ als die Vorstellungen im polnischen Theater.

Sollte man es angesichts dessen nicht verurteilen, daß gerade der „Kurjer“ und der „Dziennik“ ständig die Annoncen des deutschen „Tingel-Tangels“ veröffentlichen?

Die gesamte polnische Presse sollte gegen ein derartiges unpolnisches Verfahren jener beiden Blätter auftreten, und wir können überzeugt sein, daß das ebenso den erwünschten Erfolg zeitigen wird, wie das solidarische Auftreten der Presse gegen die deutsche Reklame Kathreiners in polnischen Blättern.

Es ist sonderbar, daß unsere Presse angesichts der Ausschreitungen des „Kurjer“ und „Dziennik“ schweigt, obgleich doch das Anempfehlen des deutschen „Tingel-Tangels“ bei weitem mehr zu verurteilen ist.

Haben wir denn schon vollends das Empfinden darüber verloren, was uns vom nationalen Standpunkte aus zu tun gebührt oder nicht?

Aus Nr. 275 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 1. Dezember 1909:

Ein neuer Verein in der Fremde.

Die umfangreiche polnische Kolonie in Holsterhausen fühlte seit langem das Bedürfnis, einen Verein „Dziwiata“ zu gründen, der es sich zur Aufgabe macht,

unter den Landsleuten Aufklärung zu verbreiten, die Muttersprache zu pflegen, für die polnische Erziehung der Kinder zu sorgen und sich mittelbar auch mit jeglichen Wahlangelegenheiten zu befassen. Am 28. d. M. kamen mehrere Landsleute des Ortes zusammen und gründeten mit Hilfe des Redakteurs des Wiarus Polski, Herrn Dytko aus Bochum, den erwähnten Verein. Die Satzungen wurden eingehend durchberaten und mit kleinen Änderungen angenommen.

Hiemlich viel Landsleute traten dem Verein als Mitglieder bei. Der Vorstand besteht aus folgenden Personen:

Adalbert Plucieniak, Vorsitzender,
Stanisl. Kaslik, stellv. Vorsitzender,
Stanisl. Kunca, Schriftführer,
Martin Mała, stellv. Schriftführer,
Peter Nowaczyk, Kassierer,
Frz. Budzynski, stellv. Kassierer.

Außerdem wurden zu Beisitzern gewählt: Stephan Napierala und Anton Ignaszak. Der Bibliothekar wird später gewählt werden. Es sei hier bemerkt, daß sich unsere Handwerker aufrichtig und ohne Sonderinteressen mit der Bewegung in unserer Kolonie befassen. Angesichts dessen sollten sie alle Polen und insbesondere die Mitglieder der „Dziwiata“ tatkräftig unterstützen und stets und überall die Losung „Jeder zu dem Seinen“ befolgen.

Dem neuen Verein in seiner Entwicklung viel Glück!

Aus Nr. 25 des Narodowiec (Herne)
vom 27. November 1909:

In Sachen der Gewerbegerichtswahlen in Essen wird uns geschrieben:

Am 1. Dezember d. Js. finden in Essen Wahlen der Beisitzer für das Gewerbegericht statt. Wahlberechtigt ist mit Ausnahme der Vergleute jeder Arbeiter, der das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat, in Essen wohnt bzw. arbeitet.

Die Stadt Essen ist in 30 Wahlbezirke eingeteilt. Zu jedem Wahlbezirk gehören eine gewisse Anzahl von Straßen. Jeder Wähler darf nur in dem Wahllokal wählen, in dessen Wahlbezirk er wohnt. Die Wähler, welche außerhalb Essens beschäftigt sind, wählen im 17. Wahlbezirk. Es kann in den durch die Behörde und in unseren Aufrufen bekanntgemachten Lokalen gewählt werden.

An der Wahl beteiligen sich 5 Parteien, und zwar die Polen, die Zentrumsleute, die Sozialdemokraten, die Hirsch-Dunckerschen und der durch die Arbeitgeber bevorzugte gelbe Verband.

Bei einer eifrigen Agitation von unserer Seite wird es uns gelingen mehrere Kandidaten durchzubringen um so mehr, als sich die Deutschen in 4 Parteien geteilt haben.

Wie wir erfahren haben, begannen die deutschen Parteien eine sehr eifrige Agitation, um die polnischen Stimmen zu gewinnen. Wir haben jedoch Hoffnung, daß die Landsleute sich die Augen von den Deutschen nicht einseifen lassen, sondern alle wie ein Mann die polnischen Kandidaten unterstützen werden. Unsere Kandidaten sind:

Vincent Sosnowski, Julius Partyka, Paul Piefowski, Wladislaus Janowski, Martin Nowak, Wladislaus Pogorzalski, Johann Machowski, Stefan Polajzel, Joseph Starke, Andreas Olek, Franz Badura, Leopold Wierzbicki, Ludwig Sobkowiat, Joseph Grochowski, Joseph Schröder und Thomas Bawalski.

Das sind Brüder von unserem Fleisch und Blut, mit ihnen müssen wir als tapfere Verfechter unserer

Arbeiterfrage zusammengehn. Für diese müßte jeder wirkliche Pole am 1. Dezember seine Stimme abgeben.

Landsleute! Unser Sieg ist ein Sieg aller polnischen Arbeiter, er ist die Berechnung unserer Kräfte seit der Zeit, seit der man uns die Lippen knebelt. Möge keiner von euch am Wahltag an der Wahlurne fehlen, sondern stellen wir uns scharenweise zur Wahl ein. Am Wahltag muß unser Lösungswort sein: Einer für alle und alle für einen.

Es kann in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags und von 4 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends gewählt werden. Jeder, der sich vor Schluß der Wahl im Lokal befindet, kann noch seine Stimme abgeben. Jeder Wähler muß eine Legitimationskarte (Ausweisschein) besitzen, die er bei seinem Arbeitgeber oder bei der Polizeibehörde erhalten kann. Da es geheime Wahlen sind (durch Zettel), so braucht niemand etwas zu befürchten.

Die Wahlkommission.

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 130 der Gazeta Robotnicza (Kattowitz)
vom 4. November 1909:

Fingerzeige für die Agitation.

1. Die erfolgreichste Agitation für die Organisation ist jene, die alle Kollegen alltätlich unter ihren Mitarbeitern treiben, nämlich die mündliche Agitation. Diese Agitation ist schon deshalb die erfolgreichste, weil sie durch das regelmäßige Betreiben derselben, durch ihre Kraft, ihre leichte Verständlichkeit und dadurch, daß sie nicht geradezu ihre Abhängigkeit vom Vereine zeigt, allmählich auf die Gemüter der Kollegen einwirkt, die der Organisation noch fern stehen und sie allmählich auf den Weg der Organisation ziehen.

2. Der Genosse wird zum Agitator für die Organisation, wenn er mit seinen Mitarbeitern kollegialisch umgeht. Wenn er in einem freundschaftlichen Verhältnis zu seinen Kollegen in der Werkstatt stehen; wenn er ihnen gegenüber seine Pflicht gewissenhaft erfüllen, wenn er seine Arbeit fleißig und sauber ausführen, wenn er mit seinen Kollegen kollegialisch umgehen und sich ihnen nicht aufdrängen wird. Wenn sich der Genosse seinen Mitarbeitern gegenüber auf diese Art benehmen wird, wird es ihm leichter werden, ihr Vertrauen zu gewinnen, ja sogar seinen Einfluß auf sie geltend zu machen.

3. Dies ist indessen noch nicht alles. Jeder Genosse muß auch verstehen, bei jeder passenden Gelegenheit auf die Ziele seiner Organisation hinzuweisen und für den Eintritt in diese zu agitieren. Deshalb muß er auch, sobald sich irgendwelche Verschlechterungen in den Arbeitsverhältnissen bemerkbar machen, entschieden und unzweideutig auftreten und jene Kollegen bei ihrer Verteidigungsagitation unterstützen, die von diesen Verschlechterungen betroffen werden. Der organisierte Kollege muß auch mit Rat und Tat seinen Arbeitsgenossen helfen, wenn es möglich ist auch höhere Löhne für sie erkämpfen, ebenso auch Verbesserungen der Arbeiterverhältnisse. Streitigkeiten mit den Mitarbeitern muß er nach Möglichkeit vermeiden, in seinem Verhältnis zu seinen Kollegen muß er bemüht sein, stets gerecht zu bleiben. Auf diese Art wird er unter seinen Mitarbeitern stets angesehen und im Stande sein, alle zur Mitarbeit für die Organisation zu ermuntern, und er wird auf diese Weise seine Organisation ständig moralisch und materiell unterstützen.

4. Bei jeder sich darbietenden Gelegenheit muß der organisierte Kollege auf die Notwendigkeit des

Organisierens hinweisen. So z. B., daß in einem Orte die Kollegen, weil sie so gut organisiert waren, es nicht zur Verschlechterung ihrer Arbeitsverhältnisse hatten kommen lassen, ja sogar noch eine Verbesserung der Lohnverhältnisse erreichten. Oder daß die Kollegen an einem anderen Orte wenig oder garnichts erreicht hatten, weil sie nur sehr schwach oder garnicht organisiert waren. Dies muß unser Genosse ausnützen und diese Angelegenheiten zur Sprache bringen, um seinen Mitarbeitern die Vorteile einer guten Organisation beweisen zu können. Oder wenn ein Streik nicht gelungen ist, weil ein Teil der Mitarbeiter die Solidarität gebrochen hat, oder wenn Kollegen zusammen mit noch nicht organisierten Mitarbeitern zu Streikbrechern geworden sind, wie ausgezeichnet kann man in solchen Fällen auf die durchaus notwendige Solidarität und auf die Notwendigkeit der Organisation gegen die brutalen Übergriffe ihres Ausbeuters hinweisen.

Auf diese Art muß jeder Genosse täglich seinen Mitarbeitern Anschauungsunterricht über die Bedeutung der Berufsorganisationen erteilen. Mögen die Kollegen noch so gleichgültig sein und der Organisation noch so fern stehen, so wird dennoch eine auf diese Art betriebene Agitation bei ihnen Verständnis für ihre Berufsorganisation und Interesse für ihren Berufsverein hervorrufen. Das Sprichwort: „Steter Tropfen höhlt den Stein“, kann auch hier angewandt werden.

5. Die Hauptbedingung für eine fruchtbare Tätigkeit in dieser Richtung muß auch hier die sein, daß der organisierte Kollege sich mit seinen noch nicht organisierten Kollegen beschäftigt, d. h. daß er ständig ihren Charakter und ihr Wesen beobachtet und sich diesem anpaßt. Wenn sein Nachbar in der Werkstatt unzugänglich oder ein flegelhafter Mensch ist, dann muß er sehr vorsichtig mit ihm umgehen und auf diese Art allmählich sein Vertrauen gewinnen. Sobald dies erreicht ist, ist der wichtigste Teil der Arbeit bereits getan, da sich in einer so widerpenstigen Person häufig ein sehr eindrucksfähiger Charakter verbirgt, der die schönen Ziele unserer Organisation richtig auffaßt. Wenn jedoch der nichtorganisierte Kollege schwer von Begriff ist, so muß man etwas deutlicher werden und die Unterhaltungen mit ihm etwas gründlicher führen. Aber auch hier führt Geduld zum Ziele. Wenn wir es mit einem sehr leichtsinnigen Kollegen zu tun haben, der über die Grundsätze der Kollegialität spottet, ja sogar bei Gelegenheit seinen Mitarbeitern schadet, so muß gegen diesen kategorisch vorgegangen werden.

In diesem Falle kann nur gründliche, systematische, erzieherische Arbeit helfen, wenn wir wollen, daß er der Organisation beitreten und, was wichtig ist, ein eifriges Mitglied derselben werden soll.

Das Wichtigste ist also, in jedem einzelnen Falle die geeignete Agitationsmethode anzuwenden und den geeigneten Ton anzuschlagen.

6. Der Genosse darf sich, allen Hindernissen zum Trotz, niemals enttäuscht fühlen, er darf sich den Kollegen auch niemals aufdrängen, weil dies abstoßend wirkt. Er muß auch eifrig darauf achten, daß er mit seiner Agitation in der Werkstatt nicht unangenehm auffällt, da dies zur Folge haben kann, daß er entlassen wird, was zeitweise der Organisation mehr schadet, als jenem Genossen selbst, da hierdurch der Faden zwischen der Organisation und jener Werkstatt zerrissen wird.

7. Es versteht sich von selbst, daß der organisierte Kollege seine Mitarbeiter dazu bewegen muß, die Agitationsversammlungen zu besuchen, die von unseren Vereinen veranstaltet werden, die Berufsorgane zu lesen und der Organisation beizutreten, falls der Wille hierzu bei ihnen bereits gereift ist.

Wenn jeder unserer Genossen so handeln wird, dann werden wir zu den verschiedenartigen Klagen,

denen wir heute noch ratlos gegenüberstehen, keine Veranlassung mehr haben.

Genossen! Vergesst also nicht, daß wir im Namen der Lösung handeln müssen:

„Einer für alle und alle für einen.“

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 542 des „Słowo Polskie“ (Lemberg)
vom 19. November 1909:

Betrachtungen über die Provinzen Posen und Westpreußen.

(Auszug aus dem im Wissenschaftlichen Verein am 11. November d. J. gehaltenen Vortrage).

Sowohl in Galizien, als auch im Königreich Polen ist für den preußischen Anteil die Bezeichnung „Provinz Posen“ üblich geworden. Dies ist bedauerlich, denn auf die Weise denkt man, ganz abgesehen von Oberschlesien, nicht an die Provinz Preußen, heute amtlich „Westpreußen“ genannt. Und doch lohnt es sich, gerade an dieses Land zu denken, denn es ist für uns von besonderer Wichtigkeit. Thorn liegt in der Mitte zwischen Posen und Warschau und, wenn wir es geographisch betrachten, ist Westpreußen nicht so sehr ein Grenzland, wie Großpolen, wiewohl Westpreußen, infolge seiner geschichtlichen Schicksale, mehr germanisiert ist.

Deshalb richten sich die germanisatorischen Bestrebungen mit größerer Kraft gegen Westpreußen, und die Berliner Politik macht in ihrer Wahl der Mittel zwischen Großpolen und Westpreußen einen Unterschied.

Dies kann leicht sowohl an den Verwaltungsvorschriften als auch an der Praktik der Behörden bewiesen werden.

In Berlin herrscht seit langer Zeit folgende Losung: „In Westpreußen wird mit dem Polentum „tabula rasa“ gemacht, die Provinz Posen kann sich ihrer Nationalität noch eine Zeitlang erfreuen.“

An diesen Unterschied hielt sich die Regierung auch während der Ara Caprivi-Roscielski. Der Kaiser erklärte — wenn in Berlin von Zugeständnissen die Rede ist — „in die Repolonisierung Westpreußens werde ich nie einwilligen.“ Und nachdem man alle Bismarckminister beseitigt hatte, wurde der eifrigste Antipole, der Kultusminister von Gofzler, zum Oberpräsidenten von Westpreußen ernannt. Durch diese eine Ernennung zeigte die Regierung ganz deutlich, wie sie die Ausöhnung mit den Polen und ihre Aufgabe in Westpreußen auffaßt, d. h. daß sie die gänzliche Germanisierung der Verbindung Warschauer mit Posen als eine äußerst dringende Aufgabe auch in der Ara der Ausöhnung betrachtet. Aber auch Herr v. Gofzler verstand es anfangs nicht, den politischen Strömungen dieser Ara Widerstand zu leisten. Während jedoch Westpreußen sich die Zugeständnisse schnell zunutze macht und auf jedem Gebiete des gesellschaftlichen Lebens bedeutende Fortschritte macht, bekommt Herr v. Gofzler die Oberhand über die Berliner Strömung.

Man müßte — schon aus praktischen Gründen — die Bezeichnung „Provinz Posen“, als angeblich den ganzen preußischen Anteil umfassend, aufgeben und das Ganze: „Preußischer Anteil“ benennen, dessen Kollektivteile aber individuell behandeln und bezeichnen. Seit dem Sturze Caprivis regelt die Regierung ihr Verhältnis zu der polnischen Gesellschaft mit dem Hakatismus zusammen. Sie überlegt reiflich und fortwährend und sucht Rat bei unzähligen Beamten und Politikern im Lande, um uns völlig auszurotten.

Unentbehrlich für uns ist es, sowohl den Ausrottungsplan, als auch die Art und Weise des Kalkulierens zu kennen. Man sagte sich so:

Die Bismarckischen Mittel unterdrückten, sie vernichteten aber nicht. Wir wollen vernichten. Wie soll man aber das Ziel angesichts eines so starken Nationalgefühls, wie es das polnische ist, erreichen? Möge also das Nationalgefühl bleiben, wenn es nur machtlos ist.

Man muß in folgender Weise verfahren: man muß das polnische Nationalleben ausschließen, man muß sich bemühen, es loszureißen von allem, was es mit dem realen Leben verbindet und allmählich alle Wege versperren, auf denen Wohlstand und Macht fließt. Man muß den Polen und zwar intensiver und zielbewußter den Grund und Boden unter den Füßen entziehen. Die Bismarckische Ansiedelungs-Kommission zahlt zu hohe Preise und kauft nur größere Landgüter. Man muß die Mittel der Ansiedelungs-Kommission vermehren und zu möglichst niedrigen Preisen den ganzen polnischen Grund und Boden aufkaufen. Insbesondere müssen polnische Bauernwirtschaften erworben und muß dahin gestrebt werden, die Anzahl der Gemeinden mit Deutscher Mehrheit zu vermehren, denen die deutsche, den Behörden ergebene Verwaltung folgen wird.

Das ist der eine Teil des Programms; der zweite will das Niveau des Polentums durch Hebung des Deutschtums herunterdrücken. Die Polen würden auch auf die Weise kleiner werden, wenn sich neben ihnen ungewöhnlich große Deutsche befänden. Kleinheit und Größe sind relative Begriffe, alles hängt vom Verhältnis ab.

Man muß deshalb das Deutschtum in den polnischen Landesteilen fördern, fortwährend reichlich nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch die Landwirte, nicht nur die Industrie, sondern auch die Industriellen durch Geldmittel unterstützen, Museen und Bibliotheken gründen usw.

Mit inbegriffen in dem Programm war auch die Germanisierung durch die Kirche. Sie besteht in Westpreußen, vielmehr in der Kulmer Diözese. Große Triumphe feiert sie nicht. Sie beschränkt sich auf die Befegung vieler Propsteien durch Deutsche hakatistischer Richtung. Auf das Volk aber machen die deutschen Predigten, Gebete und Kirchenlieder den Eindruck eines fremden Glaubens, der germanisierende Geistliche ruft Ärgernis hervor und vergiftet das Gebet auf den Lippen. In der Kulmer Diözese herrscht infolgedessen ein Zwiespalt. Die entrüstete polnische Geistlichkeit hatte die Absicht, eine Diözesan-Synode einzuberufen, was jedoch ohne die Genehmigung des Bischofs nach kanonischem Recht unzulässig ist.

Der Patriotismus im preußischen Anteil ist weniger heftig und schwungvoll, er ist aber verbißener; er verkündet weniger die nationalen Losungen, er ist kein Freund von Redensarten und verbindet sich vielmehr mit der Krittellei. Es ist dies ein Patriotismus, den die Verhältnisse hervorbrachten, der sich der örtlichen Kultur und den örtlichen Bedingungen anpaßte, unter welchen er die Existenz der Nation zu erhalten versteht.

Daraus folgt nicht, daß diese Krittellei tief ginge. Nein! Ein tiefer, kritischer Gedanke, überhaupt ein großer, selbständiger und mächtiger Gedanke von weitem Gesichtskreise pflegt im allgemeinen schon seit der Bismarckischen Zeit im preußischen Anteil selten vorzukommen. Nur die Begriffs- und Schulungskala unter den gründlich zivilisierten Verhältnissen verleiht einen höheren und besseren Bemessungsmaßstab und — entsprechend dem deutschen Muster — eine größere Zurückhaltung in der Beurteilung aller menschlichen Handlungen.

Aber die Talente vernichtet die Germanisierung in der Schule, welche die Urelemente der Seele zugrunde richtet.

Die Regierung hat ihr antipolnisches Programm nicht durchgeführt. Die amtliche Statistik behauptet seit einigen Jahren hartnäckig, daß sich der polnische Grund und Boden vermehre, daß das Bestreben, polnische Bauernwirtschaften aufzukaufen, vergeblich ist, ist das Verdienst des polnischen Bauers, der ein wahrer Stolz des preußischen Anteils ist. Es ist aber auch das Verdienst des größeren Besitzers, der in landwirtschaftlichen Vereinen arbeitet und die Angelegenheiten seiner bäuerlichen Nachbarn nicht unbeachtet läßt, sowie der Dorfgeistlichen, die in die besonderen Bedürfnisse und in die Angelegenheiten ihrer Parochianen ehrlich hineinklicken und mit ihnen zusammen in den Vereinen tätig sind.

Auf die Städte bezog sich das antipolnische Programm direkt nicht. Man kalkulierte vielmehr so, daß, wenn die Stadt in wirtschaftlicher Hinsicht abhängig vom Dorfe sei, nach dem deutschen Dorfe auch die Stadt deutsch werden würde.

Zur Zeit weiß es jeder, daß sich das Polentum in den Städten gehoben hat, das Deutschland dagegen zurückgegangen ist. Dieses Ergebnis verdanken wir indirekt der Regierung. Denn wenn bei den Deutschen der Grund und Boden nicht zunimmt, so konnte die Germanisierung der Städte vom glatten Lande nicht ausgehen. Aber die Polen sind nach den Städten verzogen, denn die allgemeine Verfolgung steigerte die Kühnheit und Überlegung, namentlich aber das Verbot der Errichtung von Wohnhäusern auf Parzellen (Novelle vom Jahre 1904) und die Furcht vor dem Enteignungsgeetze trieben die auf dem Lande überflüssigen Kräfte, die sich seit Jahrhunderten am liebsten um die Landwirtschaft scharten, nach den Städten. Die Kinder der Arbeiter widmeten sich dem Handwerk und Kleinhandel, die der bäuerlichen Landwirte der Kaufmannschaft.

Die polnische Kaufmannschaft im preußischen Anteil ist auf gutem Wege. Sie hat ihre Kinderkrankheiten und den Leichtsinne des jugendlichen Alters hinter sich und ihr kaufmännischer Sinn verfeinert sich. Das genügt für diese kurze Zeit. Aber reif ist sie noch nicht. Sie bemißt ihre Leistungsfähigkeit und die Bedingung ihrer Zukunft auf kurze Distanz und hat daher die Lösung wenig und teuer, während die altangesehene Kaufmannschaft schon längst zu der einträglicheren Lösung billig, aber viel übergegangen ist und mit einem längeren Termin rechnet.

Der Kaufmannschaft hilft sehr die Lösung: „Landsmann zum Landsmann“, welche auch bleiben wird, denn sie ist notwendig und bei der fortwährenden Kritik der Gesellschaft unschädlich. Die weitere Folge dieser Lösung ist die Auswanderung der fremden Kaufmannschaft.

Die Fabrikindustrie braucht tausende sicherer Abnehmer oder Großisten, sie mußte sich daher in der Ackerbau treibenden Gesellschaft bis jetzt auf die landwirtschaftlichen Bedürfnisse beschränken. Sie hat bei dem heutigen Aufschwung der Kaufmannschaft in jeder Branche tausende polnischer Großisten und sicherer Abnehmer, sie drängt deshalb und schreitet rasch vorwärts. Die Lösung Landsmann zum Landsmann bezieht sich auch auf das Verhältnis des Kaufmanns zum Fabrikanten.

Der vorsichtige Herr v. Gofler dachte an die Hebung der deutschen Industrie. In Danzig wohnen, welches offene Wege nach der ganzen Welt hat, dachte er an die Erneuerung des hanseatischen Ruhmes Danzigs. Aber Danzig lag im Westen Polens, seit

der Teilung liegt es an der östlichen Grenze Preußens. Der polnische Osten hatte Grund nach Danzig hinzuneigen, aber das westliche und südliche Deutschland und Preußen haben eine derartige Veranlassung nicht. Herr v. Gofler verstand es jedoch, den rheinisch-westfälischen Industriebezirk für seine Absichten zu interessieren, mit Köln und Elberfeld Beziehungen anzuknüpfen, eine Anleihe von mehreren Millionen (vorwiegend in Dresden) aufzunehmen und gründete in Danzig und dessen Umgegend eine Fabrik von Eisenerzeugnissen (Dampfmaschinen), eine Straßenbahn-Aktiengesellschaft, eine Schrauben- und Stahlfabrik und eine Fabrik von Holzerzeugnissen (hauptsächlich Stühlen).

Er trat auch in Beziehungen zu dem Oberbürgermeister Witting in Posen, um die Fabrikindustrie in den Städten und Städtchen des ganzen preußischen Anteils in entsprechendem Umfange zu verzweigen. Er beabsichtigte, durch tausende deutscher aus dem Westen herbeigeschaffter und in den Klauen der örtlichen Elemente gehaltenen Arbeiter das Gleichgewicht zwischen der deutschen Macht der Städte und der Macht des polnischen Dorfes herzustellen.

Alle diese Pläne des Herrn v. Gofler gingen nicht in Erfüllung. Seine Fabriken machten entweder ganz bankrott oder sie vegetieren, wie gewöhnlich die nicht von unten herauf, nicht aus wirklichem Bedürfnis und praktischer Leistungsfähigkeit sich entwickelnde, sondern künstlich von oben aufgedrängte Industrie.

Die Posener Akademie verfehlte ihren Zweck vollständig und steht leer da. Anfangs füllte der antipolnische Eifer die Hörsäle, jetzt siegt die Wahrheit, sodaß Posen, namentlich unter den gegenwärtigen Verhältnissen, die auswärtigen Deutschen nicht anzieht. Die Vorschläge der deutschen Professoren widersprechen sich daher in den Blättern, sie wissen nicht, was damit anzufangen sei.

Der preußische Anteil kann mit Recht mit dem bisherigen Verlaufe des Kampfes zufrieden sein; er hat aber keine Veranlassung, zu triumphieren. Die Regierung will weiter kämpfen und besitzt eine große Macht. Wenn die Regierung nur allein kämpfte, hätte sie sich wahrscheinlich längst zurückgezogen, aber es kämpft auch der Hakatismus, der Kern des Preußentums, und spornt die Regierung im dringenden Interesse seines Verdienstes in den polnischen Landesteilen an. Es gibt keine Veranlassung, zu triumphieren und auch keine dazu, die Hände in den Schoß zu legen, wenn die Ansiedelungs-Kommission mit ihren Fonds und das Enteignungsgezet vorhanden sind. Nicht umsonst hat es die Regierung verlassen; sie hält sich nur vorläufig reserviert, weil ihr die inneren und äußeren Konstellationen nicht passen. Sie wird aber zweifellos von dem Gezet in geeigneten Augenblick Gebrauch machen.

Wer aber derartige Mächte zu bezwingen hat, der hat keine Veranlassung zu übermäßigen Befürchtungen.

Unser Gewinn ist auch für ganze Generationen ein großer, weil wir wieder aufleben, weil wir geistig, sittlich und wirtschaftlich in die Höhe gehen.

Liegt es denn überhaupt im unserem Interesse, daß der Kampf aufhöre? Wir leben ja gerade unter dessen drohender Gefahr auf. Nur in dem Feuer dieses Kampfes können die Eigenschaften geschmiedet werden, die im preußischen Anteil erforderlich sind, damit diese Vormauer des Sklaventums der deutschen Überschwemmung Widerstand leiste.

Josef Palendzki.

Aus Nr. 543 des Slowo Polskie (Lemberg)
vom 20. November 1909:

Einige Bemerkungen über die Grunwaldspende.

(Eine Stimme aus Schlesien.)

Sicherlich wurden nirgends die Sammlungen für eine Grunwaldspende mit so großer Aufmerksamkeit verfolgt, wie in Schlesien. Man war nämlich der Ansicht, daß, wenn die Spende im Interesse des Schutzes der Grenzmarken gesammelt werde, sie vor allen Dingen für die Gegenden Verwendung finden werde, die, durch die Germanisierungs- und Tschechisierungswogen bedroht, sich in der größten Gefahr befänden, also für das Teschener Schlesien. Man glaubte auch, daß der ungewöhnliche Eifer und die große Opferwilligkeit, die im Laufe weniger Wochen eine Million für die Spende aufgebracht hatten, eine Antwort auf die vielen Stimmen aus Schlesien seien, welche die polnische Gesellschaft zur größeren Aufmerksamkeit auf die stets zunehmende Gefahr auffordern sollten, die allem, was polnisch nicht nur in Schlesien, sondern auch in den benachbarten galizischen Kreisen sei, mit dem Untergange drohe.

Jetzt, wo die deklarierte Summe bereits die Höhe einer Million Kronen erreicht hat (die zweite Million soll binnen kurzem aufgebracht werden), wo das gesammelte Geld auch schon ansehnliche Beträge ausmacht, ist es an der Zeit, zu erwägen, wann, wo und wie die aufgebrauchten Beträge Verwendung finden sollen, damit sie der nationalen Sache einen möglichst großen Nutzen bringen.

Unsere nationalen Bedürfnisse an den Grenzmarken sind riesig; um ihnen zu genügen, würden viele Millionen erforderlich sein. Es handelt sich also darum, die Spende, welche die Gesellschaft in ihrer Opferfreudigkeit aufbrachte, für die dringendsten Bedürfnisse zu verwenden, sie dort zu verwenden, wo sie uns hundertfache Früchte bringen kann, oder dort, wo uns die größte Gefahr droht.

Von der richtigen Wahl des Ortes und der Art und Weise, wie die Grunwaldspende Verwendung finden soll, hängt vor allen Dingen der Nutzen ab, welcher für die nationale Sache daraus entstehen soll. Deshalb müßten die in dieser Frage maßgebendsten, die aus den bedrohten Grenzmarken kommenden Stimmen, die Stimmen der Personen, die der nationalen Sache erfolgreich und opferfreudig dienen, nicht übergangen werden.

Wir hörten von den Vertretern des Volksschulvereins, daß sich dieser Verein, zu dessen Händen die Gesellschaft die Grunwaldspende aufbrachte einzig und allein — und zwar mit Recht — als den Verwalter dieser Spende betrachtet, die er entsprechend den Wünschen der Gesellschaft lediglich zum Zwecke des Schutzes der Grenzmarken, zur Errichtung von Anstalten, die dort bereits in diesem Sinne und zu demselben Zwecke arbeiten, zu verwenden beabsichtigt.

Wir geben uns deshalb der untrüglichen Hoffnung hin, daß, wenn der — wie man sagt, nicht fern liegende Augenblick — gekommen sein wird, der Schulverein über die Verwendung der Grunwaldspende beraten und nicht gewillt sein wird, diese so wichtige Angelegenheit auf eigene Verantwortlichkeit zu übernehmen, sondern zu den gemeinsamen Beratungen die Vertreter und Agitatoren der Grenzmarken auffordern würde.

Am wichtigsten, am aktuellsten ist zur Zeit die Frage, wann die Grunwaldspende für die Grenzmarken zur Verwendung kommen soll und kann. Da sich viele Spender zur Zahlung der deklarierten Beträge innerhalb fünf Jahren verpflichteten, so

könnte — nach obigen Ansichten — erst nach Ablauf dieses Termins die Grunwaldspende Verwendung finden. Derartige Stimmen lassen sich wahrlich nur durch eine vollständige Unkenntnis der Verhältnisse an den Grenzmarken entschuldigen.

Der gegenwärtige Augenblick, das ist keine Zeit des Friedens, in welcher man das Kriegsmaterial bis zur Kriegserklärung aufhäufen könnte. Zur Zeit wütet ein erbitterter Kampf in Schlesien, ein nicht von uns, sondern von unseren, von Jahr zu Jahr immer begehrlischeren, roheren und arglistigeren Feinden erklärter Kampf auf Tod und Leben.

In diesen, gegen alle Erscheinungen des polnischen Geistes geführten Kampf haben die Deutschen verstanden, einen Teil der polnischen, nicht zielbewußten, irreführenden oder bestochenen Gesellschaft hineinzuziehen, indem sie ihr das Gift des Renegatentums allmählich beibrachten.

Die für deutsches Geld (unter anderem für das des Grafen v. Lariß) herausgegebene berühmte Zeitschrift „Slazak“, wurde zu einem schlimmeren und gefährlicheren Feinde, als die noch so sehr hafatistischen deutschen und tschechischen Blätter.

Dank der Heuchelei und Perfidie, dank der Unterstützung der erzherzoglichen Kammer, des Gr. Lariß und der Vielzahl deutschen wird nämlich der Redakteur des Slazak, Rozdon, einer der schlimmsten deutschen Knechte und Söldlinge, in den schlesischen Landtag als Vertreter der polnischen Bevölkerung des Vielzahl Kreises hineingelangen, nachdem er den Pfarrer Londzin mit etwa zwanzig Stimmen geschlagen.

Es ist dies eine große Niederlage, um so größer, als der gegenwärtige Landtag über die Wahlreform beraten soll und alle Kräfte angespannt werden müssen, um deren negativen Folgen zu vermeiden, um der verderblichen Tätigkeit der Deutschen und der Anhänger Rozdons eine breite, das Zielbewußtsein fördernde und bildende nationale Tätigkeit gegenüber zu stellen.

Die kleinste Niederlage wird uns die nächstjährige Volkszählung bringen. Daß wir große Verluste haben werden, das unterliegt keinem Zweifel. Es handelt sich nur darum, ob sie uns den Boden unter den Füßen auf der ganzen mährisch-schlesischen Grenze entziehen werden oder ob uns noch vielleicht solche Positionen bleiben, die uns die weitere Arbeit und den weiteren Kampf ermöglichen, um in Zukunft den erlittenen Schaden wett zu machen.

Jedenfalls wird die nächste Zukunft die Frage: „sein oder nicht sein“ sowohl im Kreise Bielitz, als auch in Ostrau entscheiden. Hier handelt es sich nicht um Jahre, sondern um Monate, ja fast nur um Wochen. Anscheinend fühlte die polnische Gesellschaft es instinktmäßig, wenn sie mit solcher Eile für die Grunwaldspende sammelte.

Nirgends, in keiner Erklärung haben wir derartige Vorbehalte gefunden, daß man mit dem Beginn der Verteidigungsaktion bis zur Barzahlung der letzten, zu einer Million noch fehlenden Krone warten müsse. Einigen Spendern lag es nur daran, daß die deklarierten Beträge die Million erreichten.

Dagegen wurden viele Spenden „ohne Vorbehalt“ gegeben. Auch haben sich die Spender in der Hinsicht nichts vorbehalten, daß der Grunwaldfonds ein unantastbares Deposit bilden solle, von welchem lediglich die Zinsen für den Schutz der Grenzmarken verwendet werden sollten.

Die Zinsen von einer Million Mark würden nur so unwesentlich das Jahresbudget des Volksschulvereins heben, daß von einer nachdrücklichen Verteidigung der Grenzmarken keine Rede sein könnte.

Die Deutschen und die Tschechen indes, durch die polnische Spende gereizt, werden ihren Druck zweifellos

verstärken und verstärken ihn schon. Wenn die Grunwaldspende untrügliche, dem opferfreudigen Eifer, welcher sie veranlaßte, entsprechende Vorteile bringen soll, so müßten sie schleunigst und tatkräftig zum Schutze der Grenzmarken Verwendung finden.

Es soll dies nicht etwa heißen, daß wir zur Leichtfertigkeit und Verschwendung rieten. Keineswegs. Wir besitzen so wenig Mittel zum Kampfe, daß die von der Gesellschaft gelieferten mit der größten Überlegung und Sachkenntnis verbraucht werden müssen. Wir befürchten aber, daß das nationale Lebensinteresse der formalen Rücksichten wegen geopfert wird und daß am grünen Tische über Dinge entschieden wird, die man nur im Feuer des Kampfes kennen lernen und beurteilen kann.

Wir wollen auch nicht, daß die ganze Millionenpende im Laufe eines oder zweier Jahre aufgebracht werde, doch sind wir der Ansicht, daß in der Errichtung von Schulhäusern die Spende am besten und sichersten untergebracht sein würde.

In Schlesien steigt der Preis für unbewegliche Güter fortwährend und im Falle des Erwerbes eines Gebäudes für die Schule, die man gewöhnlich bedingungslos nicht eröffnen kann, braucht man Verluste nicht zu befürchten. Auch die Angelegenheit der wirtschaftlichen Befreiung der polnischen, in deutscher, tschechischer oder jüdischer Knechtschaft lebenden Bevölkerung könnte ohne jegliche Verluste des darin engagierten Kapitals einen Schritt vorwärts gebracht werden.

Die Gründung einer Industriebank, die Errichtung von Arbeiterwohnhäusern usw. sind Dinge von großer Tragweite, bei denen für das dort angelegte Kapital nichts zu befürchten ist.

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß der Volksschulverein, der sich durch seine bisherige Tätigkeit das höchste Vertrauen der Gesellschaft erworben hat, sich die größte Mühe geben wird, die Richtigkeit der von dorthier kommenden Stimmen zu prüfen und erschöpfend das Terrain und die Verhältnisse kennen zu lernen, unter welchen er, dank der Grunwaldspende, eine intensive Arbeit entwickeln könnte und müßte.

Ostrow.

J. G.

Aus Nr. 17 der Straż Polska (Krakau)
vom September 1909:

Die Deutschen in Galizien.

Die amtliche Statistik gibt auf Grund der letzten Volkszählung im Jahre 1900 die Zahl der Deutschen auf rund 212000 an, sodaß sie im Verhältnis zur allgemeinen Zahl der Bevölkerung 1:66 beträgt. Die Zahl an und für sich ist anscheinend unbedeutend, aber in unserer Ausnahmelage, bei den außerordentlich traurigen Erfahrungen, die wir in unserm Verhältnis mit den Deutschen gemacht haben, besonders aber in Folge der deutschen Ansiedlung auf unserer Erde, die für uns eine nationale Katastrophe bedeutet, gewinnt die Zahl an Bedeutung und legt uns die Pflicht auf, uns im Interesse der nationalen Verteidigung näher mit der Frage der deutschen Bevölkerung in Galizien zu befassen, die, wenn sie uns heute auch noch nicht bedroht, uns dennoch in Zukunft bei einem möglichen Wechsel verhältnismäßig bedrohen und in nationaler Hinsicht sogar schaden kann.

Die deutsche Ansiedlung auf polnischer Erde sah anfänglich gar nicht drohend aus, man sah vielmehr in ihr, da man mit ihrer gefährlichen nationalen Seite nicht rechnete, einen nicht geringen kulturellen und wirtschaftlichen Vorteil, und deshalb fand sie auch die

eifrige Unterstützung unserer Könige und Fürsten, der Geistlichkeit und besonders der Klöster und der polnischen Schlachta.

Um festzustellen, was sie für uns geworden ist, genügt es, ein Auge auf unsern ursprünglichen Landbesitz zu werfen. Ausgedehnte, rein polnische Landstrecken bieten den graufenerregenden Blick eines ungeheuren polnischen Friedhofes, auf welchem heute das Leben und die Macht der Deutschen blüht.

Stefan Komornicki berichtet genau, daß die deutsche Kolonisation und ihre Folgen bis zum Jahre 1848 von unserem ethnographischen Landkomplex nicht weniger als 4000 Quadratmeilen oder 230 189 Quadratkilometer an sich gerissen haben, also ein Gebiet, das dreimal größer ist, als das Königreich Bayern, oder sechzehnmal so groß wie das Königreich Sachsen. Wenn wir hierzu noch die Germanisierung der lechitisch-polnischen Geschlechter sowie auch die Verluste seit dem Jahre 1848 rechnen, dann ist der uns in nationaler Hinsicht verloren gegangene Landkomplex noch bedeutend größer.

Die Deutschen haben mit dem Schwerte niemals Pommern und Schlesien erobert. Es sind dies Siege der deutschen Ansiedlungstätigkeit, ähnlich wie es mit dem Großherzogtum Mecklenburg, ehemals obotritischem Lande, der Fall war, wo heute noch in Schwerin die alte slawische Dynastie der Rikotowicz's herrscht.

Was anders als eine deutsche Ansiedlung ist denn das heutige Preußen, das die Polen mit Hilfe von Ausnahmegesetzen plündert? Konrad Masowiecki, verfluchten Angedenkens, hatte keine Ahnung von dem ungeheuren Verbrechen, das er an der polnischen Nation beging, als er die kreuzritterlichen Ansiedler auf polnischer Erde ansiedelte.

In unserm Verhältnis zur deutschen Bevölkerung überhaupt — Galizien kann keine Ausnahme bilden — müssen wir stets die Qualität dieser Bevölkerung, unsere politische Ausnahmestellung und unsere traurigsten geschichtlichen Erfahrungen im Auge behalten.

Der Gefahr muß frühzeitig entgegengetreten werden, damit es nicht zu spät ist. Dies befiehlt die Klugheit und die Vorsicht in nationaler Hinsicht. Um sich erfolgreich verteidigen zu können, ist es unbedingt erforderlich, die Verhältnisse gründlich zu erforschen und kennen zu lernen, den Feind, der sich auf unserer Erde eingenistet hat, genau zu kennen, denn blindlings ergriffene Verteidigungsmittel werden größtenteils von Erfolg nicht begleitet sein.

Die Deutschen organisieren sich bei uns in nationaler Hinsicht. Sie haben den „Bund der christlichen Deutschen in Galizien“ gebildet, geben in Lemberg eine deutsche Zeitung als Organ dieses Bundes heraus, treten plötzlich mit der Forderung hervor, für sich Abgeordnetenmandate für den Landtag und für den Reichsrat zu erhalten, erregen Unruhe im Lande und erheben ohne die geringste Veranlassung ein großes Geschrei über die Bedrückung der deutschen Nationalität in Galizien (was in der Wiener Presse schon Widerhall gefunden hat) und drohen uns mit den deutschen Parteien im Reichsrat und mit der ganzen deutschen Nation, die sich ihrer angeblichen Leiden annehmen und ihnen zur Erringung ihrer Rechte behilflich sein würde. **Was das „Recht“ der Deutschen bedeutet, — — — das wissen wir, nämlich Raub und Diebstahl fremder Habe.** Alles fordert uns dazu auf, ernstlich an Verteidigungsmittel zu denken und die Gefahr im Entstehen zu erticken, wie ein heimlich glimmendes Feuer, daß beim Winde ungünstigen Umständen zu einer drohenden Feuersbrunst werden kann.

Sehen wir uns die Deutschen in Galizien, ihre wirkliche Zahl, ihre Qualität, ihre Verhältnisse und ihre Verbreitung in unserm Lande etwas näher an.

Zunächst muß man zwischen den jüdischen Deutschen und den andern, den echten, einen Unterschied machen. Von der Gesamtzahl von 212 000 Deutschen haben sich nicht weniger als 132 000 Juden zur deutschen Nationalität bekannt, sodaß die Zahl der christlichen Deutschen nur rund 80 000 beträgt. Bei der gegenwärtigen zionistischen Bewegung und in Anbetracht des Umstandes, daß der überwiegende Teil dieser jüdischen Deutschen auf Ostgalizien entfällt, wo es unter dem Judentum kein deutschnationales Empfinden gibt, kann man von den 132 000 Juden höchstens 20 000 den Deutschen zuzählen und zwar jene, die in den westgalizischen Grenzkreisen wohnen und einen gewissen Teil der jüdischen Bevölkerung in den größten galizischen Städten. Auf diese Weise reduziert sich die deutsche Bevölkerung auf etwa 100 000 Seelen. Von der amtlich angegebenen Zahl von Deutschen kommen auf Ostgalizien 176 000 = 3,50, auf Westgalizien nur 36 000 = 1,4.

Die größte deutsche Bevölkerungsziffer im Lande weisen auf die Kreise:

Lemberg (mit der Stadt Lemberg) 27 800, Dolina 16 900, Bialsk 15 800, Drohobycz 11 800. Dann kommen die Kreise Kolomyja mit 10 900, Radwornie mit 10 100, Kosow mit 10 000, Sniatyn mit 9 700, Struj mit 9 600, Brody mit 8 800 und Krakau (zusammen mit der Stadt) mit 8 500. Von diesen 11 Kreisen kommen nur 2 auf Westgalizien, 9 dagegen auf Ostgalizien.

Die geringste deutsche Bevölkerungsziffer — weniger als 1000 Seelen — weisen auf die Kreise:

Bobrka, Bochnia, Borzeczow, Brzesko, Brzezany, Brzozow, Buczacz, Chrzanow, Dabrowa, Gorlice, Grybow, Horodenta, Husiatyn, Jaslo, Kolbuszow, Krosno, Lancut, Limanowa, Liszko, Mielec, Mosciszka, Myslenice, Nowy Targ, Nowy Sacz, Nisko, Pecznizyn, Pilzno, Podgorze, Podhajce, Rohatyn, Ropczyce, Rudki, Rzeszow, Sanok, Skalat, Sokal, Strzyzow, Tarnobrzeg, Tarnow, Trembowla, Turka, Wadowice, Wieliczka, Zaleszczyki, Zbaraz und Zywiec, zusammen 46 Kreise; in 16 Kreisen (11 westlich-galizischen, rein polnischen und 5 ostgalizischen, gemischten) erreicht die deutsche Bevölkerungsziffer nicht einmal 100 Seelen.

Mit Ausnahme der Kreise Bialsk und Krakau gibt es in dem polnischen Teile des Landes keinen Kreis, in welchem die Zahl der deutschen Bevölkerung 1000 Seelen erreicht, in 11 polnischen Kreisen, nämlich Brzozow, Dombrowa, Grybow, Krosno, Limanow, Nowy Targ, Myslenice, Pilzno, Ropczyce, Strzyzow, Wadowice zählt die deutsche Bevölkerung insgesamt nur 224 Seelen.

Die höchste deutsche Bevölkerungsziffer weist Lemberg auf, nämlich über 20 000, die zweite Stelle nimmt Kolomyja mit beinahe 10 000 ein, dann kommen Brody mit über 8000, Drohobycz mit beinahe 7000, Krakau mit 7500 (einschließlich 2000 Soldaten), Biala mit über 6000, Lipnik mit 5500, Radworna mit beinahe 4000, Bolechow und Sniatyn mit je 3500, Przemyśl mit fast 3000 (darunter 2000 Soldaten), Dolina mit 2500, Stanislawow, Delatyn, Struj mit je über 2000 und Halcnow mit fast 2000. Außerdem haben 1000 bis 2000 deutsche Bewohner Zablotow, Bohorodczany, Kamionka Strumilowa, Stary Sambor, Knihinin Wiesz, Wilamowice und Skole. Von diesen Orten fallen auf Westgalizien 5 auf Ostgalizien 17.

Nachdem wir in allgemeinen Zahlen die Verteilung der deutschen Bevölkerung in unserm Lande geschildert haben, gehe ich zu dem eigentlichen Gegenstande, den deutschen Kolonien bei uns, über, auf die ich ganz besonders aufmerksam mache.

Nach Professor Dr. Burek befinden sich in Galizien insgesamt 160 deutsche Kolonien, von welchen auf den östlichen Teil des Landes 131, auf den westlichen 29

fallen. Harlos gibt die Zahl derselben bedeutend höher, nämlich mit 223 an und teilt sie in 173 evangelische und 50 katholische Ansiedelungen. Der Unterschied in den vorstehenden Angaben rührt davon her, daß der letztere zu den deutschen Ansiedelungen die Orte hinzugezählt, die eigentlich Vorwerke sind.

Von den insgesamt 80 000 richtigen Deutschen in Galizien, ohne die Juden, fallen auf den östlichen Teil des Landes 54 000, auf den westlichen Teil 26 000, hiervon 48 000 Evangelische und 32 000 Katholiken.

Harlos bringt nachstehend die Zusammenziehung der deutschen Bevölkerung in 173 evangelischen ländlichen Ortschaften. 64 Ortschaften mit einer Bevölkerung von 50 bis 100 Seelen, 57 Ortschaften mit einer Bevölkerung von 100 bis 200 Seelen, 25 Ortschaften mit einer Bevölkerung von 200 bis 300 Seelen, 11 Ortschaften mit einer Bevölkerung von 300 bis 400 Seelen, 6 Ortschaften mit einer Bevölkerung von 400 bis 500 Seelen, 7 Ortschaften mit einer Bevölkerung von 500 bis 1000 Seelen, 2 Ortschaften mit einer Bevölkerung von mehr als 1000 Seelen, 1 Ortschaft mit einer Bevölkerung von mehr als 2000 Seelen.

Die deutsch-katholische Bevölkerung in 50 Ortschaften verteilt er folgendermaßen:

7 Ortschaften mit einer Seelenzahl von 50 bis 100, 22 Ortschaften mit 100 bis 200 Seelen, 8 Ortschaften mit 200 bis 300 Seelen, 3 Ortschaften mit 300 bis 400 Seelen, 6 Ortschaften von 400 bis 500 Seelen, 2 Ortschaften mit 500 bis 1000 Seelen, 2 Ortschaften mit mehr als 1000 Seelen.

Am dichtesten zusammengedrängt sind die Deutschen in der Gegend von Biala, wo die deutsche Bevölkerung über 15 000 Seelen zählt, dann im ruthenischen Karpathenlande, in dem früherer sogenannten „Stryskischen Zirkel“, nämlich in den jetzigen Kreisen Dolina, Struj und Drohobycz, schließlich in den Kreisen Lemberg, Cieszanow, Kamieniec und Jaworow.

Die deutschen Kolonien in Galizien verteilen sich historisch auf verschiedene Klassen. Die Ansiedelungen in der Nähe von Biala sind die ältesten. Sie reichen nämlich bis in die erste Hälfte des XIII. Jahrhunderts und kommen von der deutschen Ansiedelung, die der König Boleslaus Wstydliwy nach den schrecklichen Verwüstungen, die durch den großen Raubzug der Mongolen in Kleinpolen angerichtet worden waren, veranlaßt hatte. R. Temple, R. Kaind, S. Morawski und J. Lepkowski, wie auch andere Quellen, stellen übereinstimmend fest, daß damals der polnische König gemeinsam mit dem Herzog von Oppeln, dem das frühere Herzogtum Oswiencim-Zatorg gehörte, in den entvölkerten Landen der heutigen Starosteien Krakau, Zywiec und Biala in größerem Umfange deutsche Kolonisten ansiedelten. Reste dieser von über 750 Jahren gegründeten Ansiedelungen in Galizien sind die Orte Lipnik, aus dem später Biala entstand, dann Halcnow und Wilamowice. Wir sehen hierin einen Beweis dafür, wie man in Polen mit den Fremden umging, andererseits fällt uns die ungeheure konservative und widerstandsfähige Kraft der wenigen deutschen Ansiedler auf, die sich so viele Jahrhunderte hindurch ihre Nationalität erhalten haben.

Die zweite Ansiedelungsklasse bildet die vom Kaiser Josef II. unternommene deutsche Ansiedelung. Etwas später kam dann die dritte, private, Ansiedelung, die von einigen Adligen unternommen wurde, die dem Kaiser nahefeiern und sich dessen Gunst erwerben wollten. Unter diesen gehört die erste Stelle dem Grafen Mirow, dem Besitzer der Herrschaft Radzikow, das im früheren Bezirke Zloczow lag. Über diesen polnischen Kolonisationsforscher schreibt der zu jener Zeit lebende S. Bredekfy, evangelischer Superintendent in Lemberg:

„Der unlängst verstorbene Graf und Starost Mier gehört zu jenen polnischen Magnaten, die eifrig dem

Beispiel des Kaisers Joſeſ II. folgten und in kleinem Umfange die Anſiedelung begünſtigten, wie jener es in großem Maßſtabe betrieb."

Seinem ſchwarz-gelben Servilismus verdanken wir es, daß in der heutigen Staroſtei Kamionka Strumilowa 9 deutſche proteſtantiſche Anſiedlungen entſtanden ſind und zwar: Miemieckie Lany, Sapeczanka, Hammin, Joſefowo, Mierhof, Sabenowka, Stanni, Sarzno und Heinrichsdorf. Ebenſo gründeten polniſche Grundbeſitzer folgende deutſche Anſiedlungen: Grodzkie, heute Vorſtadt von Nowy Sącz, Sygnowka und Bogdanowka bei Lemberg, Rehberg im Gerichtsbezirk Krakowiec, Nowy Tyczyn im Kreiſe Trembowla (Graf Lanckoroński) und Beckersdorf (Hofdame Juſtina Beckers geb. Rogalewſka). Die letzte Klaſſe der Anſiedlungen bilden: Kozlucz, Wolcze und Dobrohoſtow im politiſchen Kreiſe Drohobycz, die vom Kaiſer Franz I. gegründet worden ſind.

(Fortſetzung folgt).

Aus Nr. 18 der Straß Polska (Krakau)
vom Oktober 1909:

Die Deutſchen in Galizien.

(Fortſetzung.)

Kaiſer Joſeſ II. hatte in Galizien auch zwei jüdiſche Kolonien gegründet, und zwar im Jahre 1780, alſo noch vor der deutſchen Anſiedlung, Neu-Jerusalem in Dombrówka bei Nowy Sącz und Neu-Babylon in der Nähe von Bolechow. Man kann hieraus erſehen, daß er bewußt war, die Juden ebenſo wie das germaniſierende Element zu benutzen, indem er ſie an die Scholle feſſelte. Dieſer Verſuch mißlang indeſſen ganz und gar. Die ackerbautreibenden Juden täuſchten die kaiſerliche Erwartung. Der Zuſtand dieſer Anſiedlungen ſoll ein ſchrecklicher geweſen ſein (Hackel: „Reiſen“, Bd. 3, S. 58). Deſhalb vertrieb man die Juden aus beiden Ortschaften und ſiedelte an ihrer Stelle Deutſche an.

Wenn wir als Grundlage die uns von Bredekſky angegebene Zahl der erſten „Joſefiniſchen“ Kolonien annehmen und von ihr die in ihr enthaltenen 11 Anſiedlungen in der Bukowina, die damals zu Galizien gehörte, abziehen, nämlich $175 - 11 = 164$ und hierzu noch 10 ſpättere deutſche Anſiedlungen, die von Privatperſonen gegründet worden ſind, hinzuzählen, alſo 174, und ſie mit dem Verzeichnis der gegenwärtig in Galizien beſtehenden evangeliſchen Anſiedlungen vergleichen — Karloſ zählt 172 evangeliſche und 55 katholiſche Anſiedlungen auf, zuſammen alſo 227 — ſo ergibt ſich aus dieſem Vergleich ein Zunehmen der deutſchen Anſiedlungen in Galizien um 53.

Fritſche, der als Superintendent das allernächſte Verzeichnis der ſeiner Seelſorge unterſtellten Bevölkerung beſitzt, der alſo als beſte Quelle angeſehen werden kann, gibt an, daß Evangeliſche in nicht weniger als 224 Ortschaften wohnen. In dieſer Zahl ſind auch die Anſiedlungen enthalten, in welchen evangeliſche Polen wohnen. Es gibt indeſſen nur wenige ſolcher Ortschaften, und zwar nur in den Kreiſen Bochnia und Sanbec. Wenn die Zahl derartiger Orte mit 14 anzunehmen iſt, ſo dürfte dieſe Zahl ſaſt zu hoch gegriffen ſein. Auf die evangeliſchen Deutſchen kommen alſo 210 Anſiedlungen. Nachſtehend eine detaillierte Aufſtellung:

- 11 Orte, die bis 100 Seelen beſitzen,
- 47 Orte, die 101 bis 200 Seelen beſitzen,
- 22 Orte, die 201 bis 300 Seelen beſitzen,
- 11 Orte, die 301 bis 400 Seelen beſitzen,
- 7 Orte, die 401 bis 500 Seelen beſitzen.

Größere Maſſen von evangeliſchen Deutſchen ſind vorhanden in:

Stryj	617 Seelen,
Dolnia-Broczyſow	625 "
Bredheim	720 "
Dornfeld	779 "
Joſeſberg	811 "
Stanislawow	850 "
Brigida	943 "
Kolomyja	1400 "
Biala-Lipnik	2147 "
Lemberg	2833 "

Ich füge hinzu, daß es in Galizien 430 Orte gibt, in welchen ſich weniger als 100 Evangeliſche befinden. Der Zuwachs von Anſiedlungen mit deutſch-evangeliſcher Bevölkerung würde alſo bedeutend größer ſein, weil ſich bei Karloſ in der angegebenen Zahl von 172 Ortschaften nicht weniger als 64 befinden, die 50 bis 100 evangeliſche Deutſche zählen, ſo daß wir, wenn wir dieſe 64 Anſiedlungen der Fritſcheſchen Zahl von 210 hinzuzählen, wir zuſammen 274 erhalten, ſo daß der Zuwachs in Wirklichkeit nicht weniger als 90 Anſiedlungen beträgt, eine wahrhaft erſchreckende Zahl.

Bredekſky (1810) berechnet die deutſche Bevölkerung in den von ihm aufgeführten Ortschaften wie folgt:

60 katholiſche Kolonien mit einer Bevölkerung von	5628 Seelen,
83 Kolonien der Augſburger Konfeſſion	9143 "
16 evangeliſche Kolonien der Schweizer Konfeſſion	1599 "
16 gemiſchte Kolonien	1268 "
Zuſammen	17638 Seelen.

Wenn wir von dieſer Zahl die auf die 11 Anſiedlungen in der Bukowina entfallende Bevölkerung abrechnen, dann bleiben für Galizien rund 15 000 Seelen. Der gegenwärtige galiziſche Superintendent Fritſche macht dieſen Zahlen gegenüber nachſtehende Bemerkung:

„Ich ſpreche nur von dem allmählichen Anwachen der deutſch-evangeliſchen Koloniſten in Galizien. Gegenwärtig zählen wir indeſſen in Galizien 45 330 Proteſtanten. Wenn wir für die Städte Biala, Krakau, Jaroslaw, Przemyſl und Lemberg hiervon 6400 Seelen abziehen, ſo bleiben wenigſtens 38 500, was eine vierfache Vermehrung der urſprünglichen deutſchen Bevölkerungsziffer darſtellt. Die Behauptung Germanz, daß die Zahl der in den Anſiedlungen in Galizien wohnenden deutſchen Bevölkerung abgenommen habe und höchſtens 35 000 betrage, zu welcher Zahl auch die immerhin zahlreichen katholiſchen deutſchen Anſiedler bereits hinzugerechnet ſeien, bedarf daher der Berichtigung.“

In der Tat iſt eine Berichtigung notwendig. Die evangeliſche und katholiſche deutſche Bevölkerung in den galiziſchen Anſiedlungen beträgt zuſammen rund 60 000 Seelen, ohne die Stadt Biala. Eine ſolche Zahl gibt auch Karloſ an.

In der rutheniſchen Karpathengegend entſtehen noch immer neue deutſche Anſiedlungen. Hierüber berichtet Fritſche. Hören wir, was er ſchreibt:

„Vier Meilen von Ugartſthal entfernt, mitten im Walde, haben 32 deutſche Familien 700 Morgen Wald gekauft, den ſie jezt in Ackerland umwandeln. Das neue „Diamantheim“ genannte Dorf wird 50 bis 60 Wiſtſchaften und Häuſer beſitzen. Ein Kirchhof iſt angelegt, ein Kirchlein und eine Schule erbaut, die mit 7 Morgen ausgeſtattet iſt.“

Solche Anſiedlungen ſind entſtanden in Goleſzowo, in Sulichowo, Bretheim, Bzora und Heinrichshof.

Es herrscht dabei bei uns die irrige Ansicht, die auch in der Presse Widerhall findet, daß die deutsche Bevölkerung in den Ansiedlungen zurückgeht. Wie wir gesehen haben, ist gerade das Gegenteil der Fall. Dies kann man besonders von dem Bialsker Grenzwinke behaupten, von den deutschen Anhäufungen im ruthenischen Karpathenland, besonders in dem früheren Bezirke Stryj, wie auch von den um Szezerce herum zusammengedrängten Ansiedlungen. Diese Gruppen von Ansiedlungen müssen auch angestrengt beobachtet werden.

Im Kreise Stryj bildet Brigidau, eine rund 1000 Bewohner zählende Ansiedlung, den Brennpunkt, im Stęczyński Kreise ist dies Dornfeld.

In diesen drei Sammelpunkten ist das Deutschtum stark und wirkt auf die Umgegend germanisierend. Überhaupt läßt sich sagen, daß nur die deutschkatholischen Kolonien in Westgalizien — der Bialsker Kreis bildet eine Ausnahme — im öffentlichen Rückgange begriffen sind, und ebenso, wenn auch in bedeutend geringerem Umfange, die evangelischen Ansiedlungen dieses Teiles des Landes, was hauptsächlich die Kolonien im Kreise Sandomierz anbetrifft. Im Bocheński Kreise haben sich die deutschen Ansiedlungen völlig polonisiert. Man muß hinzufügen, daß zum Rückgange der deutsch-evangelischen Kolonien in Westgalizien auch nicht wenig die preussische Ansiedlungskommission beigetragen hat, die aus Galizien Kolonisten zur Ansiedlung in Posen und Westpreußen heranzieht.

Wie viele Deutsche sie indessen aus Galizien herangezogen hat, läßt sich unmöglich erforschen, weil bei uns hierüber absolut nichts Näheres bekannt ist. Es scheint sogar, daß nicht einmal die Regierung über diese Auswanderung Ermittlungen anstellt. Eine wahrhaft merkwürdige Gleichgültigkeit und Nachlässigkeit, wenn wir auch in nationaler Hinsicht durch diese Auswanderung in doppelter Hinsicht betroffen werden. Im ruthenischen Karpathenland haben, nach mir von dort zugegangenen Mitteilungen, nicht wenige deutsche Familien verschiedene dortige Ansiedlungen verlassen und sind nach Preußen gezogen. Indessen ist dort gar kein Rückgang zu bemerken, gleichfalls ein Beweis dafür, was das für ein starker deutscher Posten ist.

Dieser deutsche Posten im Stryjschen Karpathenlande überflügelt hinsichtlich der Zahl den Bialsker Winkel, denn man zählt dort etwa 20 000 Seelen, die ziemlich eng zusammengedrängt wohnen. Dort unter der zum größten Teile ruthenischen Bevölkerung ist keine Rede von der Polonisierung der Ansiedler, hauptsächlich jener evangelischer Konfession, die in den evangelischen Parochien gut organisiert sind, überall deutsche Schulen besitzen, unter diesen konfessionelle, die von den Lehrern und Pastoren in einem uns feindlichen Sinne geleitet werden.

Die evangelischen Deutschen in Galizien — ausgenommen die Katholiken in Bialsk — bilden überhaupt den Kern des Deutschtums im Lande, das, wie das vorangeführte klassische Beispiel beweist, durchaus nicht zurückgeht, sondern vielmehr wächst und stolz das Haupt erhebt.

Sie müssen also ebenso aufmerksam im Auge behalten werden, wie der Bialsker Winkel, weil die evangelischen Anhäufungen im Stryjschen Karpathenlande ebenso wie in der Umgegend von Lemberg, bzw. Szezerce, für uns eine nationale Gefahr bilden.

Betrachten wir uns ihre Organisation der Kirche und der Schule etwas näher.

Der Lemberger Superintendentur, eingerichtet durch Patent des Kaisers Josef im Jahre 1786, sind beide Konfessionen, die ausburgische und die helvetische, unterstellt; in territorialer Hinsicht umfaßt sie Galizien und die Bukowina. Der jetzige Superintendent Fritsche

wohnt in Biala als dortiger evangelischer Propst, wo er das Organ der Geistlichkeit, Evangelisches Gemeindeblatt für Galizien und die Bukowina, herausgibt, das kräftig deutsch-nationalen Geist atmet. Zur Lemberger Superintendentur gehören in Galizien 21 Kirchengemeinden Augsburger Konfession und drei Kirchengemeinden helvetischer Konfession mit 99, sage 99 konfessionellen Schulen, die, wie man zugeben muß, vortrefflich geleitet werden und ausgezeichnet eingerichtet sind. Die Superintendentur zerfällt in vier Seniorate, drei der Augsburger Konfession und eins der helvetischen Konfession und zwar:

I. Das Seniorat für Westgalizien umfaßt sieben Gemeinden und 17 Schulen (Gemeinden: Biala, Krakau, Nowy Sonez, Stadlo, Nowy Garlow, Reichsheim-Hohenbach und Raniżow);

II. das Seniorat für den mittleren Teil des Landes mit 11 Gemeinden und 56 Schulen (Gemeinden: Bandrow, Brigidau, Dornfeld, Gelsendorf, Bartfeld, Jarosław, Josefow, Lemberg, Reichau, Stryj, Unterwalden);

III. Seniorat für den östlichen Teil des Landes mit drei Gemeinden und 7 Schulen (Gemeinden: Ugarszthal, Stanisławow, Zaleszczyki). Die anderen Gemeinden dieses Seniorats befinden sich in der Bukowina.

IV. Das Seniorat der helvetischen Konfession mit drei Gemeinden und 16 Schulen (Gemeinden: Josefsberg, Königsberg und Kolomyja).

Die hundert guten deutschen Volksschulen, in denen ein uns feindlicher Geist genährt wird, verdienen zweifellos die Aufmerksamkeit der hierzu berufenen Landesvertreter, wenigstens aber sorgfältige Aufsicht, die es hier aber gar nicht gibt, und dies umso mehr, als die deutschen Gemeinden und Schulen in Galizien von dem Kölner Gustav Adolf-Verein und anderen alldeutschen österreichischen und deutschen ausländischen Vereinen bedeutende Unterstützungen beziehen. In Galizien besteht eine besondere Filiale des Gustav Adolf-Vereins, die zu den stärksten in Österreich gehört. Sie hält in den verschiedenen galizischen Städten alljährlich Generalversammlungen ab, zuletzt geschah dies in Nowy Sonez, worauf aber unsere öffentliche Meinung absolut nicht achtet, wenn man auch aus dem Verlauf dieser Generalversammlungen viele Dinge erfahren kann, die für uns interessant und nützlich sind.

Es existiert in unserem Lande ferner der „Lehrerverein für Galizien und die Bukowina“.

Beide Organisationen, zu denen noch der politische „Bund der christlichen Deutschen“ gekommen ist, bilden drei starke deutsche Festungen, und schon hängen sie uns offen die nationale Standarte aus und fordern „nationale Rechte“, unter anderem deutsche Abgeordnetenmandate für den Landtag und das Parlament. Diese nationale Bewegung wird durch Agitation aus den zwei entgegengesetzten Enden des Landes, Biala und Czerniowice, aufrecht erhalten und genährt. Deutsche Abgeordnete aus dem bukowinischen Landtage beteiligen sich an deutschen Versammlungen in Galizien, in denen sie aufheben, gegen die Polen gerichtete Reden halten. Das Bialaer „Evangelisches Gemeindeblatt“ und das Lemberger „Deutsche Volksblatt“ für Galizien bestehen im Lande als innere Organe der deutschen Propaganda, denen die alldeutschen Zeitungen in Biala und in Czerniowice zu Hilfe kommen. Deutsche Stimmen aus Galizien, die sich über das ihnen angeblich von Polen zugefügte Unrecht beklagen, finden jetzt schon Widerhall in der ganzen deutsch-nationalen Presse, nicht minder auch die ausgesprochenen Drohungen, daß sich der Deutschen in Galizien die deutschen Parteien annehmen und hinter diesen solidarisch die ganze deutsche Nation stehen würde.

Die bei uns verbreitete Version, daß das Deutschtum in Galizien im Rückgange begriffen ist, gehört also zu den albernsten Märchen.

Hören wir noch, was der vorerwähnte Superintendent Fritsche hierüber schreibt:

„In nationaler Hinsicht spricht man viel darüber, daß das Deutschtum in Galizien früher oder später im polnischen Elemente aufgehen muß. Dies ist leeres und hohles Geschwätz. Wenigstens hinsichtlich der evangelischen Deutschen ist dies unwahr. Man muß vielmehr auf Grund der neuesten rein amtlichen Ermittlungen feststellen, daß sich unter den 45 330 Evangelischen nur 1400 Polen, das sind 3 %, befinden, und diese sind größtenteils geborene Polen, die hauptsächlich in Städten wohnen. Die Kolonien sind rein deutsch. Es ist dies ein Wunder in unseren Augen, daß dies Deutschtum in den galizischen ländlichen Gemeinden bis jetzt nicht die geringsten Verluste erlitten hat, was eine nicht zu bestreitende Tatsache ist. Alles ist hier nicht nur oberflächlich, sondern in Wirklichkeit und in Wahrheit treu und rein deutsch. Mit Freude muß man wahrnehmen, daß die deutsch-evangelischen Kolonisten nach ihrem Willen in nationaler Abgesondertheit, unter Erhaltung aller ihrer kennzeichnenden Merkmale und Eigentümlichkeiten, fast ohne Hindernisse seitens der Behörden und der andersgläubigen und andersprechenden Bevölkerung leben können. Es würde eine Sünde gegen das achte Gebot sein, wenn wir nicht zugeben würden, daß das Verhalten der Behörden im allgemeinen rechtlich und gerecht ist.“

In der Tat, es ist mehr als dies. Sowohl die Landesregierung, als auch die autonomen Behörden gestatten den Deutschen in Galizien alles, sogar solche Dinge, die direkt im Widerspruch zu den Ge'etzen stehen. In die'er Hinsicht genügt es, die straflo'sen Schwindeleien der Abgesandten der preussischen Ansiedlungskommission anzuführen, die mit geradezu verbrecherischen Mitteln die deutschen Ansiedler aus Galizien nach dem Großherzogtum Posen und nach Westpreußen locken.

Das Evangelische Gemeindeblatt beklagt sich, daß diese Abgesandten den galizischen Ansiedlern noch nicht dagewesene, direkt betrügerische Versprechungen machen. In dieser Zeitschrift lesen wir von den Stückchen, die von der preussischen Ansiedlungskommission in Galizien ausgeführt worden sind, unter anderem folgendes:

„Die Art und Weise der Agitation muß Entrüstung hervorrufen. In eine unserer Kolonien kam z. B. ein junger Mann, der aus dieser Kolonie, seinem Geburtsorte, nach dem Posenschen übergesiedelt war, allerdings nicht auf eigene Kosten, um hier einige Wochen zu verbringen. Die Leute im Dorfe bewundern seinen außerordentlich eleganten Anzug. Er hat einen schönen Paletot an, alles neu und sehr ordentlich, er sieht wie ein aristokratischer Herr aus. Man fragt ihn, woher er den wunderschönen Anzug habe. Er antwortet allen, daß man in Posen die Ansiedler mit Anzügen, Wäsche, mit einem Worte mit allem ausstattet, was man nur irgendwie gebraucht. Natürlich kam es hierbei darauf an, daß unsere ehrlichen Landleute, denen man soviel von dem Hundertmillionen-Fonds der Ansiedlungskommission vorgefälscht hatte, denen man Freifahrtsscheine nach Posen aufdrängt, glauben sollten, daß sie als Zulage zu allem anderen noch schöne neue Paletots und Anzüge umsonst erhalten würden.“

Die amerikanischen Auswandereragenten verfolgen bei uns die Behörden, wenn sie sich Betrügereien zu schulden kommen lassen, die deutschen Abgesandten können dagegen straflos betrügen.

Stellen wir nur eine detaillierte Übersicht der deutschen Ansiedlungen auf, angefangen mit den evangelischen.

Professor Dr. Burek zählt in Westgalizien 18 deutsch-evangelische Ansiedlungen auf und zwar:

Im Kreise Lanent 4, nämlich Baranowka, Gillerhof, Königsberg und Nizatyce mit einer Bevölkerung von etwa 500 Seelen;

im Kreise Mielec 3, nämlich Padew Kolonia, Reichsheim, Hohenbach mit nicht ganz 700 Seelen;

im Kreise Sacz 9, nämlich Gollowice, Niemieckie, Podrzyce, Stadlo, Biczycze, Dabrowa Niemiecka, Sundsdorf, Lednica Niemiecka, Gawlow Nowy und Biegonice mit etwas über 900 Seelen und die Ansiedlung Steinau im Niskier Kreise. Hieraus kann man ersehen, daß die verhältnismäßig größte Anhäufung der deutsch-evangelischen Kolonisten im Kreise Sacz und dann im Kreise Mielec vorhanden ist. Die Ponczschen Kolonien befinden sich im Rückgange, wozu die preussische Ansiedlungskommission beigetragen hat. Die polnische Bevölkerung kauft hier die deutschen Wirtschaften auf. Die Kolonisten leben in manchen Ansiedlungen über ihren Stand und ergeben sich der Trunksucht. Einen kräftigen, wenn auch zahlenmäßig schwächeren Posten haben sie in den Kreisen Mielec und Lanent inne.

In Ostgalizien bestehen nachstehende größere deutsch-evangelischen Kolonien: Im Gerichtsbezirke Lemberg 2 (Malechow, Kaltwasser), im Szczerzeckischen Bezirke 7 (Dornfeld, Einsiedel (Memnoniten), Falkenstein, Chrusno Nowe, Lindenfeld, Reichenbuck, Rosenbergl); im Winnickischen Kreise 2 (Unterbergen, Weinbergen); im Janowskischen Kreise 4 (Karaczynow, Rottenhau, Schönthal, Walddorf); im Grodeckischen Kreise 2 (Hartfeld, Neuhof). Wir sehen, daß Lemberg von 15 deutschen Kolonien umgeben ist; außerdem müssen noch 10 deutsch-katholische Kolonien, die sich in der Umgegend befinden, berücksichtigt werden. Der deutsche Posten in Lemberg ist stark, der Zustand der Ansiedlungen ein blühender. Die deutsche Bevölkerung würde in dieser Gegend unzweifelhaft stark anwachsen, wenn nicht aus ihnen ein gewisser Teil der deutschen jungen Leute beiderlei Geschlechts des Berufes und Verdienstes wegen nach Lemberg ziehen würde. Diese jungen Leute polonisieren sich zum größten Teil. Es ist in den Kolonien eine Überproduktion an Besitzlosen Leuten, die Zahl der deutschen Ansiedlungen geht indessen absolut nicht zurück, weil diese Ansiedlungen dem Polentum nicht zugänglich sind und streng ihre nationalen Merkmale erhalten.

Mir ist ein von einem Deutschen an einen Deutschen geschriebener Brief in die Hände gefallen, der Informationen über die Verhältnisse der Ansiedlungen im Szczerzeckischen Kreise enthält. Er ist sehr kennzeichnend und deshalb bringe ich ihn wortgetreu. Geschrieben ist er in der Ansiedlung Einsiedel. Er lautet:

„Geliebter Freund!

Die beigelegte Skizze bildet ein genaues Bild der Lage und Entfernung unserer Gemeinde von Lemberg und den einzelnen deutschen Ansiedlungen. Auf die Zeichnung kann man sich vollkommen verlassen.

Die Gründung aller unserer Gemeinden fällt in das Jahr 1784. In dem Gemeindearchiv der Ortschaft Einsiedel befindet sich ein Plan von Einsiedel, der das Datum dieses Jahres trägt.

Es ist nicht leicht, die richtige Zahl der Bevölkerung unserer Gemeinde und der ganzen Kirchengemeinschaft, die ungefähr 3000 Seelen zählt, anzugeben.

Nur in Rosenberg hat sich ein Ruthene angekauft, alle anderen sind rein deutsch-evangelisch, nämlich Dornfeld (etwa 1000 Bewohner), Nowe Chrusko, Reichenbach, Lindenfeld, Falkenstein und Einsiedel.

In unserer nächsten Umgegend gibt es keine deutsch-katholischen Kolonien. In der Nähe von

Lemberg liegt allerdings die Gemeinde Shgnomka, und in der Nähe von Grodek befinden sich einige Gemeinden, aber diese sind dem evangelischen Parochialbezirk Hartfeld näher.

In jeder ruthenischen Gemeinde, die in der Nachbarschaft unserer Kolonien liegen, wohnen deutsche Ansiedler und zwar in Dobrzany bei Dornfeld, in Stare Chrusno, in Krasowo bei Reichenbach, in Lubianin bei Rosenberg, in Stoki bei Falkenstein, in Serdyha und Moski bei Einsiedel.

Zuwuchs? Rückgang? In den ruthenischen Gemeinden weder das eine noch das andere. In unsere eigentlichen Ansiedlungen läßt sich eine kleine Abnahme der Bevölkerungsziffer wahrnehmen, aber diese Erscheinung läßt sich dadurch erklären, daß eine große Anzahl von Burschen und Mädchen alljährlich des Verdienstes wegen nach Lemberg zieht.

Anschluß besitzt unsere Sprachinsel an die deutschen Gemeinden bei Lemberg (Kaltwasser, Weinbergen) und dann an den Parochialbezirk Hartfeld (Hartfeld, Kaltenberg, Rottenhan). Die Entfernung ist aber ziemlich bedeutend (30 bis 50 Kilometer). Die Leute unterhalten aber trotzdem Beziehungen zu einander. Sie holen sich häufig von dort ihre Frauen.

Wir können uns bis jetzt bei uns nicht über Bedrückung beklagen. Im amtlichen Verkehr gebrauchen wir stets die deutsche Sprache (Staroste, Kreisgericht, Kreistag, Kreisschulrat). Unsere deutschen Eingaben werden allerdings in polnischer Sprache erledigt, dafür aber beantworten wir die amtlichen polnischen Schreiben in deutscher Sprache.

Die Mehrzahl unserer Deutschen hat zwar im Laufe der hundert Jahre ihre Nationalität nicht eingebüßt, sie sind aber in nationaler Hinsicht ziemlich gleichgültig. Der deutsche Michel hat sich die Zipfelmütze über die Ohren gezogen und es geht ihm gut dabei. Dies würde allerdings keinen nationalen Verlust bedeuten, aber diese nationale Blutarmut schafft dennoch eine Gefahr. Unsere Landsleute würden sich ohne Widerstand einem von oben kommenden Drucke unterwerfen; wir in Galizien sind niemals sicher, wie weit die Herren Polen in unserem geliebten Österreich kommen werden. Etwas mehr Bewußtsein dessen, daß wir Glieder eines großen mächtigen Stammes sind, der auch in der Welt etwas bedeutet, würde uns sicher nichts schaden.

In dieser Hinsicht sind wir stets tätig, und meine Schüler werden nicht so schnell ihr Deutschtum aufgeben. Bei den Erwachsenen könnte man mit Hilfe der Zeitungen nicht wenig erreichen. Nur sind unsere Leute zu geizig, um auch nur wenige Groschen hierfür zu opfern."

Dieser Brief beweist, daß trotz der Abwanderung nach Lemberg die Deutschen in den benachbarten ruthenischen Gemeinden festen Fuß gefaßt haben, sich also ausdehnen.

Der angeführte Brief ist vor 12 Jahren geschrieben worden. Gegenwärtig beträgt die Zahl der deutschen Kolonisten, die nach Nachbargemeinden übergesiedelt sind, nach der amtlichen Volkszählung im Jahre 1900 über 600 Seelen. Die Zahl wirkt nicht erschreckend, sie widerlegt aber jedenfalls die Behauptung, daß die deutschen Ansiedlungen in Galizien im Rückgange begriffen sind. Im Briefe wird auch erwähnt, daß den Schülern in der Schule Nationalbewußtsein eingeflößt wird. Wenn, wie das lateinische Sprichwort sagt, „steter Tropfen den Stein höhlt“, dann können wir uns nicht wundern, daß die Jahre hindurch ohne irgendwelche Hindernisse betriebene deutsche Propaganda, die von uns gar nicht bemerkt worden ist, endlich zur politischen Organisierung der Deutschen in Galizien geführt hat.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Nr. 258 des Dziennik Związkowy — Zgoda (Chicago, Ill.)

vom 4. November 1909:

Vericht

über den Stand der Kasse des polnischen Nationalbundes am 1. November 1909.

Einnahmen:

	Dollar
Am 1. Oktober 1909 befanden sich in der Kasse.....	59 708,06
Im Oktober 1909 gingen ein.....	54 644,02
zusammen..	114 352,08
Ausgaben im Oktober.....	35 043,10
Kassenbestand am 1. November 1909 ..	79 308,98

Ausgaben:

Auf Hypotheken verliehen	300,—
An Sterbegeld gezahlt	24 585,71
Ausgaben aus dem laufenden Fonds..	3 992,38
Ausgaben aus dem Spezialfonds.....	3 121,81
Ein der Gruppe 557 zurückgegebener Scheck	43,20
zusammen..	35 043,10

Die Gelder sind in folgenden Banken untergebracht:

First Trust S. B.	8 685,61
North Western	14 468,88
Merchants	13 199,26
Colonial	3 218,44
Milwaukee Ave	14 737,08
Ill. Trust S. B.	10 148,72
N. W. S. Bank	916,41
First Nat. Bank	13 934,58
zusammen..	79 308,98